





Konzern-Kennzahlen (IFRS)

		2012 2013	2011 2012	Veränderung in %
Ergebnis				
Konzernumsatz	Mio. €	200,1	195,1	2,6
EBITDAR	Mio. €	55,2	56,4	-2,1
EBITDA	Mio. €	18,0	19,2	-6,3
EBITDA (bereinigt)	Mio. €	18,4	17,3	6,4
EBIT	Mio. €	11,1	12,5	-11,5
EBIT (bereinigt)	Mio. €	12,6	10,9	15,6
EBIT-Marge	%	5,5	6,2	-11,5
EBIT-Marge (bereinigt)	%	6,3	5,6	12,5
Konzernergebnis (EAT)	Mio. €	6,7	7,8	-13,7
RoS	%	3,4	4,0	-15,9
Cashflow aus operativer Tätigkeit	Mio. €	5,8	6,6	-12,1
Bilanz				
Anlagevermögen	Mio. €	154,5	157,5	-1,9
Investitionen	Mio. €	4,7	2,1	123,8
Eigenkapital	Mio. €	41,5	37,0	12,2
Eigenkapital einschl. Investitionszuwendungen	Mio. €	74,1	70,7	4,8
Eigenkapitalquote	%	22,2	19,5	13,6
Eigenkapitalquote einschl. Investitionszuwendungen	%	39,6	37,3	6,1
Eigenkapitalrendite	%	16,2	21,1	-23,1
Finanzschulden	Mio. €	61,0	57,5	6,1
Finanzschuldenquote	%	32,6	30,4	7,4
Pro-Kopf-Umsatz	T€	41,3	41,3	-0,2
Sonstige				
Ergebnis je Aktie	€	0,47	0,54	-13,0
Mitarbeiter	Anzahl	4.850	4.718	2,8
Einrichtungen	Anzahl	60	60	0,0
Bettenkapazität	Anzahl	8.028	8.028	0,0
Auslastung	%	90,1	88,9	1,3

Umsatz des Marseille-Kliniken Konzerns

Mio. €



¹⁾ Nach Entkonsolidierung der ehemaligen
Rehabilitationssparte

EBITDA des Marseille-Kliniken Konzerns

Mio. €



¹⁾ Nach Entkonsolidierung der ehemaligen
Rehabilitationssparte

Eigenkapital des Marseille-Kliniken Konzerns

Mio. €





Inhalt

Mission Statement	2	Konzernabschluss/Einzelabschluss	26
Aktionärsbrief	3	Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung	27
Standorte	4	Konzern-Gesamtergebnisrechnung	27
Segmente	5	Konzernbilanz	28
Gesundheitsmarkt	6	Konzern-Kapitalflussrechnung	29
Aktie und Investor Relations	8	Entwicklung des Konzernanlagevermögens zum 30. Juni 2013	30
Zusammengefasster Lagebericht und Konzernlagebericht	11	Entwicklung des Konzernanlagevermögens zum 30. Juni 2012	30
Überblick und Kennzahlen des Konzerns	12	Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung	32
Geschäftstätigkeit und Rahmenbedingungen	12	Gewinn- und Verlustrechnung der Marseille-Kliniken AG (Einzelabschluss)	33
Strategie des Konzerns	13	Bilanz der Marseille-Kliniken AG (Einzelabschluss)	34
Ertragslage des Marseille-Kliniken Konzerns	14	Konzernanhang	36
Vermögenslage des Konzerns	15	Informationen zum Unternehmen	37
Finanzlage des Konzerns	17	Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze	37
Investitionen des Konzerns	17	Ereignisse nach dem Bilanzstichtag	45
Forschung und Entwicklung	18	Erläuterung zur Konzernbilanz	46
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	18	Erläuterung zur Konzern Gewinn- und Verlustrechnung	53
Einzelabschluss der Marseille-Kliniken AG	18	Zusätzliche Angaben zu Finanzinstrumenten	55
Risikobericht	20	Segmentberichterstattung	57
Nachtragsbericht	23	Ergebnis je Aktie	57
Vergütungsbericht	23	Gezahlte und vorgeschlagene Dividende	57
Bericht des Vorstandes über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen und Angabepflichten gemäß § 315 Abs. 4 HGB	23	Eigenkapitalveränderungsrechnung	57
Prognosebericht	25	Konzern-Kapitalflussrechnung	57
		Sonstige Angaben	57
		Versicherung der gesetzlichen Vertreter (Bilanzzeit)	64
		Bestätigungsvermerke des Abschlussprüfers	65
		Bericht des Aufsichtsrates	68
		Impressum und Kontakt	70



Mission Statement



Vision

In einem Marktumfeld, das es aus haushaltspolitischen Gründen dem Staat und den Wohlfahrtsverbänden zunehmend unmöglich macht Pflegeleistungen im angemessenen Umfang zu gewährleisten, übernimmt die Marseille-Kliniken AG auch zukünftig als privatwirtschaftlicher Anbieter diese demografisch unumgänglich notwendige Pflegeversorgung. Die gleichzeitige Übernahme der gesellschaftlichen Verantwortung innerhalb der Gesundheitsversorgung Deutschlands und die Sicherung eines langfristigen und ertragreichen Unternehmenswachstums sind für uns daher kein Widerspruch, sondern der Kern unserer Unternehmensvision.

Mission

In unserem Handeln als börsennotierter Betreiber von Pflegeeinrichtungen und Mietobjekten des Betreuten Wohnens, lassen wir uns leiten von den drei Werten: Kundenorientierung, soziale Verantwortung und Wirtschaftlichkeit. Durch ihre Verbindung möchten wir Vertrauen schaffen bei den Bewohnern unserer Häuser, deren Angehörigen, unseren Mitarbeitern, Geschäftspartnern und Aktionären, um unsere Unternehmensvision zu verwirklichen.

Strategie

Als eines der deutschlandweit führenden Unternehmen der Pflegebranche, wird unser Geschäftsmodell entscheidend von der demographischen Entwicklung beeinflusst. In Kombination mit den eingeschränkten Handlungsoptionen der öffentlichen Haushalte, besitzt es dadurch eine planbare und nachhaltige Zukunftsperspektive. Kurzfristige konjunkturelle Schwankungen üben auf uns dagegen nur einen untergeordneten Einfluss aus. In diesem aussichtsreichen Marktumfeld agiert die Marseille-Kliniken AG durch ihre Konzernstrategie, die durch klare Fokussierung auf den Geschäftsbereich Pflege, Qualitätsführerschaft und effektive Managementstrukturen gekennzeichnet ist. Detaillierte Erläuterungen hierzu erhalten Sie in Abschnitt 3 (Strategie des Konzerns) des Konzernlageberichts.



Aktionärsbrief



Sehr geehrte Aktionäre,

im abgelaufenen Geschäftsjahr konnten wir – über alles – die Belegungsquote unserer Häuser auf 90,1 % verbessern (Vorjahr 88,9 %), der Umsatz erhöhte sich um 2,6 % auf € 200,1 Mio., wobei die Kosten für Personal sich um 4,2 % auf € 106,2 Mio. veränderten.

Trotz der in den Vorjahren gemachten „gemischten bis unvorteilhaften Erfahrungen mit Leihpersonal“ wurde dieses wiederum eingesetzt. Leihkräfte sind in der Altenpflegebranche zum „süßen Gift“ mutiert, weil durch die Politik mit ihrer unsinnigen 50 : 50 Fachkraft- zu gut angelernter Personalquote immer wieder Personalengpässe auftreten, wo es für die Beseitigung des Engpasses einfach ist, man nimmt den Hörer in die Hand und ordert sich freiberufliche Pflegekräfte. Unabhängig davon, dass diese auf jeden Fall mindestens um die 19%-ige Umsatzsteuer teurer sind als festangestellte Mitarbeiter, helfen sie nur sehr kurzfristig im Tagesbetrieb der Pflegeheime. Dies gilt insbesondere, wenn nicht nur vereinzelt, sondern größere Kontingente an Leihpersonal auf den Pflegestationen eingesetzt werden. Mit der Benutzung der sehr weit gefassten elektronischen Pflegedokumentationsunterlagen sind diese Personen oftmals überfordert, deren Motivation ist nur von kurzer Zeit getragen, die Motivation des Leihpersonals lässt eher zu wünschen übrig. Im Übrigen lassen diese sich auch nur unter erschwerten Bedingungen in

den Heimalltag integrieren, da die anderen Mitarbeiter ja wissen, dass der Einsatz nicht von Dauer ist. Eine echte Hilfe am Bewohner entsteht vielfach nicht, Leihpersonal ist eben kein Bezugspersonal.

Wir glauben festgestellt zu haben, dass vielfach die Qualifikation des Leihpersonals nicht unseren hohen Standards entspricht und final betrachtet den Bewohnern und der Einrichtung nicht hilft.

Zwischenzeitlich hat sich ein Heer dieser Wanderarbeiter gebildet, die sich jeglicher Kontrolle durch die Behörden entziehen, weil offensichtlich die Landesgesetzgeber bei der Übernahme der heimrechtlichen Kompetenz im Zuge der Grundgesetzänderung aus dem Jahre 2006 daran offensichtlich keiner gedacht hat, vermutlich, weil erst die teilweise unangemessenen und recht unausgegorenen Landesgesetze diese Wanderarbeiter erst geschaffen haben.

Die Marseille-Kliniken AG wird sich unter meiner Geschäftsleitung weitestgehend aus dem Einsatz derartiger Personen zurückhalten und nur in den von den Behörden obstruierten Fällen deren Einsatz vornehmen.

Bei der breitflächigen Renovierung unserer Einrichtungen sind wir gut voran gekommen. Gleiches gilt für die verbesserte Ausstattung von Qualitäts- und Geschäftssteuerungstools in der Altenpflege.

Nach Geschäftsjahresschluss ist uns der erfolgreiche Wechsel in das Börsensegment Entry Standard gelungen, was verschiedene bürokratische Erleichterungen für das Unternehmen bedeutet.

Durch den gelungenen Wechsel von Inhaberauf Namensaktien verfügt das Unternehmen nunmehr über Kontaktdaten zur Identität der Aktionäre, sodass der Informationsaustausch ohne die Einschaltung von Presseorganen möglich wird.

Um auch dies zu beschleunigen, haben die ersten 162 Aktionäre ihre E-Mail-Adressen übersandt.

Alles weitere, verehrte Aktionäre, erfahren Sie auf der bevorstehenden Jahreshauptversammlung.

Herzlichst

Ihr

Heinz-Dieter Wopen



Standorte

- Hauptverwaltung/Geschäftsleitung
- Stationäre Pflege
- Betreutes Wohnen und ambulante Pflege





Segmente



Stationäre Pflege

Die vollstationäre Versorgung pflegebedürftiger Menschen stellt eines von zwei Segmenten des Geschäftsbereichs Pflege dar, auf den sich die Marseille-Kliniken AG fokussiert. Mit bundesweit 57 Einrichtungen, der insgesamt 60 konzernweit bestehenden Standorte, bildet die vollstationäre Pflege- und Betreuungsarbeit das Kernsegment der Marseille-Kliniken AG. Dabei weist ein Großteil der Einrichtungen unterschiedlichste Spezialisierungen und Konzeptionen hinsichtlich der zu erbringenden Pflege- und Betreuungsleistungen auf. Zusätzlich zu Spezialkonzepten wie Betreuung von Menschen mit Demenz, Nachsorge von Menschen mit Abhängigkeitserkrankung oder Betreuung von Wachkoma-Patienten, existieren innerhalb des Konzernsegments Stationäre Pflege die allgemeinen 2-, 3- und 4-Sterne-Pflegeeinrichtungen. Diese Angebotsvielfalt für Wohn- und Betreuungskonzepte entspricht den individuellen Bedürfnissen und Möglichkeiten der Zielgruppe. Optional zu pflegerischen Grundausrüstungen der jeweiligen Räumlichkeiten können die Bewohner beispielsweise auch ihre eigenen Möbelstücke in die Zimmer integrieren und damit einen wichtigen Teil ihres zuvor gewohnten Persönlichkeitsumfelds in die neue häusliche Umgebung mitnehmen. Entsprechend des Mottos „So gut wie zu Hause“ bietet die Marseille-Kliniken AG damit ein facettenreiches Wohnkonzept für den unterschiedlichsten Geschmack einer jeden einzelnen pflegebedürftigen Person an. Das generelle Pflegeverständnis beruht einerseits auf selbstbestimmter und persönlicher Lebensführung der Bewohner und andererseits auf einer Orientierung an ihren Fähigkeiten, Bedürfnissen und Persönlichkeiten. Des Weiteren ist die Kooperation mit Therapeuten, Ärzten, Krankenhäusern, Geistlichen, Hochschulen und anderen Einrichtungen ein zentraler Bestandteil unseres Pflegegrundsatzes. Diese verschiedenen Konzepte und Innovationen stellen zudem wichtige Differenzierungsmerkmale gegenüber kleineren, regional aufgestellten Wettbewerbern dar. Denn aufgrund der konzeptionellen Komplexität und erforderlichen Ressourcen können derartige Projekte nicht von kleineren Anbietern erbracht werden. Die Marseille-Kliniken AG möchte ihre herausgehobene Marktstellung verbunden mit einem klaren Bekenntnis zu führender Qualität dazu nutzen, die Bettenbelegung unter Aufrechterhaltung der bestehenden Kapazitäten weiter auszubauen und dadurch die Attraktivität des Konzernsegments stationäre Pflege nachhaltig zu sichern.



Ambulante Pflege

Die ambulante Pflegeversorgung bildet neben der stationären Pflege das zweite Segment des Geschäftsbereichs Pflege. Die zugehörigen Dienstleistungen werden von den Mitarbeitern nach dem Grundsatz „So viel Selbstständigkeit wie möglich, so viel Hilfe wie nötig“ erbracht. Den einzelnen Kunden innerhalb dieser Pflegeleistungen ist es sehr gut möglich, ihren Lebensalltag anhand ihrer eigenen Vorstellungen weitgehend selbstständig zu gestalten. Jedoch möchten sie gern die professionellen Pflegeleistungen der Marseille-Kliniken AG ergänzend in Anspruch nehmen, um eine kompetente und zuverlässige Versorgung ihrer individuellen Pflegebedürfnisse zu gewährleisten. Auf diese Weise können sie in ihrer privaten Wohnumgebung verbleiben, auch wenn sich die gesundheitliche Situation einmal verändern sollte.

Wenn Senioren umfassendere pflegerische Unterstützung benötigen, kann ihnen auch eine Wohnung innerhalb einiger Pflegeeinrichtungen der Marseille-Kliniken AG im Rahmen des Konzepts Betreutes Wohnen, zur Verfügung gestellt werden. Die verschiedenen Wohneinheiten innerhalb dieses großzügigen und familiär gestalteten Umfelds verfügen über unterschiedliche Grundrisse und können entsprechend der eigenen Anforderungen ihres Bewohners gestaltet werden, um die Individualität und Autonomie eines jeden Einzelnen zu sichern. Dieser Wohn- und Lebensstandard wird bei Bedarf durch das Angebot pflegerischer Leistungen der fachkompetenten ambulanten Pflegedienste des Konzerns sinnvoll ergänzt. Die Bewohner entscheiden eigenständig, wann sie welchen Unterstützungsbedarf benötigen und können dadurch innerhalb der Einrichtung wohnen bleiben. Pflegerische Leistungen sind für alle Pflegestufen, von 0 bis 3, möglich. Diese werden durch Fachpersonal in hoher Qualität erbracht. Ein nochmaliger Umzug in eine vollstationäre Pflegeeinrichtung ist dadurch nicht notwendig.

Gesundheitsmarkt

- Der deutsche **Gesundheitsmarkt wächst** kontinuierlich (1,9 %)
- Der zugehörige **Pflegemarkt** verzeichnet dabei **überproportionale Zuwächse** (3,1 %)
- Der langfristige **Trend** wirkt zugunsten **privatwirtschaftlicher Strukturen**



Veränderungen in der Gesundheitswirtschaft werden von der Politik wie auch den Sozialversicherungsträgern seit Jahren in kurzen Zeitabständen vorgenommen. Die kurze Taktfolge der Modifikationen zeigt deutlich die Reformbedürftigkeit des Sozialversicherungssystems, das im Kern noch aus dem 19. Jahrhundert stammt. Zusatzbeitrag, Gesundheitsfond, Pflegezusatzbeitrag für Kinderlose (Kinderberücksichtigungsgesetz), Pflege-Neuausrichtungsgesetz (PNG) oder die zum Jahresanfang 2013 erfolgte Abschaffung der Praxisgebühr sind hier nur einige der jüngeren Entwicklungen. Dabei gestaltet sich angesichts des steigenden Anteils der älteren und damit krankheitsanfälligeren Menschen die zukünftige Finanzierung des gesamten Gesundheitssystems zunehmend schwerer und bildet eine der größten Herausforderungen für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

Solides Wachstum in der Gesundheitswirtschaft

Da die gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherungen umlagen- und lohnabhängig finanziert sind, haben Konjunkturkrisen direkten Einfluss auf die Einnahmesituation der Sozialversicherungen. Andererseits fallen die Ausgaben weitestgehend unabhängig von ökonomischen Faktoren an, sondern werden hauptsächlich von der Bevölkerungsdemographie beeinflusst. In der Vergangenheit wurden insbesondere die Kranken- und Pflegekassen immer wieder von Steuermitteln gestützt, was vor dem Hintergrund der zunehmend älter werdenden Bevölkerung und der weiter zunehmenden Staatsverschuldung zukünftig zunehmend schwieriger wird. Die Kombination beider Effekte bedingt somit einen sich intensivierenden Finanzierungseingpass für das gesetzliche Kranken- und Pflegesystem.

Zwischen 2005 und 2011 (aktuelle statistische Erhebung) sind die Ausgaben für Gesundheit in Deutschland durchschnittlich um 3,4 % p.a. auf 293,8 Mrd. Euro gestiegen. Im direkten Vorjahresvergleich von 2010 auf 2011 stiegen die Kosten um 5,5 Mrd. € oder 1,9 %.¹⁾ Damit umfassten diese Ausgaben rund 11,3 % des Bruttoinlandsprodukts 2011 der Bundesrepublik Deutschland.

Durch demographische Entwicklung und medizinischen Fortschritt wird sich die Lebensqualität der Deutschen im Alter weiter verbessern und der Anteil älterer Personen an der Gesamtbevölkerung stetig steigen. Bis 2020 wird in Deutschland ein Anstieg der Bevölkerung in der Altersgruppe der 60 bis 70-Jährigen sowie der 80 bis 90-Jährigen von 18,8 % bzw. 38,9 % erwartet.²⁾

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Finanzierung der zunehmenden Unterdeckung des Systems zunächst zwangsweise durch Steuergelder aufgefangen werden wird. Aus Sicht von Marktexperten ist jedoch offensichtlich, dass die Finanzierung des Systems grundsätzlich neu gestaltet werden muss, um eine langfristige Tragfähigkeit zu gewährleisten. Dies gilt umso mehr, da die Finanzierungslücken in zunehmendem Maße demographisch bedingt sind und sich in Zukunft weiter verstärken werden. Die Transformation des heutigen Systems zu einer Versicherung, die nur noch eine reduzierte Gesundheitsversorgung finanziert, ist damit nahezu unausweichlich.

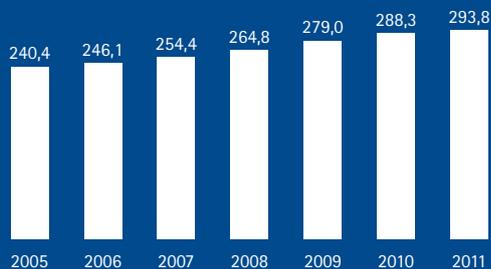
Pflegewirtschaft bleibt Treiber des Gesundheitssystems

Das aktuelle Marktvolumen der ambulanten und stationären Pflege innerhalb der Gesundheitswirtschaft betrug nach den aktuellen Statistiken aus dem Jahr 2011 32,8 Mrd. Euro. Dies bedeutet ein stabiles Marktwachstum von rund 3,1 % gegenüber dem Vorjahr (2010: 31,8 Mrd. €) und somit einen stärkeren Zuwachs als der Gesundheitsmarkt (1,9 %) insgesamt.³⁾

Auch zukünftig wird laut einer Prognose des Instituts der Deutschen Wirtschaft dieses Marktvolumen, und damit die zugehörigen Ausgaben, weiter zunehmen, da die Anzahl der Pflegebedürftigen von rund 2,3 Mio. (2008) bis 2050 auf 4,1 Mio. Personen steigt. Innerhalb der Pflegeversorgung prognostizieren die Experten einen parallelen Trend weg von häuslicher Pflege durch Angehörige hin zu stationärer oder ambulanter Pflege durch Fachpersonal.⁴⁾ Diese Entwicklung innerhalb der Pflege ist u.a. durch eine höhere Anzahl kinderloser Pflegebedürftiger

Entwicklung der Gesundheitsausgaben in Deutschland

in Mrd. €



Quelle: „Statistisches Bundesamt (2013)“

oder einen höheren Anteil vollzeitbeschäftigter Angehöriger erklärbar. Hierdurch ist eine familiäre Pflege nicht möglich.

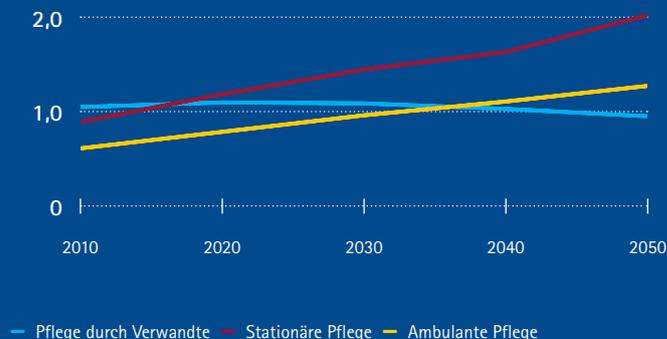
Wie auch in anderen Bereichen der Gesundheitsbranche, steht ebenfalls in der Pflegewirtschaft dieser zukünftig steigenden Nachfrage nach Pflegedienstleistungen eine Begrenzung der zukünftigen Finanzierbarkeit durch öffentliche Haushalte und Sozialversicherungen gegenüber. Wenngleich die Arbeitslosenquote aktuell auf einem niedrigen Niveau verweilt, sind ein weiterer konjunktureller Aufschwung und eine damit anhaltende Beschäftigung nicht unmittelbar gesichert und die hieraus benötigten Einnahmen für die Sozialversicherungen nicht garantiert.

Drei Trends der Pflegewirtschaft

Aus dieser Ausgangssituation ergeben sich drei wesentliche Trends der Pflegewirtschaft: Erstens nimmt der Konzentrationsprozess weiter zu – bedingt durch den steigenden Kosten- und Leistungsdruck auf die einzelnen Anbieter. Dies wird nach Einschätzung von Marktanalysten dazu führen, dass einzelne unabhängige Einrichtungen zum Auslaufmodell werden und kaum noch eine Chance auf Fortbestand haben. Zweitens erfordern medizinischer Fortschritt und kürzere Verweildauer im stationären Bereich eine engere Verzahnung auf allen Ebenen des Gesundheitswesens. Erwartet wird eine deutliche Zunahme der ambulanten Behandlungen. Die unterschiedlichen Gesundheitssektoren – ärztliche Grundversorgung, medizinische Akutbehandlung, Pflege und Rehabilitation – werden weiter zusammenwachsen. Entsprechend dieser Entwicklung ist damit zu rechnen, dass Kooperationen und Integration durch gesetzliche Regelungen erleichtert werden. Drittens findet zunehmend eine Kapitalisierung des Pflegemarkts durch Investoren, Privatanleger und Patienten statt. Bei der Finanzierung ist die Politik auf privates Kapital angewiesen, da die öffentliche Hand weder in der Lage ist, die dringend notwendigen Investitionen in den Einrichtungen zu tätigen, noch für die Verluste in ihren Häusern aufzukommen. Um den heute schon bestehenden Investitionsstau aufzulösen, sind privatwirtschaftliche Strukturen erforderlich. Denn nur sie etablieren professionelle Managementsysteme und münden letztendlich in eine nachhaltige Ertragsfähigkeit.

Erwartung Pflegebedürftige in Deutschland

in Mio.



Quelle: Institut der Deutschen Wirtschaft (2008)

„Pflege-Riester“ bestärkt Konzept der Marseille-Kliniken AG

Einen deutlichen Beleg für diese Entwicklung liefert die im Januar 2013 eingeführte und unter dem Namen „Pflege-Riester“ oder „Pflege-Bahr“ in den Medien bekannt gewordene Reform. Es handelt sich dabei um die staatliche Förderung einer privaten Pflegeversicherung, um drohende Versicherungslücken im Alter zu schließen. Durch diesen Anreiz zur Eigenvorsorge stehen den Versicherten bei Pflegebedarf höhere finanzielle Mittel für Pflegeleistungen zur Verfügung. Für die Marseille-Kliniken AG resultieren hieraus langfristig zusätzliche Umsatzpotenziale. Des Weiteren sieht sich das Unternehmen durch diese Entwicklung in seiner Ansicht bestätigt, dass in der Pflegewirtschaft eine Verlagerung weg von staatlicher Versorgung hin zu einem überwiegend privatwirtschaftlichen System entsteht. Dieser privatwirtschaftlichen Nachfrage entspricht die Marseille-Kliniken AG mit ihren individuellen Wohn- und Pflegekonzepten und der klaren Ausrichtung als Qualitätsführer.

Insgesamt hat sich die Marseille-Kliniken AG innerhalb der Wachstumsbranche Pflegemarkt eine hervorragende Ausgangsposition für die anstehenden Veränderungen erschaffen. Als Betreiber von 60 Pflegestandorten verfügt der Konzern bereits heute über die nötige Marktstellung, um den fortschreitenden Konzentrationsprozess weiter für sich nutzen zu können. Die Ausrichtung als privater und börsennotierter Betreiber von Pflegeheimen ermöglicht es dem Unternehmen zusätzlich die nötigen Investitionen im Gesundheitswesen durch eine privatwirtschaftliche Kapitalausstattung besser und langfristiger zu finanzieren, als dies für öffentliche und gemeinnützige Träger realisierbar ist. Auch die klare Fokussierung auf das dynamische Segment Pflegewirtschaft bewirkt ein hohes Wachstumspotenzial für die Marseille-Kliniken AG.

¹ Statistisches Bundesamt (2013) unter https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Gesundheit/Gesundheitsausgaben/AusgabenGesundheitLangeReihePDF_2120712.pdf?__blob=publicationFile

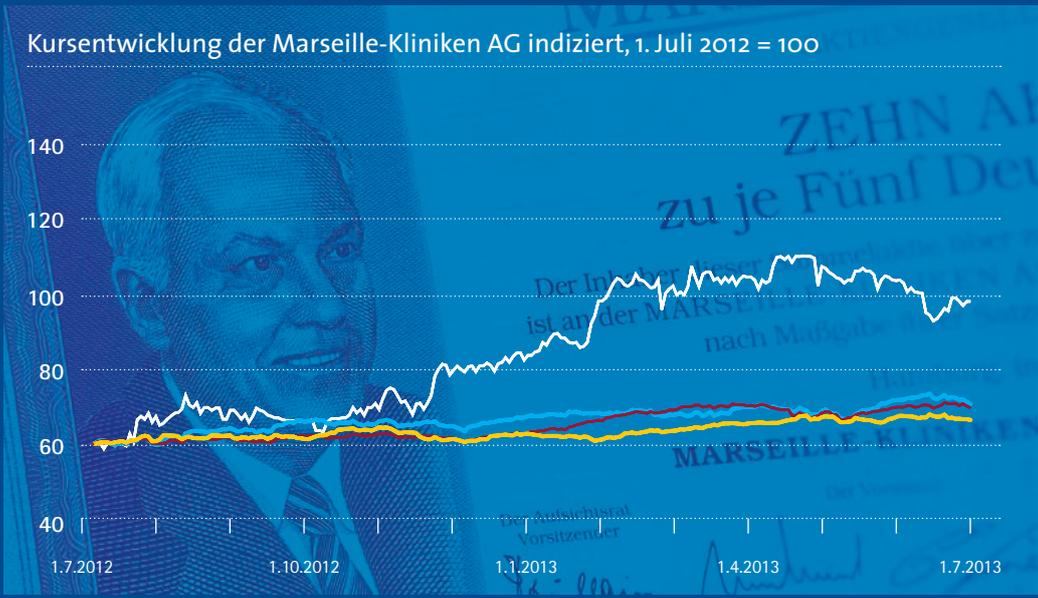
² Ernst & Young (2011) Stationärer Pflegemarkt im Wandel – Gewinner und Verlierer 2020

³ Statistisches Bundesamt (2013) Fachserie 12 Reihe 7.1.1; „Gesundheit Ausgaben“

⁴ Institut der Deutschen Wirtschaft (2008) Wertschöpfungs- und Beschäftigungspotenziale auf dem Pflegemarkt in Deutschland bis 2050



Aktie und Investor Relations



- Marseille-Kliniken AG
- SDAX
- DAX
- Prime Pharma & Health care

Aktie der Marseille-Kliniken AG steigt stärker als der allgemeine Börsentrend

Der Aktienkurs der Marseille-Kliniken AG stieg im Geschäftsjahr 2012/2013 deutlich an. Somit wurden die operativen Erfolge des Unternehmens im Börsenkurs entsprechend abgebildet. Eine anschließende Korrektur ab Frühjahr 2013 erfolgte auch vor dem Hintergrund der bereits erreichten sehr guten Aktienkursentwicklung und daraus resultierenden Gewinnmitnahmen.

Der Zeitraum des zurückliegenden Geschäftsjahres (1. Juli 2012 – 30. Juni 2013) war von wiedererstarbtem Vertrauen am Aktienmarkt im Allgemeinen und in die Stabilität des Euro im Besonderen gekennzeichnet. Entsprechend dieses Marktumfelds stiegen die Aktienindizes weltweit teilweise deutlich an. Insbesondere der Zeitraum Sommer 2012 bis Frühjahr 2013 zeigte eine erfreuliche Entwicklung an den Kapitalmärkten, bevor sich durch erste Spekulationen und Andeutungen seitens der US-amerikanischen Zentralbank über eine mögliche Reduzierung der Liquidität ab Frühjahr/Sommer 2013 eine höhere Volatilität der Aktienkurse einstellte.

Kursentwicklungen

Insgesamt ergaben sich somit auch für den deutschen Leitindex DAX Zugewinne, die sich im Berichtszeitraum auf rund +24 % beliefen. Noch deutlich positiver als alle Vergleichsindizes entwickelte sich jedoch die Aktie der Marseille-Kliniken AG. Am 29. Juni 2012 betrug der Xetra-Kurs des Unternehmens 2,58 € und stieg bis Anfang April 2013 auf 5,76 €. Nach diesem Jahreshöchstkurs reduzierte sich der Wert im Zuge der steigenden Volatilität bis Mitte Mai auf rund 4,80 € und stabilisierte sich bis zum Geschäftsjahresende am 30.06.2013 auf diesem Niveau. Insgesamt bedeutet dies einen Kurszuwachs von +88,4 % während der Berichtsperiode.

Marktkapitalisierung und Handelsvolumen

Auf Basis des Schlusskurses vom 28. Juni 2013 ergibt sich für die Marseille-Kliniken AG ein deutlicher Anstieg der Marktkapitalisierung auf 70,9 Mio. € (Vorjahreszeitpunkt: 37,6 Mio. €). Das durchschnittliche Handelsvolumen der Aktie im Xetra-System stieg auf 59.359 Aktien pro Tag an, nachdem dieser Wert im Vorjahr bei 16.583 gelegen hatte. Um den Kapitalmarkt weiter von den Chancen eines Investments in die Aktie zu überzeugen, wird es notwendig sein, weiterhin andauernde Beweise der nachhaltigen Ertragsfähigkeit des Konzerns zu erbringen. Der Vorstand ist davon überzeugt, dass sich das Unternehmen diesbezüglich weiterhin auf gutem Kurs befindet.



Kursentwicklung

	28.6.2013	29.6.2012	Veränderung in %
Marseille-Aktie	4,86 €	2,58 €	+88,4%
DAX	7.959,22	6.416,28	+24,0%
SDAX	5.795,18	4.804,29	+20,6%
Classic All Share	4.543,70	3.468,49	+31,0%
GEX	1.035,14	1.054,95	- 1,9%
Prime Pharma Et Healthcare	2.676,77	2.253,27	+18,8%

Kennzahlen zur Aktie

		2012 2013	2011 2012
Jahresüberschuss	Mio. €	6,73	7,80
Dividende je Aktie	€	0,00	0,11
Dividendenrendite	%	-	4,3
Ausschüttungssumme	Mio. €	0,00	1,6
Höchstkurs	€	5,76	3,09
Tiefstkurs	€	2,50	1,34
Jahresschlusskurs	€	4,86	2,58
Anzahl Aktien	Mio.	14,58	14,58
Marktkapitalisierung (zum 28.6.)	Mio. €	70,86	37,61
KGV ¹⁾		10,3	5,73

¹⁾ Ermittlung im Wege des gewichteten Durchschnitts nach Abzug eigener Anteile.

Analysteneinschätzungen

Die Marseille-Kliniken AG wurde im Berichtsjahr von vier renommierten Banken und Research-Anbieter fortlaufend bewertet und kommentiert. Alle aktuellen Empfehlungen der Analysten lauten hierbei auf „Kaufen“. Die kontinuierliche Betreuung des Unternehmens durch diese unabhängigen Analysehäuser gewährleistet eine angemessene Wahrnehmung und repräsentative Berichterstattung innerhalb der Finanzbranche. Interessierte Investoren erhalten damit auch außerhalb der unternehmenseigenen Publikationen eine unabhängige und fundierte Einschätzung über die Entwicklung des Konzerns.

Investorenkontakte und Aktionärsstruktur

Den Kontakt zu Kapitalmarktteilnehmern hat die Marseille-Kliniken AG auch im abgelaufenen Geschäftsjahr unter anderem durch die Teilnahme an Investorenkonferenzen wie dem Deutschen Eigenkapitalforum, der DVFA SCC_ Small Cap Conference oder dem HPS-Gesundheitstag (alle in Frankfurt am Main) gepflegt. Hierbei fanden Gespräche mit Vertretern institutioneller Investoren statt, denen die Entwicklungspläne des Unternehmens sowie die sich daraus ergebenden Potenziale einer Kapitalanlage erläutert wurden. Auch für die Zukunft plant das Unternehmen, im Rahmen seiner Investor Relations Aktivitäten Aktionäre, interessierte Investoren und Finanzanalysten kontinuierlich und transparent mit Informationen zu versorgen.

Der Gründer und Hauptaktionär Herr Ulrich Marseille und seine Ehefrau Estella-Maria Marseille halten rund 60 % am Grundkapital der Marseille-Kliniken AG. Am 16. Dezember 2011 erwarb Herr Dr. h.c. Carsten Maschmeyer direkte Anteile in Höhe von rund 5,33 % der Aktien der Marseille-Kliniken AG.

Anleihe

Die im November emittierte zweijährige Teilschuldverschreibung wurde von institutionellen Anlegern gezeichnet und ist im Freiverkehr der Frankfurter Wertpapierbörse (ISIN DE000A1MASB1) notiert. Der Coupon beträgt im ersten Jahr 9,5 % und im zweiten Jahr 12,5 %, wobei dem Unternehmen eine Option auf vorzeitige Ablösung nach einem Jahr eingeräumt wurde. Durch die positive ertragswirtschaftliche Entwicklung des Konzerns und das zinsgünstigere Darlehen eines Finanzinstituts, konnte die erste Teilablösung der Anleihe in Höhe von 3,0 Mio. € bereits im April 2012 erfolgen. Im November 2012 wurde ein weiterer Teilbetrag der Anleihe in Höhe von 9,0 Mio. € vorzeitig abgelöst. Zum 30.06.2013 wurde die Anleihe als kurzfristige Verbindlichkeit mit 2,97 Mio. € bewertet.

Investor Relations

Anspruch unserer Investor Relations Aktivitäten ist eine kontinuierliche, verlässliche und offene Information aller Kapitalmarktteilnehmer. Bei Gesprächen mit Analysten bieten wir diesen ergänzend zu den Pflichtpublikationen die Möglichkeit, sich ein transparentes Bild unseres Unternehmens zu machen. Vielfältige Informationen werden interessierten Anlegern auch im Bereich Investor Relations auf der Internetseite zur Verfügung gestellt. Neben den Geschäfts- und Zwischenberichten stehen hier auch Finanzkennzahlen, Studien der Finanzanalysten sowie allgemeine Informationen zur Konzernstrategie und den Tätigkeitsfeldern des Unternehmens zur Verfügung.



Finanzkalender

für das Geschäftsjahr 2013/2014	
Veröffentlichung Konzernabschluss 2012/2013	September 2013
114. Hauptversammlung	31. Oktober 2013
1. Quartalsabschluss 2013/2014	November 2013
Halbjahresbericht 2013/2014	Februar 2014
3. Quartalsabschluss 2013/2014	Mai 2014

Informationen zur Aktie

ISIN	DE000A1TNRR7
Kürzel	MKA.ETR
Reuterskürzel	MKAN
Börsensegment	Freiverkehr (Entry Standard)
Handelsplätze	Xetra, Frankfurt a.M
Designated Sponsor	Close Brothers Seydler Bank AG

Dividende

In der Vergangenheit verfolgte die Marseille-Kliniken AG eine aktionärsfreundliche Dividendenpolitik. Die wirtschaftliche Lage des vorherigen Geschäftsjahres 2011/2012 ermöglichte die Ausschüttung einer Dividende von 0,11 € pro Aktie. Eine Ausschüttung auf Grundlage des Jahresergebnisses 2012/2013 ist nach derzeitigem Stand nicht geplant.

Börsennotierung

Die Aktien der Marseille-Kliniken AG waren innerhalb des Berichtszeitraums im Börsensegment Regulierter Markt im Prime Standard der Deutschen Börse (Parketthandel Frankfurt & Xetra) gelistet. Am 12.07.2013 gab die Marseille-Kliniken AG bekannt, dass die Wertpapiere in den Entry Standard als Teilbereich des Open Market (Freiverkehr) der Frankfurter Wertpapierbörse einbezogen worden sind. Das Unternehmen hat damit einen Beschluss der außerordentlichen Hauptversammlung vom 19.10.2012 umgesetzt. Mit der Notierung im Entry Standard wird ein weiterhin effizienter Handel mit Marseille-Kliniken-Aktien bei gleichbleibenden Handelszeiten ermöglicht.



Zusammengefasster Lagebericht und Konzernlagebericht

1. Überblick und Kennzahlen des Konzerns	12	11. Risikobericht	20
2. Geschäftstätigkeit und Rahmenbedingungen	12	11.1 Risikomanagementsystem	20
2.1 Geschäftstätigkeit	12	11.2 Rechnungslegungsbezogenes Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem	20
2.2 Rahmenbedingungen	13	11.3 Umfeld- und Branchenrisiken	21
3. Strategie des Konzerns	13	11.4 Leistungswirtschaftliche Risiken des Konzerns	21
4. Ertragslage des Marseille-Kliniken Konzerns	14	11.5 Strategische Risiken des Konzerns	21
4.1 Umsatzerlöse	14	11.6 Finanzwirtschaftliche Risiken	22
4.2 Andere aktivierte Eigenleistungen	14	11.7 Rechtliche Risiken	22
4.3 Sonstige betriebliche Erträge	14	11.8 Sonstige Risiken	23
4.4 Materialaufwand	14	12. Nachtragsbericht	23
4.5 Personalaufwand	14	13. Vergütungsbericht	23
4.6 Abschreibungen	14	14. Bericht des Vorstandes über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen und Angabepflichten gemäß § 315 Abs. 4 HGB	23
4.7 Sonstige betriebliche Aufwendungen/ Sonstige Steuern	14	15. Prognosebericht	25
4.8 Finanzergebnis	15		
4.9 Ertragsteuern	15		
4.10 Sondereffekte, die das Ergebnis beeinflusst haben	15		
4.11 Betriebliches Ergebnis und Ertragskennzahlen	15		
4.12 Konzernergebnis	15		
4.13 Ergebnis je Aktie	15		
5. Vermögenslage des Konzerns	15		
6. Finanzlage des Konzerns	17		
7. Investitionen des Konzerns	17		
8. Forschung und Entwicklung	18		
9. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	18		
10. Einzelabschluss der Marseille-Kliniken AG	18		
10.1 Ertragslage	18		
10.2 Vermögens- und Finanzlage	19		



Der Lagebericht der Marseille-Kliniken AG wird gemäß § 315 Abs. 3 HGB mit dem des Marseille-Kliniken Konzerns zusammengefasst. Die Risiken und Chancen der Marseille-Kliniken AG, als Muttergesellschaft, sind untrennbar mit dem Konzern verbunden. In diesem Lagebericht enthaltene Informationen beziehen sich, sofern nicht anders angegeben, auf den Konzern. Die Informationen zur Lage des Mutterunternehmens Marseille-Kliniken AG sind in dem separaten Abschnitt „Einzelabschluss der Marseille-Kliniken AG“ dargestellt.

Der Marseille-Kliniken Konzernabschluss ist nach den International Financial Reporting Standards, wie sie in der EU anzuwenden sind, und der Einzelabschluss der Marseille-Kliniken AG nach den Grundsätzen des deutschen Handelsrechts (HGB) und den aktienrechtlichen (AktG) Vorschriften aufgestellt.

1. Überblick und Kennzahlen des Konzerns

Die Marseille-Kliniken AG ist ein führender börsennotierter Betreiber von Pflegeheimen in Deutschland. Der Bereich der Altenpflege mit einer Versorgungskapazität von 8.028 Betten (Vertriebskapazität 7.922 Betten) stellt das Kerngeschäft des Konzerns dar. Der Konzern betreibt insgesamt 60 Senioreneinrichtungen, davon drei Pflegeheime für Menschen mit Behinderung, und versorgt somit nahezu bundesweit – in 13 von 16 Bundesländern – pflege- oder betreuungsbedürftige Personen. Durch den Bereich „Betreutes Wohnen“ innerhalb des Konzerns wird das Kerngeschäft „Stationäre Altenpflege“ sinnvoll ergänzt. Hier versorgt das Unternehmen als Dienstleister in vier Gebäudekomplexen in Gera, Halle und Potsdam ältere Menschen in 1.146 Wohneinheiten.

Im Geschäftsjahr 2012/2013 konnte die positive Entwicklung des Konzerns fortgeführt werden. Die mit der Einführung einer operativen und dezentralen Regionalleiterstruktur begonnene Dezentralisierung wurde im Berichtszeitraum um zusätzliche Kompetenzen für die Einrichtungen erweitert. Dadurch kann der Konzern regionale Besonderheiten aufgreifen und eine konstant hohe Belegung erreichen. Das Pflegeangebot wird damit individueller und der weitere Ausbau der Qualitätsführerschaft ermöglicht. Die operativen Erfolge dieser Strategie drücken sich wiederholt in einer höheren Auslastungsquote von durchschnittlich 90,1 % (2011/2012: 88,9 %) aus. Zum 30. Juni 2013 wurden 80 (2011/2012: 84) Tochtergesellschaften konsolidiert. Die angekündigte Verschlingung der Konzernstruktur konnte damit im abgelaufenen Geschäftsjahr erfolgreich fortgesetzt werden, indem zwei nicht operativ tätige Unternehmen liquidiert und drei Unternehmen verschmolzen wurden. Weiterhin wurde eine neue Gesellschaft in den Konsolidierungskreis aufgenommen.

Neben der Auslastungserhöhung und der Sicherstellung unserer Qualitätsführerschaft stellt der Aufbau von Kapazitäten im Bereich „Betreutes Wohnen“ ein strategisches Ziel dar. Eine Erhöhung der Bettenkapazität im stationären Bereich ist hingegen aufgrund der im Markt herrschenden Überkapazitäten nicht vorgesehen. Somit orientieren sich die Kapazitäten in beiden Unternehmensbereichen noch stärker an der tatsächlichen Marktnachfrage.

Die erneut positive Unternehmensentwicklung soll zukünftig durch die Einführung einer selbst entwickelten Software zur Unternehmenssteuerung unterstützt werden. Hier ergeben sich für die Zukunft noch weitere Potentiale, die nach Etablierung des Systems in allen Einrichtungen spürbar werden sollten.

Im Geschäftsjahr 2012/2013 erwirtschaftete der Marseille-Kliniken Konzern einen Umsatz in Höhe von 200,1 Mio. €, nach 195,1 Mio. € im Vorjahr. Damit ist es dem Marseille-Kliniken Konzern weiter gelungen, sich im Wettbewerb gut zu behaupten und höhere Umsatzerlöse durch Verbesserung der Auslastung und Erlösqualität zu erwirtschaften.

Die Zunahme des Personalaufwands um 4,3 Mio. € auf 106,2 Mio. € resultiert überwiegend durch den Anstieg der Mitarbeiter um 132 auf 4.850. Die Zunahme der Mitarbeiter entfällt vor allem auf den Bereich der Pflegekräfte.

Das Ergebnis des Konzerns vor Abschreibungen, Zinsen, Mietaufwendungen und Steuern (EBITDAR) verringerte sich von 56,4 Mio. € um 1,2 Mio. € auf 55,2 Mio. €. Unter Berücksichtigung von Mietaufwendungen hat sich das EBITDA von 19,2 Mio. € um 1,2 Mio. € auf 18,0 Mio. € reduziert.

Der Vorjahresvergleich wird durch eine erfolgte Bilanzierungsänderung bezüglich der Pensionsverpflichtungen negativ beeinflusst, da zuvor im Vorjahr ausgewiesene Aufwendungen von 1,6 Mio. € aus der Bewertung der Pensionsrückstellungen nun entsprechend des neu angewendeten Rechnungslegungsstandards erfolgsneutral ausgewiesen wurden.

Das um Sondereffekte bereinigte EBT des Vorjahres (siehe 4.10 dieses Lageberichtes) von 6,3 Mio. € konnte um 2,7 Mio. € auf 9,0 Mio. € verbessert werden.

Die Abschreibungen haben sich durch gestiegene außerplanmäßige Abschreibungen auf das Sachanlagevermögen (0,9 Mio. €) und immaterielle Vermögenswerte (0,2 Mio. €) im Berichtsjahr auf 6,9 Mio. € erhöht. Das Finanzergebnis verbesserte sich um 1,0 Mio. € auf -3,6 Mio. €, was zum Teil auf die Tilgung und Umfinanzierung der Unternehmensanleihe zurückzuführen ist. Darüber hinaus hatten Zinsaufwendungen im Zusammenhang mit der Betriebsprüfung für die Geschäftsjahre 2005 bis 2008 das Finanzergebnis im Vorjahr per Saldo mit 0,4 Mio. € belastet.

Nach Steuern, die in diesem Jahr 0,8 Mio. € (Vorjahr: 0,1 Mio. €) betragen, und Minderheitsanteilen ergab sich für die Marseille-Kliniken AG ein Konzernergebnis von 6,7 Mio. €, das unter dem des Vorjahreszeitraumes (7,8 Mio. €) liegt.

2. Geschäftstätigkeit und Rahmenbedingungen

2.1 Geschäftstätigkeit

Die Marseille-Kliniken AG ist mit 57 stationären Pflegeeinrichtungen, 4 Wohnanlagen für Betreutes Wohnen an drei Standorten und ihren rund 4.850 Mitarbeitern ein marktführendes börsennotiertes Unternehmen der Pflegewirtschaft in Deutschland. Kerngeschäftsbereich des Unternehmens bildet der Bereich der Pflegeleistungen mit einer Versorgungskapazität von 8.028 Betten (Vertriebskapazität 7.922 Betten). Dieser Geschäftsbereich untergliedert sich in stationäre Pflege und ambulante Pflege. Durch das Teilsegment „Betreutes Wohnen“ innerhalb der Ambulanten Pflege wird dies sinnvoll ergänzt. Hier versorgt das Unternehmen als Dienstleister in Gera, Halle und Potsdam ältere Menschen. Das Geschäftsmodell wird entscheidend von der für den Konzern vorteilhaften demographischen Entwicklung beeinflusst und besitzt dadurch eine nachhaltige Zukunftsperspektive. Kurzfristige konjunkturelle Schwankungen üben dagegen nur einen untergeordneten Einfluss aus. Als modern ausgerichteter Qualitätsanbieter ist das private Unternehmen innerhalb eines Wettbewerbsumfelds, das hauptsächlich von regional tätigen Wohlfahrtsverbänden bestimmt wird, gut positioniert.

Die operative Leitung wird durch die Führungskräfte in den Einrichtungen und die Regionalleiter wahrgenommen. Interne Dienstleister für die Zentralfunktionen Personal, Finanzen und Controlling, Rechnungswesen, Steuern, Informationstechnologie, Organisationsentwicklung und Marketing unterstützen die Unternehmensführung. Durch diese organisatorische Ausrichtung wird dauerhafte regionale Präsenz verbunden mit einer operativen Handlungsfähigkeit sichergestellt.

Die einzelnen Einrichtungen werden überwiegend als juristisch eigenständige Tochtergesellschaften, angebunden an die Muttergesellschaft Marseille-Kliniken AG, geführt.

2.2 Rahmenbedingungen

Gesamtwirtschaftliches Umfeld

Die gesamtwirtschaftliche Situation in der Bundesrepublik Deutschland ist im Berichtszeitraum 1. Juli 2012 bis 30. Juni 2013 insgesamt nur von einem moderaten Wirtschaftswachstum von 0,5 % geprägt worden. So stieg das Bruttoinlandsprodukt im dritten Kalenderquartal 2012 saisonbereinigt zunächst um 0,2 % gegenüber dem Vorjahr, um im letzten Quartal 2012 um 0,5 % zu fallen. Nach einer Stagnation im ersten Quartal 2013 stieg der Konjunkturindikator zuletzt im Zeitraum April bis Juni 2013 um 0,7 % gegenüber dem Vorjahresquartal an. Somit konnte sich die positive Entwicklung der Privatwirtschaft aus den Jahren 2010 und 2011 in 2012 und in der ersten Hälfte des Jahres 2013 nicht fortsetzen.¹⁾

Zusätzlich wird die Verschuldung verschiedener europäischer Staaten von Wirtschaftsexperten mehrheitlich als problematisch angesehen. Die deutlich ausgeweitete Staatsverschuldung der Bundesrepublik Deutschland von derzeit rund 82 % des Bruttoinlandsproduktes (2012) könnte langfristig durch Einsparungen der öffentlichen Haushalte zu erheblichen strukturellen Auswirkungen auf den gesamten Gesundheitsmarkt führen.²⁾

Der deutsche Gesundheitsmarkt

Das Volumen des deutschen Gesundheitsmarktes belief sich zum Zeitpunkt der letzten statistischen Erhebung aus dem Jahr 2011 auf 293,8 Mrd. €. Dies bedeutet eine Steigerung von 1,9 % gegenüber dem Vorjahr und einen Anteil am Bruttoinlandsprodukt der Bundesrepublik Deutschland von rund 11,3 %. Dieser relativ hohe Anteil spiegelt auch das stabile Wachstum des Gesundheitsmarktes innerhalb der letzten Jahre gegenüber anderen Wirtschaftsbranchen wider. Die durchschnittliche Steigerung des Marktvolumens in den Jahren 2005 bis 2011 lag bei 3,4 % p. a. Innerhalb der Gesundheitswirtschaft betrug nach den aktuellen Statistiken aus dem Jahr 2011 das gesamte Marktvolumen der ambulanten und stationären Pflege 32,8 Mrd. €. Dies bedeutet im Vorjahresvergleich ein deutliches Wachstum von rund 3,1 % (2010: 31,8 Mrd. €) und somit einen stärkeren Zuwachs als der Gesundheitsmarkt insgesamt.³⁾

Auch zukünftig wird laut einer Prognose des Instituts der Deutschen Wirtschaft das Volumen des Marktes für Pflegeleistungen, und damit die zugehörigen Ausgaben, weiter steigen, da die Anzahl der Pflegebedürftigen von rund 2,3 Mio. (Stand 2008) bis 2050 auf 4,1 Mio. Personen zunimmt. Innerhalb der Pflegeversorgung prognostizieren die Experten einen parallelen Trend weg von häuslicher Pflege durch Angehörige hin zu stationärer oder ambulanter Pflege durch Fachpersonal.⁴⁾

In diesem Marktumfeld ergeben sich für die Marseille-Kliniken als privatwirtschaftlichen Betreiber von Senioreneinrichtungen Herausforderungen für die Übernahme von gesellschaftlicher Verantwortung innerhalb des Gesundheitsmarktes, aber auch erhebliche langfristige Wachstumspotenziale für den gesamten Konzern. Die hieraus abgeleitete Unternehmensstrategie wird im folgenden Abschnitt erläutert.

3. Strategie des Konzerns

Die Marseille-Kliniken AG zählt als börsennotierter Betreiber von Altenpflegeheimen und Einrichtungen des Betreuten Wohnens zu den führenden Anbietern von Pflegedienstleistungen in Deutschland. Durch die demographische Entwicklung ist der Pflegemarkt weitestgehend unabhängig von den allgemeinen konjunkturellen Rahmenbedingungen. Die alternde Gesellschaft in Deutschland sorgt in den stationären und ambulanten Versorgungsbereichen für eine langfristig steigende Nachfrage nach Pflegeleistungen. Innerhalb dieses Zukunftsmarktes positionieren sich die Marseille-Kliniken mit einer von drei Pfeilern getragenen Konzernstrategie, um ihrem Konzernziel des ertragreichen langfristigen Wachstums Rechnung zu tragen.

Die Fokussierung auf den Bereich Pflege im stationären und ambulanten Bereich wurde durch den Verkauf der Rehabilitationssparte im April 2010 vollzogen. Der Anspruch auf Qualitätsführerschaft im deutschen Pflegemarkt und die Fähigkeit mit innovativen Lösungen zur Steigerung der Qualität und Transparenz beizutragen, steht im Mittelpunkt unseres Handelns. Ein Beispiel dafür ist das Portal „Mein Gesundheitsbuch“ (www.MeinGesundheitsbuch.de). Dort bieten wir Angehörigen und Betreuern die Möglichkeit, Vitaldaten und Pflegeinformationen der Bewohnerinnen und Bewohner jederzeit einzusehen. Weiterhin umfasst die strategische Ausrichtung den Aufbau hocheffizienter Managementstrukturen. Ziel ist es, den Handlungsraum der operativen Führung unserer Einrichtungen in der Region zu erweitern. Aus diesem Grunde haben wir bereits in den Vorjahren unsere Regionalleiterstruktur erfolgreich eingeführt. Diese wurde zwischenzeitlich dahin weiterentwickelt, dass wir weiterführende Kompetenzen und Aufgaben in die Einrichtungen verlagert haben, um die Managementverantwortung der Einrichtungsleitungen vor Ort zu stärken. Um dieses Ziel zu erreichen, wurde die Kompetenzverteilung zwischen der Hauptverwaltung und den Einrichtungen neu ausgerichtet sowie ein selbstentwickeltes Steuerungstool eingeführt, das die Auswirkungen von Entscheidungen in wirtschaftlicher und qualitativer Hinsicht zeitnah darstellt, um damit den Gedanken eines verantwortungsvollen Unternehmers im Unternehmen zu stärken. Abgerundet werden diese Maßnahmen durch gezielte Schulungen zur Steigerung der Handlungskompetenz unserer Mitarbeiter.

¹⁾ Statistisches Bundesamt (2013); „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“ unter <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/Indikatoren/Konjunkturindikatoren/VolkswirtschaftlicheGesamtrechnungen/kvgr111.html>

²⁾ Statistisches Bundesamt (2012) „Europäische Union (EU)-Stabilitätspakt“; www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/VGR/EUStabilitaetspakt/Tabellen/DefizitSchuldenEU.html

³⁾ Statistisches Bundesamt (2013) Fachserie 12 Reihe 7.1.1; „Gesundheit Ausgaben“

⁴⁾ Institut der Deutschen Wirtschaft (2008) Wertschöpfungs- und Beschäftigungspotenziale auf dem Pflegemarkt in Deutschland bis 2050



4. Ertragslage des Marseille-Kliniken Konzerns

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung
der Marseille-Kliniken AG

in T€	1.7.2012 bis 30.6.2013	1.7.2011 bis 30.6.2012
Umsatzerlöse	200.108	195.058
Andere aktivierte Eigenleistungen	150	0
Sonstige betriebliche Erträge	8.709	11.439
Gesamtleistung	208.967	206.497
Materialaufwand/Aufwand für bezogene Leistungen	23.439	23.241
Personalaufwand	106.221	101.948
Abschreibungen	6.924	6.697
Sonstige betriebliche Aufwendungen	61.003	61.183
Sonstige Steuern	329	936
Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit	11.051	12.492
Finanzerträge	700	1.334
Finanzaufwendungen	4.251	5.935
Ergebnis vor Steuern (und Minderheitenanteile)	7.500	7.891
Steuern vom Einkommen und Ertrag	767	88
Konzernergebnis	6.733	7.803
Minderheitenanteile	-4	-2
Marseille-Kliniken AG zuzurechnendes Konzernergebnis	6.729	7.801

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde aufgrund der rückwirkenden Erstanwendung von neuen Bilanzierungsvorschriften für Pensionsverpflichtungen geändert. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen haben sich durch den nun erfolgsneutralen Ausweis der versicherungsmathematischen Versicherungsanpassung um 1,6 Mio. € verringert, so dass sich das Ergebnis vor Steuern des Vorjahres um diesen Betrag auf 7,9 Mio. € erhöht hat.

Nach Ertragsteuern ist das Konzernergebnis des Vorjahres durch die Bilanzierungsänderung um 1,3 Mio. € auf 7,8 Mio. € angestiegen.

4.1 Umsatzerlöse

Im Geschäftsjahr 2012/2013 konnte der Konzernumsatz um 5,0 Mio. € auf 200,1 Mio. € gesteigert werden (2011/2012: 195,1 Mio. €).

Ausschlaggebend für den Anstieg der Umsatzerlöse sind insbesondere die Belegungssteigerungen in der Einrichtung AMARITA Bremerhaven und verschiedenen Einrichtungen im Regionalbereich Berlin sowie die Verbesserung der Erlösqualität.

4.2 Andere aktivierte Eigenleistungen

Im abgelaufenen Berichtsjahr wurden im Zusammenhang mit der Aktivierung eines immateriellen Vermögensgegenstandes auch eigene Leistungen in Höhe von 150 T€ aktiviert.

4.3 Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind um 2,7 Mio. € auf 8,7 Mio. € (2011/2012: 11,4 Mio. €) zurückgegangen. Wesentlich hierfür sind der

Rückgang der Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (1,5 Mio. €) und Investitionskostenzuschüssen (0,2 Mio. €) sowie die geringeren Personalkostenzuschüsse (0,3 Mio. €) im abgelaufenen Geschäftsjahr.

4.4 Materialaufwand

Der Materialaufwand ist von 23,2 Mio. € im Vorjahr auf 23,4 Mio. € auslastungsbedingt leicht gestiegen. Relativ hat sich die Materialquote insbesondere aufgrund unterproportional gestiegener Aufwendungen für Lebensmittel, Energie und medizinischem Bedarf um 0,2 %-Punkte auf 11,7 % verringert.

4.5 Personalaufwand

Im Konzern haben sich die Personalaufwendungen um 4,3 Mio. € auf 106,2 Mio. € (2011/2012: 101,9 Mio. €) erhöht. Der Konzern beschäftigte im abgelaufenen Geschäftsjahr durchschnittlich 4.850 Mitarbeiter (2011/2012: 4.718 Mitarbeiter). Die Anzahl der Vollzeitkräfte weicht aufgrund vieler Teilzeitarbeitsplätze von der Anzahl der Mitarbeiter deutlich ab. Die Arbeitskapazität des Konzerns bezogen auf die Angabe in Vollzeitkräften (VK) betrug im Berichtsjahr 3.673 VK (2011/2012: 3.590). Insbesondere im Pflegedienst wurde im Berichtsjahr Personal aufgebaut. Die Pflegequalität und die Erweiterung unseres Dienstleistungsangebotes standen dabei im Mittelpunkt der eingeleiteten Personalmaßnahmen.

4.6 Abschreibungen

Die Abschreibungen im Berichtsjahr lagen mit 6,9 Mio. € um 0,2 Mio. € über dem Vorjahreswert von 6,7 Mio. €. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden Abschreibungen von 0,9 Mio. € (2011/2012: 0,3 Mio. €) auf das Sachanlagevermögen sowie 0,2 Mio. € (2011/2012: 0,0 Mio. €) auf immaterielle Vermögenswerte außerplanmäßig erforderlich.

Die Abschreibungen auf aktivierte Finanzierungsleasingverhältnisse beliefen sich auf 1,0 Mio. € (Vorjahr: 1,4 Mio. €).

Dem als Anlage zum Konzernanhang beigefügten Anlagenspiegel sind weitere Informationen zu entnehmen.

4.7 Sonstige betriebliche Aufwendungen/Sonstige Steuern

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen inkl. der sonstigen Steuern betragen im abgelaufenen Geschäftsjahr 61,3 Mio. € und liegen damit um 0,8 Mio. € unter dem rückwirkend geänderten Vorjahresniveau von 62,1 Mio. €. Im Zusammenhang mit der erstmaligen Anwendung des neuen Bilanzierungsstandards für Pensionsverpflichtungen haben wir die Vorjahreszahlen den sonstigen betrieblichen Aufwendungen um 1,6 Mio. € nach unten angepasst.

Die Miet-, Pacht- und Leasingaufwendungen sind mit 37,2 Mio. € (2011/2012: 37,2 Mio. €) innerhalb der sonstigen Aufwendungen der größte Kostenbestandteil, gefolgt von den Kosten für Verwaltungsbedarf (4,8 Mio. €; 2011/2012: 4,1 Mio. €), den Instandhaltungs- und Wartungskosten (4,5 Mio. €; 2011/2012: 4,0 Mio. €) und den Rechts- und Beratungskosten (4,0 Mio. €; 2011/2012: 4,9 Mio. €).

Die sonstigen Steuern lagen im Vorjahr durch Belastungen aus einer Betriebsprüfung um 0,6 Mio. € über dem Betrag im aktuellen Geschäftsjahr.

4.8 Finanzergebnis

Das Finanzergebnis bewegt sich mit -3,6 Mio. € deutlich unter dem Vorjahresniveau von -4,6 Mio. €. Die Finanzaufwendungen verringerten sich um 1,7 Mio. € auf 4,3 Mio. €. Hintergrund sind im Wesentlichen die geringeren Zinsaufwendungen nach der teilweisen Rückführung unserer Unternehmensanleihe durch die Einwerbung günstigerer Finanzierungsalternativen sowie weiterer Umfinanzierungen (0,5 Mio. €). Die Ergebnisse von Betriebsprüfungen hatten das Finanzergebnis in 2011/2012 in den Finanzerträgen mit 0,5 Mio. € und im Finanzaufwand in Höhe von 0,8 Mio. € beeinflusst. Darüber hinaus wurden im Berichtsjahr Rückstellungen aufgelöst, die im Vorjahr zu einem Abzinsungsaufwand von 0,3 Mio. € geführt haben.

4.9 Ertragsteuern

Im abgelaufenen Geschäftsjahr weist der Konzern einen Steueraufwand von 0,8 Mio. € (Vorjahr: 0,1 Mio. €) aus. Dieser setzt sich aus einem tatsächlichen Steueraufwand von 0,3 Mio. € und einem latenten Steueraufwand von 0,5 Mio. € zusammen.

Insgesamt liegen die Ertragsteuern damit um rd. 0,4 Mio. € unter dem bezogen auf das EBT von 7,5 Mio. € erwarteten Ertragsteueraufwand von rd. 1,2 Mio. € (Konzernsteuersatz: 15,825 %).

Dieser positive Effekt basiert auf der zunehmenden Nutzung von steuerlichen Verlustvorträgen durch entsprechende Gestaltungsmaßnahmen im Konzern. Hierdurch konnten im abgelaufenen Geschäftsjahr zusätzliche aktive latente Steuern auf steuerliche Verlustvorträge in Höhe von 0,6 Mio. € gebildet werden.

4.10 Sondereffekte, die das Ergebnis beeinflussen haben

Das Konzernergebnis vor Steuern (EBT) beträgt 7,5 Mio. € (2011/2012: 7,9 Mio. €). Darin sind folgende wesentliche Sondereffekte enthalten:

in Mio. €	2012/2013		2011/2012	
	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
Rückstellungen	-	1,9	-	3,5
Aufwand sonstige Steuern aus Betriebsprüfung	0,0	-	0,7	-
Einzelwertberichtigungen/Forderungsverluste	1,6	0,2	1,6	0,3
MK Schweiz	0,4	-	0,3	-
Außerplanmäßige Abschreibungen auf das Sachanlagevermögen	0,9	-	0,3	-
Außerplanmäßige Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	0,2	-	0,0	-
Übrige	1,7	1,2	0,2	0,9
	4,8	3,3	3,1	4,7
Sondereffekte saldiert	-1,5	-	-	1,6
EBT nach Sondereffekten	9,0	-	-	6,3

Die Sondereffekte des abgelaufenen Geschäftsjahres haben das Konzernergebnis um 1,5 Mio. € negativ beeinflusst, während im Vorjahr eine Ergebnisverbesserung von 1,6 Mio. € festzustellen war. Das um diese Sondereffekte bereinigte EBT beläuft sich für das Geschäftsjahr 2012/2013 auf 9,0 Mio. €, während es im Vorjahr 6,3 Mio. € betrug. Auf bereinigter Basis ergibt sich somit auf Konzernebene eine Ergebnisverbesserung um 2,7 Mio. €.

4.11 Betriebliches Ergebnis und Ertragskennzahlen

Der nachfolgenden Kennzahlenübersicht ist die Entwicklung der Ertragslage des Konzerns zu entnehmen

in Mio. €	2012	2013	2012	2013 ¹⁾	2011	2012	2011	2012 ¹⁾
EBITDAR	55,2	55,6	55,6	55,6	56,4	55,1	56,4	55,1
EBITDA	18,0	18,4	18,4	18,4	19,2	17,3	19,2	17,3
EBIT	11,1	12,6	12,6	12,6	12,5	10,9	12,5	10,9
EBT	7,5	9,0	9,0	9,0	7,9	6,3	7,9	6,3
EBITDAR-Marge	27,60 %	27,80 %	27,80 %	27,80 %	28,90 %	28,20 %	28,90 %	28,20 %
EBITDA-Marge	9,00 %	9,20 %	9,20 %	9,20 %	9,80 %	8,90 %	9,80 %	8,90 %
EBIT-Marge	5,50 %	6,30 %	6,30 %	6,30 %	6,40 %	5,60 %	6,40 %	5,60 %

¹⁾ Kennzahlen wurden um die Sondereffekte bereinigt

4.12 Konzernergebnis

Der Konzernjahresüberschuss beträgt 6,7 Mio. € (2011/2012: 7,8 Mio. €) vor und nach Minderheitenanteilen.

4.13 Ergebnis je Aktie

Das gezeichnete Kapital der Marseille-Kliniken AG zum 30. Juni 2013 betrug 37,2 Mio. € eingeteilt in 14.580.000 Stückaktien, die auf den Namen lauten. Die Aktien sind voll eingezahlt.

Das Ergebnis je Aktie wurde nach Abzug eigener Anteile (115.675 Stückaktien) ermittelt. Auf der sich so ergebenden Basis von 14.464.325 Stückaktien errechnet sich ein Ergebnis je Aktie von 0,47 € (Vorjahr: 0,45 €).

Die Aktien der Marseille-Kliniken AG sind seit dem 12. Juli 2013 in den Entry Standard als Teilbereich des Freiverkehrs der Frankfurter Wertpapierbörse einbezogen worden. Das Unternehmen hat damit den Beschluss der außerordentlichen Hauptversammlung vom 19. Oktober 2012 umgesetzt. Mit der Notierung im Entry Standard – einem börsenreguliertem Segment – wird weiterhin ein effizienter Handel mit Marseille-Kliniken-Aktien bei gleichbleibenden Handelszeiten ermöglicht.

Die Namensaktien der Marseille-Kliniken AG werden mit der ISIN DE000A1TNR7/WKN A1TNR7 an den Handelsplätzen in Frankfurt am Main und im Xetra-Handel der Deutschen Börse AG gehandelt.

5. Vermögenslage des Konzerns

Die Bilanzsumme beträgt zum Stichtag 187,2 Mio. € (2011/2012: 189,5 Mio. €) und hat sich im Vergleich zum Vorjahr leicht um 2,3 Mio. € reduziert.

Die langfristigen Aktiva liegen mit 159,2 Mio. € um 3,2 Mio. € unterhalb des Vorjahreswertes von 162,4 Mio. €, während die kurzfristigen Vermögenswerte um 0,9 Mio. € auf 28,0 Mio. € gestiegen sind.



Die Veränderung des Eigenkapitals resultiert zum einen aus dem positiven Konzernergebnis und auf der anderen Seite im Wesentlichen aus der Reduzierung durch die Zahlung der Dividende (1,6 Mio. €) und dem negativen Einfluss der versicherungsmathematischen Verluste (0,8 Mio. €). Insgesamt hat sich das Eigenkapital um 12,2 % auf 41,5 Mio. € erhöht, während die lang- und kurzfristigen Schulden um insgesamt 6,8 Mio. € abgebaut wurden.

in T€	30.6.2013	30.6.2012	Veränderung relativ in %
Immaterielle Vermögenswerte	32.406	31.742	2,1 %
Sachanlagen	113.048	116.094	-2,6 %
Übrige langfristige Vermögenswerte	13.781	14.551	-5,3 %
Langfristige Vermögenswerte	159.235	162.387	-1,9 %
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	8.514	10.135	-16,0 %
Übrige kurzfristige Vermögenswerte	9.161	5.271	73,8 %
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	10.304	11.696	-11,9 %
Kurzfristige Vermögenswerte	27.979	27.102	3,2 %
Summe Aktiva	187.214	189.489	-1,2 %
Eigenkapital	41.538	37.015	12,2 %
Langfristige Schulden	105.003	111.887	-6,2 %
Kurzfristige Schulden	40.673	40.587	0,2 %
Summe Passiva	187.214	189.489	-1,2 %
Liquidität 1. Grades	25,3 %	28,8 %	-12,1 %
Liquidität 2. Grades	46,3 %	53,8 %	-13,9 %
Eigenkapitalquote	22,2 %	19,5 %	13,8 %

Die Liquidität 1. Grades gibt an, wie hoch der Anteil der liquiden Mittel an dem kurzfristigen Fremdkapital ist. Die Liquidität 2. Grades gibt an, wie hoch der Anteil der Forderungen und der liquiden Mittel an dem kurzfristigen Fremdkapital ist.

Die Bilanzsumme hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 1,2 % auf 187.214 T€ (2011/2012: 189.489 TEUR) verringert.

Im Vergleich zum Vorjahr haben sich die immateriellen Vermögenswerte von 31,7 Mio. € auf 32,4 Mio. € erhöht. Die Erhöhung ist im Wesentlichen auf die Aktivierung eines selbstentwickelten Unternehmenssteuerungstools (1,6 Mio. €) zurückzuführen. In den immateriellen Vermögenswerten werden im Wesentlichen Firmenwerte von 27,2 Mio. € (2011/2012: 27,3 Mio. €) ausgewiesen.

Die Geschäfts- oder Firmenwerte wurden Werthaltigkeitsprüfungen auf Grundlage des Nutzungswertes unterzogen. Basis für die Werthaltigkeitsprüfungen waren die jeweiligen Planungsrechnungen der Gesellschaften sowie die daraus abgeleiteten Barwerte der geplanten Cash Flows. Den Planungen liegen Annahmen zu Umsätzen und Ergebnissen zugrunde, die sich aus den Einschätzungen des Managements und aus den Strategien für die jeweiligen regionalen Märkte ergeben.

Im Geschäftsjahr 2012/2013 wurden außerplanmäßigen Abschreibungen auf die Firmenwerte in Höhe von 0,2 Mio. € vorgenommen, während im Vorjahr keine Korrekturen erforderlich waren.

Das Sachanlagevermögen hat sich durch planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen von 116,1 Mio. € auf 113,0 Mio. € verringert.

Die Zugänge im Sachanlagevermögen in Höhe von 3,1 Mio. € entfallen im Wesentlichen auf Investitionen in Betriebs- und Geschäftsausstattung (1,9 Mio. €) und Gebäude (0,8 Mio. €).

Die planmäßigen Abschreibungen auf das Sachanlagevermögen betragen 5,1 Mio. €. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden außerplanmäßige Abschreibungen von 0,9 Mio. € auf das Sachanlagevermögen (2011/2012: 0,3 Mio. €) vorgenommen, die vollständig Stillstandsimmobilien betreffen.

Hinsichtlich der Entwicklung des Anlagevermögens verweisen wir auf den Anlagenspiegel im Konzernanhang.

Die in der Bilanz ausgewiesenen langfristigen sonstigen finanziellen Vermögenswerte sind um 0,6 Mio. € zurückgegangen und betragen zum Geschäftsjahresende 13,8 Mio. €.

Im Wesentlichen werden dort Forderungen aus Finanzierungsleasingverträgen, bei denen der Marseille-Kliniken Konzern Leasinggeber ist, in Höhe von 5,8 Mio. € (2011/2012: 6,3 Mio. €) abgebildet. Darüber hinaus werden in dieser Position die Aktivwerte von Rückdeckungsversicherungen für Altersversorgungszusagen, die überwiegend die Karlsruher Sanatorium AG (im Folgenden Kasanag) betreffen, von 0,8 Mio. € (2011/2012: 0,9 Mio. €) sowie Ansparraten für ein langfristiges Mieterdarlehen von 2,0 Mio. € (2011/2012: 1,7 Mio. €) ausgewiesen.

Die langfristigen Ertragsteuererstattungsansprüche von 0,8 Mio. € (2011/2012: 0,9 Mio. €) betreffen das Körperschaftsteueranrechnungsguthaben gemäß § 37 KStG, das durch das Finanzamt bis zum Jahr 2017 gezahlt wird.

Unter den latenten Steuern werden die Steuervorteile gezeigt, die sich aus der Nutzung von bestehenden Verlustvorträgen bei verschiedenen Tochtergesellschaften innerhalb der nächsten fünf Jahre ergeben werden. Im Geschäftsjahr 2012/2013 wurden zusätzliche aktive latente Steuern auf steuerliche Verlustvorträge in Höhe von 0,6 Mio. € aktiviert, die jedoch zum Teil mit den passiven latenten Steuern verrechnet wurden. Insgesamt bleiben die aktiven latenten Steuern von 4,0 Mio. € unverändert zum Vorjahr (2011/2012: 4,0 Mio. €).

Die kurzfristigen Vermögenswerte haben sich um 0,9 Mio. € auf 28,0 Mio. € erhöht, was im Wesentlichen aus der Erstkonsolidierung der Odenwaldklinik GmbH resultiert. Die im Rahmen der Erstkonsolidierung dieser Gesellschaft zugegangene Immobilie ist zur Wertveräußerung bestimmt und wird daher in den Vorräten (3,2 Mio. €) ausgewiesen. Gegenläufig ist der Rückgang der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (1,6 Mio. €) und die Entwicklung der liquiden Mittel, die sich um 1,4 Mio. € auf 10,3 Mio. € aufgrund eines geänderten Lastschriftinzuges (Einfluss rd. 4,0 Mio. €) reduziert haben.

Das Eigenkapital des Konzerns hat sich auf 41,5 Mio. € erhöht. Damit beträgt die Eigenkapitalquote 22,2 % nach 19,5 % im Vorjahr.

Unter Berücksichtigung des Eigenkapitalanteils von 84,175 % der abgegrenzten Investitionszuwendungen, die dem Konzern als verlorene Zuschüsse gewährt wurden, betragen die Eigenmittel 74,1 Mio. € nach 70,7 Mio. € im Vorjahr, so dass sich danach eine wirtschaftliche Eigenmittelquote von 39,6 % (Vorjahr: 37,3 %) ergibt.

Der Ausgleichsposten aus dem sukzessiven Erwerb (-3,0 Mio. €) im Konzerneigenkapital betrifft die erfolgsneutrale Abbildung des Erwerbs von Minderheitenanteilen an der Kasanag in den Geschäftsjahren 2012/2013 und 2011/2012.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr konnte der Konzern verschiedene Finanzierungsalternativen erschließen, die zu einer wesentlichen Verbesserung des Finanzergebnisses geführt haben. So wurden neben langfristigen Immobiliendarlehen und Darlehen mit Mobilienbesicherung auch ein Darlehen ohne Besicherung in Höhe von 2,0 Mio. € und eine Kontokorrentkreditlinie von 0,4 Mio. € bereitgestellt. Die Mittelverwendung erfolgte im Wesentlichen zur teilweisen Rückführung der Anleihe und Umfinanzierung von sonstigen Finanzschulden.

Die Pensionsverpflichtungen als Element der Innenfinanzierung haben sich insbesondere aufgrund versicherungsmathematischer Verluste in Höhe von -1,0 Mio. € im Zusammenhang mit der Verringerung des Rechnungszinses auf 3,0 % (Vorjahr 3,95 %) um 0,4 Mio. € auf 14,5 Mio. € erhöht.

Die passiven latenten Steuern von 5,3 Mio. € (Vorjahr: 4,9 Mio. €) resultieren insbesondere aus abweichenden steuerlichen und handelsrechtlichen Abschreibungsdauern im Sachanlagevermögen.

Die kurzfristigen Rückstellungen von 10,5 Mio. € liegen deutlich unterhalb des Vorjahresniveaus von 13,6 Mio. €. Die Veränderung in den übrigen Rückstellungen ist insbesondere auf die Beilegung des Rechtsprozesses Bad König zurückzuführen. Im Geschäftsjahr 2012/2013 wurden Anteile an der Odenwaldklinik, mit der ein Rechtsstreit geführt wurde, erworben. Mit dem Kauf der Anteile zu einem Kaufpreis von T€ 640 wurden auch Gesellschafterdarlehen von T€ 1.281 und eine stille Beteiligung von T€ 879 abgelöst. Darüber hinaus wurden bestehende Bankverbindlichkeiten der Odenwaldklinik GmbH in Höhe von T€ 2.085 durch den Marseille-Kliniken Konzern getilgt. Damit überstieg der insgesamt zu zahlende Kaufpreis von T€ 4.885 den bilanziellen Wertansatz der erworbenen Immobilie von T€ 3.200. Der überschüssige Teil des Gesamtkaufpreises wurde gezahlt, um den Rechtsstreit zeitnah beilegen zu können und in Folge dessen als Verbrauch der hierfür in Vorjahren gebildeten Rückstellung gebucht.

Neben den personalbezogenen Rückstellungen von 6,3 Mio. € (2011/2012: 7,1 Mio. €) werden ausstehende Rechnungen mit 3,1 Mio. € (2011/2012: 2,6 Mio. €) und Rechts- und Beratungskosten sowie Archivierungskosten mit insgesamt 0,7 Mio. € (2011/2012: 0,7 Mio. €) durch die Rückstellungen abgedeckt.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen haben sich um 0,9 Mio. € auf 7,6 Mio. € verringert, während die laufenden Steuerverbindlichkeiten auf 2,7 Mio. € (2011/2012: 3,2 Mio. €) reduziert werden konnten.

6. Finanzlage des Konzerns

Die positive Entwicklung des Marseille-Kliniken Konzerns spiegelt sich auch in der Fähigkeit der Refinanzierung im Banken- und Versicherungsmarkt wider.

Im Konzern haben sich die langfristigen Schulden im Wesentlichen durch die teilweise Rückführung der im Dezember 2011 begebenen Unternehmensanleihe, die eine Laufzeit von 2 Jahren hat, verändert. Die Anleihe konnte durch vorzeitige Rückzahlungen von 11,9 Mio. € um 9,0 Mio. € auf 2,9 Mio. € reduziert werden. Die verbliebene Restschuld wird nunmehr aufgrund der Restlaufzeit in den kurzfristigen Schulden ausgewiesen. Die gestiegenen Refinanzierungsmöglichkeiten haben dazu beigetragen, dass die Anleihe-Teilrückzahlungen durch die Aufnahme von Finanzschulden zu deutlich verbesserten Zinskonditionen erfolgen konnten.

Die kurzfristigen Finanzschulden in Höhe von 14,5 Mio. € (2011/2012: 4,7 Mio. €) beinhalten neben der Anleihe (2,9 Mio. €), die im Vorjahr aufgrund der Restlaufzeit noch in den langfristigen Finanzschulden enthalten war, ein kurzfristiges Darlehen über 0,7 Mio. €, dem eine betragsgleiche Forderung gegenübersteht.

Insgesamt haben sich die kurz- und langfristigen Finanzschulden des Konzerns im abgelaufenen Geschäftsjahr mit 61,0 Mio. € gegenüber dem Vorjahr (57,5 Mio. €) erhöht, was insbesondere zur Verstärkung der Liquidität und der Finanzierung des Erwerbs der Anteile an der Odenwaldklinik GmbH (2,8 Mio. €) sowie die in diesem Zusammenhang erfolgte Teil-Rückzahlung eines Immobiliendarlehens (2,1 Mio. €) erfolgte.

Die liquiden Mittel am Ende des Geschäftsjahres 2012/2013 lagen mit 10,3 Mio. € unter dem Wert des Vorjahres von 11,7 Mio. €. Dieser Rückgang steht im Wesentlichen im Zusammenhang mit einem geänderten Lastschriftinzugsverfahren (Einfluss rd. 4 Mio. €). Der Cash Flow aus der betrieblichen Tätigkeit liegt trotz dieses einmaligen Effektes mit 5,8 Mio. € (2011/2012: 6,6 Mio. €) nur um 0,8 Mio. € unter dem Vorjahr. Vor dem Hintergrund der unverändert hohen Investitionstätigkeit von 3,5 Mio. € (Vorjahr: 3,6 Mio. €) und einem durch die Tilgung von Finanzverbindlichkeiten und der Zahlung einer Dividende (1,6 Mio. €) negativen Cash Flow aus dem Finanzierungsbereich von -3,8 Mio. € (Vorjahr: -0,8 Mio. €) haben die liquiden Mittel um insgesamt 1,4 Mio. € abgenommen.

Nach dem Bilanzstichtag ist dem Marseille-Kliniken Konzern ein weiteres Darlehen in Höhe von 1,2 Mio. € mit einer Laufzeit von 5 Jahren gewährt worden.

7. Investitionen des Konzerns

Die Zugänge zum Anlagevermögen des Marseille-Kliniken Konzerns beliefen sich im Geschäftsjahr 2012/2013 auf 4,7 Mio. € gegenüber 2,1 Mio. € im Geschäftsjahr 2011/2012. Von den getätigten Investitionen entfielen auf den Bereich der immateriellen Vermögenswerte 1,6 Mio. € und auf Sachanlagen 3,1 Mio. €.

in Mio. €	2012 2013	2011 2012
Immaterielle Vermögenswerte	1,6	0,2
Sachanlagen	3,1	1,9
Summe Investitionen	4,7	2,1

Die Zugänge zu den immateriellen Vermögenswerten betreffen im Wesentlichen Investitionen im Zusammenhang mit der Erstellung einer neuen Unternehmenssteuerungssoftware für die betriebswirtschaftliche Betreuung der Pflegeeinrichtungen, die unter dem Posten „In der Entwicklung befindliche Software-Projekte“ (Anlage zum Konzernanhang) ausgewiesen wird. Die Fertigstellung der Software wird für das 2. Quartal des Geschäftsjahres 2013/2014 erwartet. Von den Zugängen zu den Sachanlagen entfällt der überwiegende Teil auf Betriebs- und Geschäftsausstattung (1,9 Mio. €) und Anlagen im Bau (0,5 Mio. €).



8. Forschung und Entwicklung

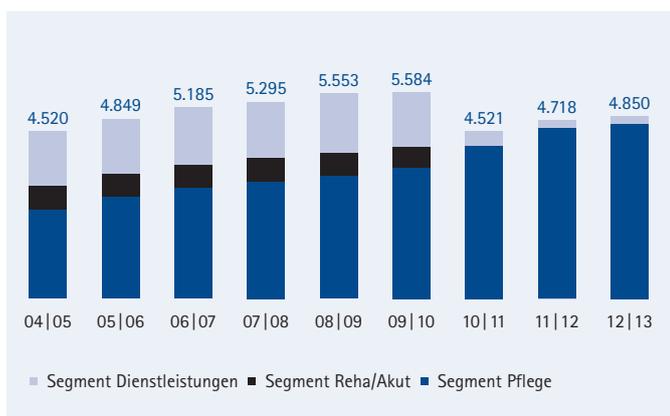
Die Forschungs- und Entwicklungsarbeit der Marseille-Kliniken konzentriert sich im Wesentlichen auf die Konzipierung und Implementierung neuer computergestützter Systeme. Dies führt zur kontinuierlichen Verbesserung der Pflegedienstleistungen. Hierzu zählen Systeme wie das Internetportal www.MeinGesundheitsbuch.de, mit dem sich Angehörige über täglich aktualisierte Gesundheits- und Pflegedaten ihrer Verwandten in den einzelnen Pflegeeinrichtungen informieren können. Innovative Schulungsprogramme (z. B. e-Learning-Systeme) unter Verwendung modernster Informationstechnologie zählen ebenfalls zu diesen Systemen. Vor dem Hintergrund, den ständig wachsenden Anforderungen des Gesundheitsmarktes gerecht zu werden, liegt ein weiterer Tätigkeitsschwerpunkt auf der Entwicklung neuer Ansätze, die bei der Erstellung innovativer Behandlungs- und Einrichtungskonzepte eine wichtige Rolle spielen. Ziel hierbei ist es, das Pflegepersonal von administrativen Tätigkeiten zu entlasten, um ihm mehr Zeit für die individuellen Pflegebedürfnisse der Bewohner der Einrichtungen zu ermöglichen.

Zunehmend wichtiger wird auch die Entwicklung von IT-gestützten Steuerungstools für die betriebswirtschaftliche Betreuung der Pflegeeinrichtungen. Ein Beispiel ist die selbstentwickelte Software „Beauty Contest“, die wichtige betriebswirtschaftliche Parameter der Einrichtungen misst und visualisiert. „Beauty Contest“ unterstützt dabei sowohl die Entscheidungsträger in den jeweiligen Pflegeeinrichtungen bei der operativen Steuerung als auch das Management in der Hauptverwaltung bei der Bestimmung und Umsetzung der strategischen Unternehmensziele.

9. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind der wesentliche Erfolgsfaktor des Konzerns. Sie sind deshalb auch ein integraler Baustein der Strategie der Marseille-Kliniken. Der Marseille-Kliniken Konzern beschäftigte im Geschäftsjahr 2012/2013 durchschnittlich 4.850 Mitarbeiter (Vorjahreszeitraum: 4.718 Mitarbeiter).

Durchschnittliche Anzahl Mitarbeiter im Marseille-Kliniken Konzern



Die Marseille-Kliniken AG bietet ihren Mitarbeitern/-innen neben einem attraktiven und sicheren Arbeitsplatz im Zukunftsmarkt Pflege eine Reihe von Bonusleistungen an. Das Leistungsspektrum umfasst die Berücksichtigung individueller Arbeitszeitwünsche, finanzielle Unterstützung durch Übernahme von Kinderbetreuungskosten, Durchführung von Fort- und Weiterbildung, interessante Karrieremöglichkeiten im Konzern und finanzielle Unterstützung bei der Altersvorsorge.

10. Einzelabschluss der Marseille-Kliniken AG

Die Marseille-Kliniken AG mit Sitz in Berlin ist eine börsennotierte Kapitalgesellschaft und zugleich Muttergesellschaft der Marseille-Kliniken Gruppe.

Der Jahresabschluss der Marseille-Kliniken AG wird nach deutschen handelsrechtlichen (HGB) und aktienrechtlichen (AktG) Vorschriften aufgestellt.

10.1 Ertragslage

in T€	1.7.2012 bis 30.6.2013	1.7.2011 bis 30.6.2012	Veränderung
Umsatzerlöse	23.995	24.108	-113
Andere aktivierte Eigenleistungen	150	0	150
Sonstige betriebliche Erträge	26.662	30.784	-4.122
Gesamtleistung	50.807	54.892	-4.085
Materialaufwand/Aufwand für bezogene Leistungen	2.584	2.681	-97
Personalaufwand	14.609	14.408	201
Abschreibungen	3.422	6.750	-3.328
Sonstige betriebliche Aufwendungen	35.208	36.203	-995
Sonstige Steuern	173	1.297	-1.124
Beteiligungsergebnis	10.365	15.176	-4.811
Finanzergebnis	-2.175	-2.114	-61
Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit	3.001	6.615	-3.614
Außerordentliches Ergebnis	0	907	-907
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-73	-224	-151
Jahresüberschuss	3.074	7.746	-4.672

Die Umsatzerlöse der Marseille-Kliniken AG lagen mit 24,0 Mio. € um 0,1 Mio. € unter dem Vorjahresniveau von 24,1 Mio. €. Die Umsatzerlöse wurden von den vier direkt der Muttergesellschaft gehörenden Pflegeeinrichtungen mit 14,3 Mio. € (Vorjahr: 14,4 Mio. €) sowie aus der Erbringung von Dienstleistungen (Verwaltungskostenumlage) an verbundene Unternehmen in Höhe von 9,7 Mio. € (Vorjahr: 9,7 Mio. €) erwirtschaftet.

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind von 30,8 Mio. € auf 26,7 Mio. € gesunken. Der Rückgang resultiert hauptsächlich aus geringeren Erträgen aus der Auflösung von Einzelwertberichtigungen mit 4,6 Mio. €. Die sonstigen betrieblichen Erträge setzen sich im Wesentlichen aus den Mietkostenweiterbelastungen an verbundene Unternehmen mit 17,2 Mio. € (Vorjahr: 17,1 Mio. €), den Erträgen aus der Auflösung von Einzelwertberichtigungen mit 2,6 Mio. € (Vorjahr: 7,3 Mio. €), den Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen mit 0,8 Mio. € (Vorjahr: 2,8 Mio. €) sowie sonstigen Kostenweiterbelastungen an verbundene Unternehmen mit 2,3 Mio. € (Vorjahr: 2,1 Mio. €) zusammen.

Der Materialaufwand hat sich mit 2,6 Mio. € gegenüber dem Vorjahr (2,7 Mio. €) insbesondere aufgrund gesunkener Energiekosten verringert.

Die Personalaufwendungen haben sich im Vergleich zum Vorjahr um 0,2 Mio. € auf 14,6 Mio. € vor allem aufgrund gestiegener Abfindungen (+0,1 Mio. €) sowie der Beiträge zur Berufsgenossenschaft (+0,1 Mio. €) erhöht. Die Mitarbeiterzahl ist mit 473 (Vorjahr: 474) leicht gesunken.

Die Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen sind von 1,3 Mio. € auf 1,2 Mio. € gesunken.

Abschreibungen auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, die den üblichen Umfang übersteigen, wurden in Höhe von 2,3 Mio. € (Vorjahr: 5,4 Mio. €) vorgenommen. Dies betrifft vor allem Einzelwertberichtigungen auf Forderungen der Marseille-Kliniken AG gegen Tochtergesellschaften. Die Abwertungen wurden erforderlich, um im Wesentlichen den aufgelaufenen Verlusten dieser Gesellschaften Rechnung zu tragen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen/sonstigen Steuern haben sich von 37,5 Mio. € auf 35,4 Mio. € verringert. Die wesentlichen Aufwandspositionen sind Aufwendungen aus Miete, Pacht und Leasing von 20,2 Mio. € (Vorjahr: 20,2 Mio. €), Werbekosten 0,2 Mio. € (Vorjahr: 0,6 Mio. €), Rechts-/Beratungskosten 3,5 Mio. € (Vorjahr: 4,1 Mio. €) und der übrige Verwaltungsbedarf von 4,0 Mio. € (Vorjahr: 4,1 Mio. €).

Das Beteiligungsergebnis hat sich im Vorjahresvergleich um 4,8 Mio. € auf 10,4 Mio. € reduziert. Ursächlich hierfür waren insbesondere im Vorjahr erfolgte Kündigungen von Ergebnisabführungsverträgen.

Nachdem im Vorjahr außerplanmäßige Abschreibungen auf Finanzanlagen von 1,0 Mio. € notwendig waren, war im abgelaufenen Geschäftsjahr ein außerplanmäßiger Abschreibungsbedarf auf Anteile an verbundenen Unternehmen von 1,2 Mio. € erforderlich.

Das Finanzergebnis von -2,2 Mio. € hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 0,1 Mio. € verschlechtert. Ursächlich hierfür war insbesondere das Finanzergebnis im Verbundbereich, das die gesunkenen Zinsaufwendungen aufgrund der Umfinanzierung der Anleihe überkompensiert hat.

Für das abgelaufene Geschäftsjahr ergibt sich aufgrund der oben beschriebenen Einflüsse ein Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit (inkl. sonstige Steuern) von 3,0 Mio. € (Vorjahr: 6,6 Mio. €).

Das Jahresergebnis der Marseille-Kliniken AG ist im Vergleich zum Vorjahr von 7,7 Mio. € auf 3,1 Mio. € gesunken. Der Rückgang resultiert im Wesentlichen aus der bereits erwähnten Aufhebung von Ergebnisabführungsverträgen im Vorjahr.

10.2 Vermögens- und Finanzlage

Einen Überblick über die Vermögenslage der Gesellschaft gibt nachfolgende verkürzte Darstellung der Bilanz:

in T€	30.6.2013	30.6.2012	Veränderung relativ in %
Immaterielle Vermögensgegenstände	1.918	724	165,0 %
Sachanlagen	24.804	24.923	-0,5 %
Finanzanlagen	76.162	74.795	1,8 %
Anlagevermögen	102.884	100.442	2,4 %
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	115	98	17,3 %
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.332	1.717	-22,5 %
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	53.542	64.255	-16,7 %
Übriges kurzfristiges Vermögen	2.570	2.804	-8,3 %
Zahlungsmittel	9.200	9.547	-3,6 %
Umlaufvermögen	66.759	78.421	-14,9 %
Summe Aktiva	169.642	178.863	-5,2 %
Eigenkapital	51.115	49.632	-3,0 %
Sonderposten für Investitionszuschüsse	1.681	1.734	-3,1 %
Rückstellungen/pass.lat.Steuern	10.425	10.664	-2,2 %
Anleihe	2.970	12.000	-75,3 %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	16.764	15.070	-11,2 %
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.491	2.038	-26,8 %
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	80.620	85.984	-6,2 %
Übrige Verbindlichkeiten	4.576	1.741	162,8 %
Verbindlichkeiten	106.421	116.833	-8,9 %
Summe Passiva	169.642	178.863	-5,2 %

Das Anlagevermögen der Marseille-Kliniken AG hat sich von 100,4 Mio. € im Vorjahr auf 102,9 Mio. € erhöht. Dieser Anstieg steht im Wesentlichen im Zusammenhang mit der Investition in ein selbst erstelltes Steuerungstool für die betriebswirtschaftliche Betreuung der Pflegeeinrichtungen.

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen haben sich im Vorjahresvergleich um 10,7 Mio. € verringert. Ursächlich hierfür waren insbesondere die geringeren Forderungen aus Ergebnisabführungsverträgen sowie die unterjährige Verrechnung von Forderungen und Verbindlichkeiten im Verbundbereich.

Das übrige kurzfristige Vermögen hat sich zum 30. Juni 2013 um 0,2 Mio. € auf 2,6 Mio. € reduziert und entfällt überwiegend auf Steuerforderungen von 1,0 Mio. € (Vorjahr: 1,0 Mio. €), Schadensersatzansprüchen mit 0,2 Mio. € und Kauttionen mit 0,2 Mio. €.

Die liquiden Mittel sanken zum Stichtag um 0,3 Mio. € auf 9,2 Mio. € (Vorjahr: 9,5 Mio. €).

Das Eigenkapital der Marseille-Kliniken AG hat sich von 49,6 Mio. € um den Jahresüberschuss von 3,1 Mio. € abzüglich der durchgeführten Gewinnausschüttung im Dezember 2012 in Höhe von 1,6 Mio. € auf 51,1 Mio. € erhöht.

Die Rückstellungen (inkl. passive latente Steuern) haben sich im Vergleich zum Vorjahr um 0,2 Mio. € auf 10,4 Mio. € vermindert (Vorjahr: 10,7 Mio. €). Sie setzen sich im Wesentlichen aus Pensionsrückstellungen (0,5 Mio. €; Vorjahr: 0,6 Mio. €), Rückstellungen für laufende und latente Steuern (5,8 Mio. €; Vorjahr: 6,1 Mio. €) sowie aus sonstigen Rückstellungen (4,1 Mio. €; Vorjahr: 4,0 Mio. €) zusammen. Letztere betreffen insbesondere ausstehende Rechnungen (1,1 Mio. €; Vorjahr: 0,9 Mio. €), Personalkosten (0,9 Mio. €; Vorjahr: 0,9 Mio. €) sowie Abschluss-/Steuerberatungs- und Prüfungskosten (0,4 Mio. €; Vorjahr: 0,4 Mio. €).

Aus der Begebung einer Anleihe in Höhe von 15,0 Mio. € im November 2011 bestehen nach weiteren Teil-Rückzahlungen im abgelaufenen Berichtsjahr von 9,0 Mio. € zum Bilanzstichtag Verbindlichkeiten von 3,0 Mio. €.

Durch die Aufnahme neuer Darlehen haben sich die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 1,7 Mio. € erhöht.

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen haben sich im abgelaufenen Geschäftsjahr um 5,4 Mio. € auf 80,6 Mio. € reduziert. Der Rückgang entfällt im Wesentlichen auf Verbindlichkeiten aus dem Cash-Pool, die von 50,8 Mio. € im Vorjahr auf 48,1 Mio. € gesunken sind. Darüber hinaus setzen sich die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen aus Darlehensverbindlichkeiten von 24,1 Mio. € (Vorjahr: 26,2 Mio. €), aus Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen von 7,5 Mio. € (Vorjahr: 7,4 Mio. €) und aus Verbindlichkeiten aus Verlustübernahmeverpflichtungen von 1,0 Mio. € (Vorjahr: 1,6 Mio. €) zusammen.

Die übrigen Verbindlichkeiten betragen 4,6 Mio. € (Vorjahr: 1,7 Mio. €) und beinhalten im Wesentlichen ein Darlehen über 3,0 Mio. €, das der Gesellschaft von einem nahestehenden Unternehmen eines Aufsichtsrates im Zusammenhang mit der Umfinanzierung der Anleihe gewährt wurde.

Das Gesamtvermögen der Marseille-Kliniken AG beläuft sich auf 169,6 Mio. € (Vorjahr: 178,9 Mio. €) und ist zu 69,9 % (Vorjahr: 72,2 %) durch Fremdkapital finanziert.

11. Risikobericht

11.1 Risikomanagementsystem

Im Rahmen ihrer geschäftlichen Tätigkeit ist die Marseille-Kliniken AG verschiedenen Risiken ausgesetzt, die das unternehmerische Handeln und die entsprechenden Unternehmensergebnisse beeinflussen können. Eine grundlegende Risikobegrenzung wird dadurch realisiert, dass die Gesellschaft nur Risiken eingeht, die mit anerkannten Methoden und Maßnahmen innerhalb des Konzerns handhabbar sind.

Das zentrale Risikomanagementsystem ist im Organisationshandbuch der Marseille-Kliniken verankert und die relevanten Risiken sind in einer Risk-Map zusammengetragen, welche turnusmäßig entsprechend an aktuelle Ereignisse angepasst wird. Diese Aktualisierungen gewährleisten eine regelmäßige Information des Vorstandes über den Stand und die Entwicklung relevanter Risiken. Zudem gewährleisten regelmäßige Abstimmungen des Managements und des Controllings die rechtzeitige Verfügbarkeit und Auswertung entscheidungsrelevanter Informationen für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Ein detailliertes, mehrstufiges IT-gestütztes Planungs- und Kontrollsystem stellt sicher, dass einheitliche risikopolitische Grundsätze implementiert, realisiert und eingehalten werden. Das konzernweite Reportingsystem informiert die Entscheidungsträger über sämtliche risikorelevanten Daten und Sachverhalte.

Zum Zweck der Sicherung der künftigen Zahlungsströme (Cashflow Hedging) werden vom Konzern derivative Finanzinstrumente gehalten. Konkret handelt es sich hierbei um zwei Zins-Swaps, die zur Absicherung von variabel verzinslichen Darlehen erworben wurden. Dadurch erfolgt eine Umwandlung der unsicheren zukünftigen variablen Zinszahlungen in fixe Zinszahlungen. Die Ermittlung des Marktwertes erfolgte anhand der mark-to-market-Methode. Etwaige Risiken für das Unternehmen aus dem Halten der Zins-Swaps resultieren aus der Veränderung des Marktzinssatzes und damit möglicherweise verbundenen Schwankungen des Marktwertes. Es existieren jedoch keine wesentlichen Bonitätsrisiken, da das Sicherungsgeschäft mit der finanzierenden Bank abgeschlossen wurde.

Das Risikomanagement ist somit ein integraler Bestandteil in der Unternehmensführung und in sämtliche Geschäftsprozesse eingebunden.

11.2 Rechnungslegungsbezogenes internes Kontroll- und Risikomanagementsystem

Zu den Aufgaben eines rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems (IKS bzw. RMS) gemäß § 315 Abs. 2 Nr. 5 HGB zählen in erster Linie die Gewährleistung einer ordnungsgemäßen internen und externen Rechnungslegung sowie die Einhaltung von maßgeblichen gesetzlichen und rechtlichen Vorschriften bzw. die Sicherstellung der gesamten ordnungsgemäßen Geschäftstätigkeit. Der Marseille-Kliniken Konzern verfügt über ein System im Hinblick auf den (Konzern-) Rechnungslegungsprozess, in dem geeignete Strukturen sowie Prozesse definiert und in der Organisation umgesetzt sind. Durch dieses System werden einerseits eine zeitnahe, einheitliche und korrekte buchhalterische Erfassung aller geschäftlichen Prozesse bzw. Transaktionen und andererseits die Einhaltung der gesetzlichen Normen bzw. Rechnungslegungsvorschriften gewährleistet. Gesetzesänderungen sowie neue Rechnungslegungsstandards und andere Verlautbarungen werden fortlaufend bezüglich der Relevanz und Auswirkungen auf den Konzernabschluss analysiert und die hieraus resultierenden Änderungen in den konzerninternen Systemen angepasst.

Die Ausgestaltung des rechnungslegungsbezogenen IKS ergibt sich aus der Organisation des Rechnungslegungs- und Finanzberichterstattungsprozesses. Eine der Kernfunktionen dieses Prozesses ist die Steuerung des Gesamtkonzerns und seiner operativen Einheiten. Ausgangspunkt sind dabei die Zielvorgaben des Vorstandes der Marseille-Kliniken AG. Aus ihnen und aus den Erwartungen hinsichtlich der operativen Entwicklung wird eine jährliche Mittelfristplanung erstellt, in der Budgetwerte für das jeweils bevorstehende Geschäftsjahr und Planzahlen für die Folgejahre enthalten sind. Der Vorstand der Marseille-Kliniken AG und die Entscheidungsträger der wichtigsten Tochtergesellschaften gewährleisten durch ihre Auswertungen der Quartals- und Jahresabschlüsse die Aktualität dieser Planungen.

Grundlagen des IKS sind neben definierten Kontrollmechanismen, z. B. systemtechnische und manuelle Abstimmprozesse, die Trennung von Funktionen sowie die Einhaltung von Richtlinien und Arbeitsanweisungen. Die Steuerung des Prozesses der Konzernrechnungslegung erfolgt bei den Marseille-Kliniken durch die Zentralbereiche Konzernbilanzen und Steuern sowie Controlling und Berichtswesen.

Die DaTess Gesellschaft für Datendienste GmbH, eine Konzerngesellschaft, erstellt für die jeweiligen Konzerngesellschaften die Einzelabschlüsse und übermittelt sie über ein konzernweit einheitlich definiertes Datenmodell. Zusätzlich erstellt und übermittelt ein externes Buchhaltungsbüro den Zwischenabschluss unserer Auslandsgesellschaft unter Beachtung derselben Grundsätze. Die jeweiligen Konzerngesellschaften sind für die Einhaltung der konzernweit gültigen Verfahren sowie den ordnungsgemäßen und zeitgerechten Ablauf ihrer rechnungslegungsbezogenen Prozesse und Systeme verantwortlich. Es werden regelmäßige Schulungen für die in den Konzernrechnungslegungsprozess involvierten Mitarbeiter durchgeführt. Zusätzlich existieren im gesamten Rechnungslegungsprozess zentrale Ansprechpartner.

Im Rahmen des Rechnungslegungsprozesses sind zudem Maßnahmen implementiert, die die Regelungskonformität des Konzernabschlusses sicherstellen sollen. Dabei dienen die Maßnahmen der Identifikation und Bewertung der Risiken sowie der Begrenzung erkannter Risiken und deren Überprüfung. Beispielsweise werden wesentliche neu eingegangene Vertragsbeziehungen systematisch erfasst und analysiert.

Auf Basis der Daten der in den Konsolidierungskreis einbezogenen Tochterunternehmen werden die konsolidierten Rechenwerke zentral in der Marseille-Kliniken AG erstellt. Die Konsolidierungsmaßnahmen, bestimmte Abstimmarbeiten und die Überwachung der zeitlichen und prozessualen Vorgaben erfolgen durch die Abteilung Konzernbilanzen und Steuern. Systemtechnische Kontrollen werden durch Mitarbeiter überwacht und um entsprechende manuelle Prüfungen ergänzt. Grundsätzlich gibt es auf jeder Ebene zumindest ein Vier-Augenprinzip. Im gesamten Rechnungslegungsprozess müssen bestimmte Freigabeprozesse durchlaufen werden. In ihrer Funktion nimmt die Marseille-Kliniken AG zentrale Steuerungsaufgaben auf dem Gebiet der Rechnungslegung bzw. Konzernrechnungslegung wahr. Dabei handelt es sich unter anderem um die Konsolidierung der Zahlen, die Bilanzierung von Pensionsrückstellungen und die Prüfung der Werthaltigkeit bilanzierter Firmenwerte und Beteiligungen. Weiterhin sind der Marseille-Kliniken AG Aufgaben zugeordnet, die die Verwaltung und Überwachung von Finanzinstrumenten, den Zahlungsverkehr, die Geldanlagen und die Konzernabrechnungen betreffen.

Ein Risiko der Finanzberichterstattung besteht darin, dass Jahres- und Zwischenabschlüsse Falschdarstellungen enthalten könnten, die möglicherweise wesentlichen Einfluss auf die Entscheidungen ihrer Adressaten haben. Das rechnungslegungsbezogene IKS der Marseille-Kliniken zielt darauf ab, diese möglichen Fehlerquellen zu identifizieren und die daraus resultierenden Risiken zu begrenzen. Es erstreckt sich auf die Finanzberichterstattung im gesamten Marseille-Kliniken Konzern, um mit hinreichender Sicherheit zu gewährleisten, dass ein den gesetzlichen Vorschriften entsprechender Jahres- und Konzernabschluss erstellt wird. Grundsätzlich ist zu berücksichtigen, dass ein IKS, unabhängig von seiner Ausgestaltung, keine absolute Sicherheit dafür liefert, dass alle wesentlichen Fehlaussagen in der Rechnungslegung vermieden oder aufgedeckt werden.

11.3 Umfeld- und Branchenrisiken

Das wirtschaftliche Umfeld wird unverändert durch eine fortschreitende Dynamisierung des Wettbewerbs und die Konsolidierung des gesamten Gesundheitsmarktes, steigende Qualitätsanforderungen der Bewohner und Patienten sowie des Gesetzgebers geprägt. Darüber hinaus bestehen bundesweit Überkapazitäten in der Branche, wodurch das Auslastungsrisiko steigt.

Das gesetzlich vorgeschriebene Verhalten qualifizierter Mitarbeiter in den Einrichtungen kann zu einer zusätzlichen Erhöhung der Personalkosten führen, da qualifiziertes Pflegepersonal immer mehr zum Engpassfaktor wird. Personalmaßnahmen zwecks Bindung der qualitativ hochwertigen Mitarbeiter an die Gesellschaft werden vom Konzern durchgeführt. Die kontinuierliche Aus-, Weiter- und Fortbildung unserer Mitarbeiter erfolgt auch durch Umsetzung unserer Spezialkonzepte. Unsere Vergütungen sind überdurchschnittlich und wir bieten daneben zusätzliche Leistungsanreizsysteme.

Einen wesentlichen Teil ihrer Erträge erzielt die Marseille-Kliniken AG aus erbrachten Leistungen an Mitglieder der gesetzlichen Pflegeversicherungen. Die Preise für diese Leistungen bilden sich nicht am freien Markt, sondern werden gesetzlich geregelt und hängen somit in hohem Maße von der Finanzlage der Kostenträger (Pflegekassen, Sozialämter) ab. Aus Gesetzesänderungen resultierende Preisreduzierungen können gegebenenfalls nicht oder nicht vollständig durch Mehrleistungen und Einsparungen kompensiert werden. Preiserhöhungen können auch erst nach längeren Zeiträumen erfolgen, so dass das Eintreten inflationsbedingter Realwertverluste möglich ist. Aus diesen Zusammenhängen könnten sich nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns ergeben.

11.4 Leistungswirtschaftliche Risiken des Konzerns

Risiken im Rahmen der Pflege-, Behandlungs- und Betreuungsqualität werden durch kontinuierliche Weiterentwicklung und Schulung der Mitarbeiter auf der Grundlage neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse und Methoden begegnet. Die Durchführung von Angehörigenbefragungen und Prüfungen unseres Qualitätsmanagements in den jeweiligen Einrichtungen erlauben der Konzernleitung eine Beurteilung der tatsächlich erbrachten bzw. wahrgenommenen Qualität. Innerhalb des RMS existieren konzernweite Qualitätsberichte, die auf internen Prüfverfahren – angelehnt an die Prüfungsrichtlinien des Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung (MDK) – sowie auf den Ergebnissen der Angehörigenbefragungen basieren. Zusätzlich sind die Strukturen und Prozesse des Qualitätsmanagementsystems aller Pflegeeinrichtungen sowie die Konzernzentrale mit ihren Tochtergesellschaften seit März 2009 nach DIN EN ISO 9001:2008 extern zertifiziert. Das konzerninterne Beschwerdemanagementsystem und die Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Heimbeiräten der einzelnen Standorte bewirken einen permanenten Verbesserungsprozess durch Aufnahme von Kundenwünschen.

11.5 Strategische Risiken des Konzerns

Die strategischen Risiken der Marseille-Kliniken umfassen im Wesentlichen die Auslastung bzw. Kostensituation der einzelnen Senioreneinrichtungen und den Immobilienbestand des Konzerns. Vorstand, Aufsichtsrat und Management des Konzerns wirken durch kontinuierliche Abstimmungen und Anpassungen von Ausgestaltungen der Unternehmensstrategie diesen Risiken entgegen.

Die Managementebenen der Marseille-Kliniken AG wurden zur Optimierung der operativen Steuerung des Segments Pflege reorganisiert. Dabei wurden fünf Regionen definiert, die jeweils von einem Regionalleiter geführt werden. Aus dieser Umstrukturierung ergibt sich eine Stärkung von Entscheidungskompetenzen und Verantwortlichkeiten der Einrichtungen selbst.

Weiterhin ist die Gesellschaft bemüht, den Spezialisierungsgrad auf altersbedingte Krankheitsbilder in den einzelnen Einrichtungen auszubauen. Diese Spezialisierung dient dazu, der Nachfragesituation besser zu entsprechen und damit die Belegungen in den einzelnen Häusern zu erhöhen. Eine über alle Bestandshäuser durchgängig sehr hohe Auslastung bleibt dabei immer oberstes Ziel. Es besteht jedoch immer das Risiko, dass einige Standorte temporär niedriger belegt sind als geplant.

Der Standort Bad Schönborn konnte sich in der durchschnittlichen Belegung im Berichtsjahr nur leicht verbessern (+5,4 %). Vor diesem Hintergrund wurden im Berichtsjahr weitere Investitionen in die Einrichtung initiiert und die Einrichtungsleitung neu besetzt.

Die Einrichtung in Berlin, das Pflegehaus Kreuzberg, konnte eine Steigerung der durchschnittlichen Belegung von 45,9 % auf 58,6 % verzeichnen. Ein neues Leitungsteam wird die weitere Umsetzung der angestoßenen Konzeptänderung im Geschäftsjahr 2013/2014 fortführen.

Die erläuterten Risiken gelten für die aktuelle Situation im stationären Bereich, der aufgrund des aktuellen Überangebots nicht im Fokus weiteren Kapazitätswachstums steht. Dieses Kapazitätswachstum könnte allenfalls im Bereich der ambulanten Pflegebetriebe im Segment Betreutes Wohnen realisiert werden. Im Hinblick auf die Profitabilität des Gesamtkonzerns ist neben der Auslastung und Expansion auch die Kostenstruktur von Bedeutung. Eine überdurchschnittlich gute Belegung im Pflegebereich bestimmt zwar weiterhin den Zielschwerpunkt, jedoch ist weiterhin ein straffes Kostenmanagement notwendig, um vorgenannten Umsatzrisiken zu begegnen und so den Konzern dauerhaft profitabel auszurichten.

Wir beabsichtigen nach wie vor, die vier Reha-Stillstandsimmobilien in Reinerzau, in Bad Oeynhausen, Blankenburg und Bad König mit einem Buchwert von insgesamt 9,3 Mio. € (2011/2012: 7,1 Mio. € ohne Bad König) zu veräußern. Die Stillstandsimmobilie in Bad König wurde im Zusammenhang mit dem Erwerb der Anteile an der Odenwaldklinik GmbH für 3,2 Mio. € erworben.

11.6 Finanzwirtschaftliche Risiken

Das Konzernmanagement erstellt mindestens einmal jährlich einen ausführlichen Geschäftsplan. In diesen fließen die Ergebnisse der Steuerung und Bewertung des Unternehmensportfolios ein. Der Plan schließt zahlreiche Annahmen zu Pflegesätzen und Auslastungen der einzelnen Senioreneinrichtungen ein, die für das Erreichen der geplanten Umsätze Voraussetzung sind. Die zukünftige Entwicklung kann jedoch aus einer Vielzahl von Gründen von den getroffenen Annahmen abweichen. Es kann daher nicht garantiert werden, dass die Marseille-Kliniken AG die für das Erreichen der finanziellen Ziele erforderlichen Umsätze erlöst.

Oberste Priorität der finanzwirtschaftlichen Betrachtung gilt der Sicherung der Liquidität. Auf Basis kontinuierlicher Überwachung wird die rollierende Liquiditätsplanung auf Tages-, Monats-, Quartals- und Jahresbasis abgeleitet. Die Marseille-Kliniken AG erwartet auch im Geschäftsjahr 2013/2014 einen deutlich positiven Cash Flow aus betrieblicher Tätigkeit.

Vor dem Hintergrund einer durch die Finanzkrise veränderten Geschäftspolitik vieler Banken, insbesondere induziert durch strengere Eigenkapitalanforderungen (Basel III), hat die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2012/2013 die Verstärkung der Liquidität weiter fortgeführt.

Durch die Aufnahme neuer langfristiger Darlehen konnte die laufende Anleihe zum 30. Juni 2013 bis auf einen Teilbetrag von TEUR 2.970 getilgt werden. Für eine ausgewogene Finanzierung der Gesellschaft ist die Marseille-Kliniken AG in weiteren Gesprächen mit Finanzinstituten über eine langfristige Finanzierung. So konnte im August 2013 ein weiteres langfristiges Bankdarlehen in Höhe von 1,2 Mio. € eingeworben werden. Mit diesen Maßnahmen reduziert die Gesellschaft die Finanzierungsrisiken des Konzerns.

Die Marseille-Kliniken AG und ihre Tochtergesellschaften haben mit verschiedenen Investoren in den Jahren 2004 bis 2008 mehrere Rahmenvereinbarungen anlässlich des Verkaufs und der Rückmietung von Senioren-Wohnparks und Pflegeheimen (sog. „Sale-and-lease-back“) geschlossen. Die Struktur der geschlossenen Rahmenvereinbarungen war im Wesentlichen gleich: Die Objekte wurden von der Gesellschaft oder von ihren Tochtergesellschaften an Dritte verkauft und diese vermieten die Senioren-Wohnparks und Pflegeheime an die Gesellschaft zurück. Die Rahmenvereinbarungen sehen hierbei ein per Vormerkung gesichertes Andienungs- bzw. Eintrittsrecht zugunsten der jeweiligen Gruppengesellschaft für den Fall vor, dass der jeweilige Eigentümer das Objekt verkaufen möchte. Am Ende der Mietzeit hat die Gesellschaft jeweils ein Ankaufsrecht. Die unter der jeweiligen Rahmenvereinbarung abgeschlossenen Kauf- und Mietverträge je verkauftem Grundstück bilden wie folgt eine rechtliche Einheit: Wird einer der beiden Verträge nicht wirksam, nicht durchgeführt oder rückabgewickelt, ist auch der andere Vertrag insgesamt nicht durchzuführen und rückabzuwickeln. So begründet insbesondere der Verzug bei Mietzahlungen nicht nur die Möglichkeit der Kündigung des Mietvertrags, sondern auch des Rücktritts vom Kaufvertrag durch den jeweiligen Käufer und Vermieter des Grundstücks. Aus den jeweils zwischen 2004 bis 2008 abgeschlossenen Sale-and-lease-back-Verträgen ergeben sich daher neben Liquiditätsvorteilen ggf. auch Risiken aus Rückerstattungsansprüchen der jeweiligen Käufer gegen den Marseille-Kliniken Konzern.

11.7 Rechtliche Risiken

Risiken aus Änderungen der Gesetzgebung in den sozialen Sicherungssystemen können für die Marseille-Kliniken AG eher als geringfügig eingestuft werden. Es werden zwar immer wieder neue Anläufe unternommen, durch gesetzliche Regelungen das Gesundheits- und Pflegesystem finanziell zu stabilisieren, doch die wirtschaftlichen Auswirkungen von Gesetzesänderungen werden aufgrund der politischen und finanziellen Rahmenbedingungen als sehr begrenzt angesehen. Sollte der Gesetzgeber dennoch zukünftig bundesweite Rahmenbedingungen ändern, sind wir davon überzeugt, aufgrund unserer Ausrichtung auf den Kunden und die Wirtschaftlichkeit wie bisher unsere führende Position im Wettbewerb zu halten.

Zur Abdeckung von Risiken werden die Entscheidungen und die Gestaltung der Geschäftsprozesse generell auf eine umfassende rechtliche und steuerliche Beratung gestützt. Einzelne Gesellschaften des Marseille-Kliniken Konzerns führen Aktiv- und Passivprozesse an verschiedenen Gerichtsstandorten. Hinsichtlich der laufenden Verfahren kann zur Sicherung der Informationen keine Detaildarstellung gegeben werden, da diese die Angriffs- und Verteidigungslinien in solchen Verfahren beeinträchtigen würden. Für sonstige bestehende Prozessrisiken haben wir aus Sicht der Gesellschaft ausreichende Rückstellungen gebildet, so dass damit sämtliche aktuell bestehenden Risiken aus Prozessen aus Sicht der Gesellschaft zutreffend abgebildet sind. Das Risiko einer Inanspruchnahme aus gegebenen Patronats-erklärungen wird als gering eingeschätzt.

11.8 Sonstige Risiken

Die Energieträger Strom, Gas und Öl sowie Wasser werden strikt verbrauchsorientiert eingesetzt. In den Wäschereien werden Spezialmaschinen und umweltschonende Waschmittel eingesetzt, die ebenso wie die bedarfsoptimierten Spülmaschinentaktungen in den Küchen den Einsatz von Ressourcen minimieren. Die Risiken durch weitere Preissteigerungen, beispielsweise im Energiesektor, werden durch diese Effizienz für die Marseille-Kliniken verringert. In unwesentlichem Umfang werden Zinssicherungsinstrumente genutzt und Strompreise für einen bestimmten Zeitraum festgeschrieben. Diese sind für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Marseille-Kliniken AG und des Marseille-Kliniken Konzerns von untergeordneter Bedeutung. Es wird daher auf die Ausführungen im Anhang zum Einzel- und Konzernabschluss verwiesen.

12. Nachtragsbericht

Die Aktien der Marseille-Kliniken AG sind seit dem 12. Juli 2013 nicht mehr im regulierten Markt (General Standard) gelistet.

Die im Immobilienkaufvertrag Neuruppin vereinbarten aufschiebenden Bedingungen sind mittlerweile erfüllt, so dass die Immobilie nach dem Stichtag für einen Kaufpreis von 1,8 Mio. € erworben wurde.

Hinsichtlich unserer Einrichtungen Senioren-Wohnpark Meerbusch und Medina Meerbusch ist uns am 12. September 2013 durch den Landrat des Rhein-Kreis Neuss eine Betriebsuntersagungsverfügung mit einer Abwicklungsfrist bis zum 30. November 2013 zugegangen. Die Marseille-Kliniken AG ist gegen die drohende Schließung juristisch umgehend vorgegangen und steht im engen Kontakt mit den Bewohnern, deren Angehörigen und Betreuern sowie der zuständigen Heimaufsicht, um die Situation in den beiden Einrichtungen schnellstmöglich zu verbessern und den exzellenten Ruf, den die Marseille-Kliniken AG im Gesundheitsbereich genießt, wieder herzustellen.

Nach Abschluss des Geschäftsjahres 2012/2013 sind ansonsten keine wesentlichen Ereignisse eingetreten, die das im vorliegenden Jahres- bzw. Konzernabschluss vermittelte Bild der Lage des Konzerns oder der Einzelgesellschaft beeinflussen und wesentliche Auswirkungen auf den Geschäftsverlauf der Marseille-Kliniken AG oder des Konzerns insgesamt haben können.

13. Vergütungsbericht

Die Vergütung der Mitglieder des Vorstandes setzt sich aus fixen (Festgehalt) und variablen Komponenten (Tantieme) zusammen. Die variablen Vergütungskomponenten sind erfolgsbezogen und orientieren sich am Unternehmenserfolg.

Die Gesamtbezüge der im Geschäftsjahr 2012/2013 bestellten Vorstandsmitglieder sind im Anhang bzw. den Notes zum Jahres- und Konzernabschluss erläutert.

Der Aufsichtsrat kann zudem nach seinem pflichtgemäßen Ermessen außerordentliche Leistungen einzelner oder aller Vorstandsmitglieder in Form einer besonderen Erfolgstantieme vergüten.

In markt- und konzernüblicher Weise gewährt die Gesellschaft allen Mitgliedern des Vorstandes aus ihren Vorstandsverträgen weitere Leistungen, die zum Teil als geldwerte Vorteile angesehen und entsprechend versteuert werden; so zum Beispiel die Überlassung eines Geschäftsfahrzeugs.

Nebentätigkeiten sind grundsätzlich genehmigungspflichtig. Die Übernahme von Management- und Aufsichtsratsfunktionen in Konzerngesellschaften erfolgt grundsätzlich unentgeltlich.

14. Bericht des Vorstandes über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen und Angabepflichten gemäß § 315 Abs. 4 HGB

Die Aktien der Marseille-Kliniken AG waren bisher im Prime Standard des Regulierten Marktes der Frankfurter Wertpapierbörse notiert. Ebenfalls an der Frankfurter Wertpapierbörse (Freiverkehr) zugelassen und notiert sind die am 30. November 2011 emittierten Teilschuldverschreibungen.

Die Frankfurter Wertpapierbörse hat am 11. Januar 2013 die Zulassung der Aktien der Marseille-Kliniken AG zum regulierten Markt (General Standard) auf Antrag des Vorstandes der Marseille-Kliniken AG unter Zustimmung der Aufsichtsrates vom 14. Dezember 2012 widerrufen. Der Widerruf wurde mit Ablauf des 11. Juli 2013 wirksam. Mit dem Widerruf der Zulassung zum regulierten Markt erledigt sich auch die Zulassung zum Teilbereich des regulierten Marktes mit weiteren Zulassungspflichten. Seither sind die Aktien im Freiverkehr notiert, so dass die gesetzliche Verpflichtung zur Abgabe einer erneuten Entsprechenserklärung gemäß § 161 AktG sowie einer Erklärung der Unternehmensführung gemäß § 289a HGB entfallen ist.

Bericht des Vorstandes über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

Der Vorstand hat entsprechend § 312 AktG für das Geschäftsjahr 2012/2013 einen Bericht über Beziehungen zu allen verbundenen Unternehmen aufgestellt und gemäß § 313 AktG dem Abschlussprüfer zur Prüfung vorgelegt. Folgende Erklärung findet sich am Ende dieses Berichts wieder:

„Der Vorstand der Marseille-Kliniken AG, Berlin, erklärt, dass die Marseille-Kliniken AG bei den im Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgeführten Rechtsgeschäften und Maßnahmen nach den Umständen, die ihm im Zeitpunkt, in dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen oder die Maßnahmen getroffen oder unterlassen wurden, bekannt waren, bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten hat und dadurch, dass Maßnahmen getroffen oder unterlassen wurden, nicht benachteiligt worden ist.“

Angabepflichten gemäß § 315 Abs. 4 HGB

Gezeichnetes Kapital

Das voll eingezahlte Grundkapital der Gesellschaft beträgt zum 30. Juni 2013 37.320.000,00 € und ist in 14.580.000 Namensaktien mit einem rechnerischen Anteil von je 2,56 € (gerundet) aufgeteilt.

Direkte oder indirekte Beteiligungen

Beteiligungen (auch mittelbare über Zurechnungen gemäß §§ 21, 22 WpHG), die 10 % der Stimmrechte der Gesellschaft überschreiten, werden von der Familie Marseille gehalten.

Inhaber von Aktien mit Sonderrechten

Es bestehen keine Aktien mit Sonderrechten.

Art der Stimmrechtskontrolle im Falle von Arbeitnehmerbeteiligungen

Es gibt keine Arbeitnehmer, die an der Gesellschaft beteiligt sind.

Gesetzliche Vorschriften und Satzungsbestimmungen über die Ernennung und Abberufung von Vorstandsmitgliedern und über die Änderung der Satzung

Mitglieder des Vorstands werden gemäß §§ 84, 85 AktG bestellt und abberufen. Satzungsänderungen erfolgen gemäß §§ 133, 179 AktG. Bestimmungen der Satzung der Gesellschaft, die diese Punkte betreffen, finden sich in der Satzung.

Befugnisse des Vorstandes zur Ausgabe und zum Rückkauf von Aktien

Auf der Hauptversammlung am 18. Dezember 2009 wurde der Vorstand zum Erwerb eigener Aktien ermächtigt. Die Ermächtigung ist bis zum 18. Dezember 2014 sowie auf maximal 10 % des derzeitigen Grundkapitals beschränkt. Die Ermächtigung erfolgte vor dem Hintergrund, schnell, flexibel und kostengünstig bei Erwerben von Unternehmen oder Beteiligungen an Unternehmen handeln zu können.

Die Hauptversammlung am 27. Januar 2012 hat den Vorstand ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats, das Grundkapital bis zum 27. Januar 2017 durch ein- oder mehrmalige Ausgabe von insgesamt bis zu 7.290.000 (in Worten: siebenmillionenzweihundertneunzigtausend) neuen Stammaktien (Namensaktien) gegen Bar- oder Sacheinlagen um insgesamt bis zu € 18.660.000,00 (in Worten: achtzehnmillionensechshundertsechzigtausend) zu erhöhen (**genehmigtes Kapital**). Die Ermächtigung kann in Teilbeträgen ausgenutzt werden. Der Vorstand wird ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats, den weiteren Inhalt der Aktienrechte und die Bedingungen der Aktiengabe festzulegen.

Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrates das Bezugsrecht bei Kapitalerhöhungen gegen Sacheinlagen auszuschließen. Bei Kapitalerhöhungen gegen Bareinlagen ist den Aktionären grundsätzlich ein Bezugsrecht auf die neuen Aktien einzuräumen. Der Vorstand ist jedoch ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Bezugsrecht der Aktionäre bei Kapitalerhöhungen gegen Bareinlagen auszuschließen.

Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen

Die Aktien der Marseille-Kliniken AG sind nicht vinkuliert. Uns sind auch keine sonstigen Beschränkungen, die die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen, bekannt.

Beteiligungen am Kapital, die mehr als 10 % der Stimmrechte überschreiten

Der Gründer und Hauptaktionär Herr Ulrich Marseille und seine Ehefrau Estella-Maria Marseille halten rd. 60 % am Grundkapital der Marseille-Kliniken AG. Nach dem Wertpapierhandelsgesetz muss jeder Anleger, der durch Erwerb, Veräußerung oder in sonstiger Weise bestimmte Stimmrechte erreicht, überschreitet oder unterschreitet, dies uns und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht anzeigen. Uns sind hiernach keine weiteren direkten oder indirekten Beteiligungen am Kapital bekannt, die 10 % der Stimmrechte überschreiten.

Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen

Kein Aktionär der Marseille-Kliniken AG ist durch deren Satzung ermächtigt, Mitglieder in den Aufsichtsrat zu entsenden. Auch im Übrigen wurden Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen, nicht ausgegeben.

Art der Stimmrechtskontrolle, wenn Arbeitnehmer am Kapital beteiligt sind und ihre Kontrollrechte nicht unmittelbar ausüben

Sofern Arbeitnehmer Aktien der Marseille-Kliniken AG halten, üben sie ihre Kontrollrechte wie andere Aktionäre unmittelbar nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften und der Satzung aus. Es existieren keine Stimmrechtsbeschränkungen für Aktien der Marseille-Kliniken AG, die von deren Arbeitnehmern gehalten werden.

Bestimmungen über die Ernennung und Abberufung von Vorstandsmitgliedern

Gemäß der Satzung der Marseille-Kliniken AG besteht der Vorstand aus einem oder mehreren Mitgliedern, deren Zahl vom Aufsichtsrat bestimmt wird und die gemäß § 84 AktG durch den Aufsichtsrat für jeweils höchstens fünf Jahre bestellt werden. Der Aufsichtsrat kann ein Vorstandsmitglied zum Vorsitzenden des Vorstandes bestimmen, wenn der Vorstand aus mehreren Vorstandsmitgliedern besteht. Er kann auch stellvertretende Vorstandsmitglieder bestellen. Die Bestellung des Vorstandes bedarf der einfachen Mehrheit der Stimmen des Aufsichtsrates. Im Falle der Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Aufsichtsratsvorsitzenden der betreffenden Sitzung. Die Bestellung zum Vorstand kann gemäß § 84 AktG durch den Aufsichtsrat widerrufen werden, wenn in Bezug auf das Vorstandsmitglied ein wichtiger Grund vorliegt. Fehlt ein erforderliches Vorstandsmitglied, so hat in dringenden Fällen das Gericht gemäß § 85 AktG auf Antrag eines Beteiligten das Mitglied zu bestellen.

Bestimmungen über die Änderung der Satzung

Jede Satzungsänderung bedarf eines Beschlusses der Hauptversammlung (§ 179 AktG). Dem Aufsichtsrat ist gemäß § 9 der Satzung i.V. mit § 179 AktG die Befugnis eingeräumt, Änderungen und Ergänzungen der Satzung zu beschließen, die lediglich die Fassung betreffen. Die Beschlüsse der Hauptversammlung werden, soweit das Gesetz nicht zwingend etwas anderes vorschreibt, mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen und soweit eine Kapitalerhöhung erforderlich ist, mit einfacher Kapitalmehrheit gefasst (§ 15 Absatz 2). Satzungsänderungen werden gemäß § 181 Absatz 3 AktG mit der Eintragung in das Handelsregister wirksam.

Die Satzung enthält keine Bestimmung, die den Vorstand ermächtigt – etwa im Fall einer Übernahmesituation –, Aktien zurückzukaufen.

Wesentliche Vereinbarungen, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen

Es bestehen keine wesentlichen Vereinbarungen, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebotes stehen.

15. Prognosebericht

Aufgrund der demographischen Entwicklung ist der Pflegemarkt weitestgehend unabhängig von den allgemeinen konjunkturellen Rahmenbedingungen. Die alternde Gesellschaft in Deutschland sorgt in den stationären und ambulanten Versorgungsbereichen für eine langfristig steigende Nachfrage nach Pflegeleistungen.

Die von uns umgesetzte Konzernstrategie bewirkt seit dem Geschäftsjahr 2010/2011 eine steigende Auslastungsquote, deren stabiles Niveau wir auch für das Geschäftsjahr 2013/2014 auf über 91 % erwarten. Vor diesem Hintergrund erwarten wir für das Geschäftsjahr 2013/2014 Umsatzerlöse, die stabil über dem Vorjahresniveau liegen. Einen strategischen Schwerpunkt bildet weiterhin die Optimierung unseres Kerngeschäfts Pflege, woraus sich auch aus der Implementierung unseres neuen Steuerungstools Kostenreduzierungen in den administrativen Bereichen und positive Effekte aus dem internen und externen Benchmarking ergeben werden. Unsere Zielsetzung auf Konzernebene ist es daher, von den beschriebenen Maßnahmen überproportional zu profitieren und damit ein positives Ergebnis über dem Vorjahreswert zu erreichen.

Auf Ebene des Einzelabschlusses der Marseille-Kliniken AG intensivieren wir weiterhin die Verbesserung der Geschäftsergebnisse der vier direkt der Muttergesellschaft gehörenden Pflegeeinrichtungen. Vor diesem Hintergrund gilt auch auf Ebene des Einzelabschlusses die Vorschau, wie sie für den Konzern prognostiziert wird. Die mit Ablauf des 30. Juni 2013 aufgehobenen 42 Beherrschungs- und Ergebnisabführungsverträge werden im Geschäftsjahr 2013/2014 auf die geänderte Rechtslage des § 302 AktG (dynamischer Verweis) angepasst.

Auch für das Geschäftsjahr 2014/2015 sehen wir aufgrund der dann nachhaltig etablierten Unternehmenssteuerungssoftware und der wachsenden Nachfragesituation einer deutlichen Ergebnisverbesserung gegenüber dem Geschäftsjahr 2013/2014 entgegen.

Die positive Entwicklung in den ersten Monaten des neuen Geschäftsjahres bestärkt uns hinsichtlich der Prognose für das Geschäftsjahr 2013/2014.

Naturgemäß können Abweichungen zwischen den von uns erwarteten und den tatsächlichen Ergebnissen eintreten. Wir erwarten jedoch, dass sich diese Abweichungen in Grenzen halten.

Berlin, den 17. September 2013
Marseille-Kliniken Aktiengesellschaft

Heinz-Dieter Wopen
Vorstand



Konzernabschluss

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung	27
Konzern-Gesamtergebnisrechnung	27
Konzernbilanz	28
Konzern-Kapitalflussrechnung	29
Entwicklung des Konzernanlagevermögens zum 30. Juni 2012	30
Entwicklung des Konzernanlagevermögens zum 30. Juni 2013	30
Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung	32

Einzelabschluss

Gewinn- und Verlustrechnung der Marseille-Kliniken AG (Einzelabschluss)	33
Bilanz der Marseille-Kliniken AG (Einzelabschluss)	34



Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

der Marseille-Kliniken AG, Berlin

in T€	Anm. Notes	1.7.2012 bis 30.6.2013	1.7.2011 bis 30.6.2012
Umsatzerlöse	5.1	200.108	195.058
Andere aktivierte Eigenleistungen	5.2	150	0
Sonstige betriebliche Erträge	5.3	8.709	11.439
Gesamtleistung		208.967	206.497
Materialaufwand/Aufwand für bezogene Leistungen	5.4	23.439	23.241
Personalaufwand	5.5	106.221	101.948
Abschreibungen	5.6	6.924	6.697
Sonstige betriebliche Aufwendungen	5.7	61.003	61.183
Sonstige Steuern	5.8	329	936
Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit		11.051	12.492
Finanzerträge	5.9	700	1.334
Finanzaufwendungen	5.9	4.251	5.935
Ergebnis vor Steuern (und Minderheitenanteile)		7.500	7.891
Steuern vom Einkommen und Ertrag	5.10	767	88
Konzernergebnis	5.12	6.733	7.803
Minderheitenanteile	5.11	-4	-2
Marseille-Kliniken AG zuzurechnendes Konzernergebnis		6.729	7.801
Ergebnis je Aktie unverwässert (in €) auf Basis von 14.464.325 Stückaktien		0,47 €	0,54€

Die Vorjahreszahlen sind aufgrund der frühzeitigen Anwendung von IAS 19 revised angepasst worden

Konzern-Gesamtergebnisrechnung

der Marseille-Kliniken AG, Berlin

in T€	1.7.2012 bis 30.6.2013	1.7.2011 bis 30.6.2012
Ergebnis nach Steuern	6.733	7.803
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste vor Steuern	-966	-1.589
Latente Steuern auf versicherungsmathematische Gewinne/Verluste	153	251
Nicht reklassifizierbare Gewinn/Verluste	-814	-1.338
Cashflow Hedges:		
In die GuV umgegliederte Verluste	340	271
Marktbewertung derivative Sicherungsinstrumente	-82	-591
Latente Steuern auf Cashflow-Hedge	-41	51
Währungsumrechnung	52	-5
Reklassifizierbare Gewinne/Verluste	269	-274
Sonstiges Ergebnis	-546	-1.612
Gesamtergebnis	6.187	6.192
Minderheitenanteile	-4	-2
Anteil der Aktionäre der Marseille-Kliniken AG	6.183	6.190

Die Vorjahreszahlen sind aufgrund der frühzeitigen Anwendung von IAS 19 revised angepasst worden



Konzernbilanz

der Marseille-Kliniken AG, Berlin

AKTIVA in T€	Anm. Notes	30.6.2013	30.6.2012
Langfristige Vermögenswerte			
Immaterielle Vermögenswerte	4.1.1/4.1.2	32.406	31.742
Sachanlagen	4.1.3	113.048	116.094
Sonstige finanzielle Vermögenswerte	4.1.5	9.045	9.666
Ertragsteuerforderungen	4.1.10	752	922
Latente Steueransprüche	4.1.6	3.984	3.963
		159.235	162.387
Kurzfristige Vermögenswerte			
Vorräte	4.1.7	4.642	1.367
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	4.1.8	8.514	10.135
Sonstige Forderungen und Vermögenswerte	4.1.9	3.277	2.627
Ertragsteuerforderungen	4.1.10	1.242	1.277
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	4.1.11	10.304	11.696
		27.979	27.102
Summe Vermögenswerte		187.214	189.489

PASSIVA in T€	Anm. Notes	30.6.2013	30.6.2012
Eigenkapital			
Gezeichnetes Kapital	4.2.1	37.153	37.153
Kapitalrücklage	4.2.1	1	1
Gewinnrücklagen	4.2.1	-696	-36
Ausgleichsposten aus sukzessiven Erwerb	4.2.1	-2.963	-2.902
Eigene Anteile	4.2.1	-928	-928
Zeitbewertungsrücklage	4.2.1	-423	-640
Währungsdifferenzen	4.2.1	143	91
Konzernbilanzgewinnvortrag	4.2.1	9.250	4.266
Minderheitenanteile	4.2.1	1	10
		41.538	37.015
Langfristige Schulden			
Abgegrenzte Investitionszuwendungen	4.2.2	38.631	39.980
Anleihe	4.2.3	0	11.861
Langfristige Finanzschulden	4.2.3	46.542	41.006
Pensionsverpflichtungen	4.2.4	14.525	14.095
Latente Steuern	4.2.5	5.305	4.945
		105.003	111.887
Kurzfristige Schulden			
Kurzfristige Finanzschulden	4.2.3	11.555	4.665
Anleihe	4.2.3	2.944	0
Kurzfristige Rückstellungen	4.2.6	10.546	13.604
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	4.2.7	7.596	8.460
Laufende Ertragsteuerverbindlichkeiten	4.2.8	2.674	3.222
Übrige kurzfristige Schulden	4.2.9	5.357	10.636
		40.673	40.587
Summe Eigenkapital und Schulden		187.214	189.489

Die Vorjahreszahlen sind aufgrund der frühzeitigen Anwendung von IAS 19 revised angepasst worden



Konzern-Kapitalflussrechnung

der Marseille-Kliniken AG, Berlin

in T€	1.7.2012 bis 30.6.2013	1.7.2011 bis 30.6.2012
Cash Flow aus der betrieblichen Tätigkeit		
Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit	11.051	12.492
Ergebnis aus dem Abgang von Anlagevermögen (- Gewinn/+ Verlust)	-85	-32
Abschreibungen	6.924	6.697
Sonstige zahlungsunwirksame Erträge und Aufwendungen	-1.940	-4.086
Ab-/Zunahme (+/-) der Vorräte	-1.525	134
Zu-/Abnahme (+/-) der Pensionsrückstellungen	-1.071	-785
Zu-/Abnahme (+/-) der kurzfristigen Rückstellungen	-3.058	-6.459
Gezahlte Ertragsteuern	-1.058	72
Veränderung des sonstigen Nettoumlaufvermögens	-3.426	-1.440
Cashflow aus der betrieblichen Tätigkeit	5.813	6.592
Cashflow aus dem Investitionsbereich		
Investitionen in das Anlagevermögen		
Immaterielle Vermögenswerte	-913	-155
Sachanlagen	-2.766	-1.578
Finanzanlagen	-262	-1.971
Einzahlungen aus Anlagenabgängen		
Sachanlagen	107	149
Finanzanlagen	380	0
Cash Flow aus dem Investitionsbereich	-3.454	-3.555
Cashflow aus dem Finanzierungsbereich		
Einzahlungen aus der Begebung einer Anleihe	0	15.000
Tilgung ausgegebener Anleihen	-6.030	-18.000
Aufnahme von Finanzverbindlichkeiten	16.321	12.500
Tilgung von Finanzverbindlichkeiten	-10.588	-9.353
Auszahlung von Darlehen	-1.479	0
Einzahlungen aus Darlehen und Finanzierungsleasing	1.827	1.457
Gezahlte Zinsen	-2.903	-3.556
Erhaltene Zinsen	674	1.123
Dividendenzahlung	-1.591	0
Cash Flow aus dem Finanzierungsbereich	-3.768	-829
Erhöhung/Verminderung des Netto - Geldvermögens	-1.410	2.208
Zunahme/Abnahme der liquiden Mittel	-1.410	2.208
Konsolidierungskreisbedingte Veränderung	17	0
Liquide Mittel zu Beginn des Geschäftsjahres	11.696	9.488
Liquide Mittel am Ende des Geschäftsjahres	10.304	11.696
<i>davon Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten</i>	<i>10.304</i>	<i>11.696</i>

Die Vorjahreszahlen sind aufgrund der frühzeitigen Anwendung von IAS 19 revised angepasst worden



Entwicklung des Konzernanlagevermögens

der Marseille-Kliniken AG zum 30. Juni 2013

in €	Anschaffungs- und Herstellungskosten				30. Juni 2013
	1. Juli 2012	Zugänge	Umgliederungen	Abgänge	
I. Immaterielle Vermögenswerte					
1. Konzessionen	4.866.230,12	0,00	0,00	0,00	4.866.230,12
2. Software	11.865.131,60	34.098,90	0,00	1.946,99	11.897.283,51
3. Nutzungsrecht (Gestattungsvertrag)	3.571.669,02	0,00	0,00	0,00	3.571.669,02
4. Kundenstamm	644.442,42	0,00	0,00	0,00	644.442,42
5. Geschäfts- oder Firmenwerte	29.187.928,71	0,00	0,00	0,00	29.187.928,71
6. In Entwicklung befindliche Software-Projekte	0,00	1.593.982,69	0,00	0,00	1.593.982,69
	50.135.401,87	1.628.081,59	0,00	1.946,99	51.761.536,47
II. Sachanlagen					
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	167.864.093,31	326.487,97	2.139.166,36	9.987,40	170.319.760,24
2. Technische Anlagen und Maschinen	647.977,71	34.027,44	3.444,92	45.297,64	640.152,43
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	36.046.804,69	1.935.391,24	427.354,74	1.790.251,31	36.619.299,36
4. Finanzierungsleasing Betriebs- und Geschäftsausstattung	6.791.636,43	308.013,36	0,00	1.238.850,84	5.860.798,95
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	2.666.310,54	470.798,73	-2.569.966,02	44.722,41	522.420,84
	214.016.822,68	3.074.718,74	0,00	3.129.109,60	213.962.431,82
Summe	264.152.224,55	4.702.800,33	0,00	3.131.056,59	265.723.968,29

der Marseille-Kliniken AG zum 30. Juni 2012

in €	Anschaffungs- und Herstellungskosten				30. Juni 2012
	1. Juli 2011	Zugänge	Umgliederungen	Abgänge	
I. Immaterielle Vermögenswerte					
1. Konzessionen	4.866.230,12	0,00	0,00	0,00	4.866.230,12
2. Software	11.709.997,82	155.133,78	0,00	0,00	11.865.131,60
3. Nutzungsrecht (Gestattungsvertrag)	3.571.669,02	0,00	0,00	0,00	3.571.669,02
4. Kundenstamm	644.442,42	0,00	0,00	0,00	644.442,42
5. Geschäfts- oder Firmenwerte	29.187.928,71	0,00	0,00	0,00	29.187.928,71
	49.980.268,09	155.133,78	0,00	0,00	50.135.401,87
II. Sachanlagen					
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	164.775.480,30	230.890,60	2.867.429,99	9.707,58	167.864.093,31
2. Technische Anlagen und Maschinen	643.514,04	4.464,17	0,00	0,50	647.977,71
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	35.842.449,76	1.203.508,18	0,00	999.153,25	36.046.804,69
4. Finanzierungsleasing Betriebs- und Geschäftsausstattung	8.609.018,45	15.358,67	0,00	1.832.740,69	6.791.636,43
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	5.030.490,75	503.249,78	-2.867.429,99	0,00	2.666.310,54
	214.900.953,30	1.957.471,40	0,00	2.841.602,02	214.016.822,68
Summe	264.881.221,39	2.112.605,18	0,00	2.841.602,02	264.152.224,55



<i>Kumulierte Abschreibungen</i>			<i>Buchwerte</i>		
1. Juli 2012	Zugänge	Abgänge	30. Juni 2013	30. Juni 2013	30. Juni 2012
4.748.168,66	82.630,55	0,00	4.830.799,21	35.430,91	118.061,46
11.196.435,33	399.726,99	1.946,99	11.594.215,33	303.068,18	668.696,27
238.111,26	119.055,62	0,00	357.166,88	3.214.502,14	3.333.557,76
368.252,82	184.126,41	0,00	552.379,23	92.063,19	276.189,60
1.842.506,25	178.510,20	0,00	2.021.016,45	27.166.912,26	27.345.422,46
0,00	0,00	0,00	0,00	1.593.982,69	0,00
18.393.474,32	964.049,77	1.946,99	19.355.577,10	32.405.959,37	31.741.927,55
65.214.864,43	3.342.302,08	6.543,86	68.550.622,65	101.769.137,59	102.649.228,88
548.211,57	20.455,53	45.297,64	523.369,46	116.782,97	99.766,14
26.925.257,64	1.609.384,74	1.677.616,52	26.857.025,86	9.762.273,50	9.121.547,05
5.234.921,71	987.362,25	1.238.850,84	4.983.433,12	877.365,83	1.556.714,72
0,00	0,00	0,00	0,00	522.420,84	2.666.310,54
97.923.255,35	5.959.504,60	2.968.308,86	100.914.451,09	113.047.980,73	116.093.567,33
116.316.729,67	6.923.554,37	2.970.255,85	120.270.028,19	145.453.940,10	147.835.494,88

<i>Kumulierte Abschreibungen</i>			<i>Buchwerte</i>		
1. Juli 2011	Zugänge	Abgänge	30. Juni 2012	30. Juni 2012	30. Juni 2011
4.665.538,10	82.630,56	0,00	4.748.168,66	118.061,46	200.692,02
10.569.729,00	626.706,33	0,00	11.196.435,33	668.696,27	1.140.268,82
119.055,63	119.055,63	0,00	238.111,26	3.333.557,76	3.452.613,39
184.126,41	184.126,41	0,00	368.252,82	276.189,60	460.316,01
1.842.506,25	0,00	0,00	1.842.506,25	27.345.422,46	27.345.422,46
17.380.955,39	1.012.518,93	0,00	18.393.474,32	31.741.927,55	32.599.312,70
62.461.794,10	2.754.614,70	1.544,37	65.214.864,43	102.649.228,88	102.313.686,20
526.227,63	21.984,44	0,50	548.211,57	99.766,14	117.286,41
26.297.157,46	1.529.726,43	901.626,25	26.925.257,64	9.121.547,05	9.545.292,30
5.680.061,02	1.378.117,91	1.823.257,22	5.234.921,71	1.556.714,72	2.928.957,43
0,00	0,00	0,00	0,00	2.666.310,54	5.030.490,75
94.965.240,21	5.684.443,48	2.726.428,34	97.923.255,35	116.093.567,33	119.935.713,09
112.346.195,60	6.696.962,41	2.726.428,34	116.316.729,67	147.835.494,88	152.535.025,79



Konzern- Eigenkapitalveränderungsrechnung

der Marseille-Kliniken AG vom 1. Juli 2012 bis 30. Juni 2013 und Vorjahreszeitraum

1.7.2011 - 30.6.2012	Mutterunternehmen								Minderheits-	Konzern	
	Gezeichnetes Kapital	Kapital-rücklage	Gewinn-rücklage	Ausgleichs-posten aus sukzessivem Erwerb	Eigene Anteile	Zeit-bewertungs-rücklage	Währungs-differenzen	Konzern-bilanzgewinn	Anteil Marseille-Kliniken AG	Minder-heitenanteile	Summe Eigenkapital
Stand am 1.7.2011	37.153	1	915	0	-928	-371	96	-3.150	33.716	479	34.195
Erwerb weiterer Geschäftsanteile von bereits in Vorjahren vollkonsolidierten Tochterunternehmen	0	0	0	-2.902	0	0	0	0	-2.902	-471	-3.373
Direkt im Eigenkapital erfasste Aufwendungen und Erträge	0	0	-1.338	0	0	-269	-5	0	-1.612	0	-1.612
Konzernergebnis	0	0	0	0	0	0	0	7.803	7.803	2	7.805
Gesamtergebnis	0	0	-1.338	0	0	-269	-5	7.803	6.191	2	6.193
Einstellung in die gesetzliche Rücklage	0	0	387	0	0	0	0	-387	0	0	0
Stand am 30.6.2012	37.153	1	-36	-2.902	-928	-640	91	4.266	37.005	10	37.015

1.7.2012 - 30.6.2013	Mutterunternehmen								Minderheits-	Konzern	
	Gezeichnetes Kapital	Kapital-rücklage	Gewinn-rücklage	Ausgleichs-posten aus sukzessivem Erwerb	Eigene Anteile	Zeit-bewertungs-rücklage	Währungs-differenzen	Konzern-bilanzgewinn	Anteil Marseille-Kliniken AG	Minder-heitenanteile	Summe Eigenkapital
Stand am 1.7.2012	37.153	1	-36	-2.902	-928	-640	91	4.266	37.005	10	37.015
Erwerb weiterer Geschäftsanteile von bereits in Vorjahren vollkonsolidierten Tochterunternehmen	0	0	0	-61	0	0	0	0	-61	-13	-74
Dividendenzahlung	0	0	0	0	0	0	0	-1.591	-1.591	0	-1.591
Direkt im Eigenkapital erfasste Aufwendungen und Erträge	0	0	-814	0	0	217	52	0	-545	0	-545
Konzernergebnis	0	0	0	0	0	0	0	6.729	6.729	4	6.733
Gesamtergebnis	0	0	-814	0	0	217	52	6.729	6.184	4	6.188
Einstellung in die gesetzliche Rücklage	0	0	154	0	0	0	0	-154	0	0	0
Stand am 30.6.2013	37.153	1	-696	-2.963	-928	-423	143	9.250	41.537	1	41.538

Die Vorjahreszahlen sind aufgrund der frühzeitigen Anwendung von IAS 19 revised angepasst worden



Gewinn- und Verlustrechnung

der Marseille-Kliniken AG (Einzelabschluss) vom 1. Juli 2012 bis 30. Juni 2013

in €	2012 2013	2011 2012
1. Umsatzerlöse	23.995.105,24	24.107.868,77
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	150.000,00	0,00
3. Sonstige betriebliche Erträge	26.662.231,55	30.784.263,60
	50.807.336,79	54.892.132,37
4. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	2.174.086,20	2.307.155,75
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	409.498,94	374.197,04
	2.583.585,14	2.681.352,79
5. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	12.223.365,37	12.088.389,26
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	2.386.126,14	2.319.974,34
	14.609.491,51	14.408.363,60
6. Abschreibungen		
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1.170.449,13	1.346.011,56
b) auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die in der Kapitalgesellschaft üblichen Abschreibungen überschreiten	2.251.490,15	5.403.817,43
	3.421.939,28	6.749.828,99
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	35.207.572,51	36.203.328,20
	-5.015.251,65	-5.150.741,21
8. Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	12.512.148,14	17.784.414,84
9. Erträge aus Beteiligungen	94,50	192,50
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2.835.593,07	3.849.431,75
11. Abschreibungen auf Finanzanlagen	1.195.322,83	1.041.000,21
12. Aufwendungen aus Verlustübernahme	952.058,70	1.567.208,34
13. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	5.010.747,46	5.963.577,75
	8.189.706,72	13.062.252,79
14. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	3.174.455,07	7.911.511,58
15. Außerordentliche Erträge	0,00	907.579,90
16. Außerordentliche Ergebnis	0,00	907.579,90
17. Steuern vom Einkommen und Ertrag	-72.804,66	-224.361,60
18. Sonstige Steuern	173.127,08	1.297.174,86
19. Jahresüberschuss	3.074.132,65	7.746.278,22
20. Gewinnvortrag	11.725.215,68	4.365.937,46
21. Gewinnausschüttung	-1.591.075,75	0,00
22. Einstellungen in die gesetzliche Rücklage	-154.000,00	-387.000,00
23. Bilanzgewinn	13.054.272,58	11.725.215,68



Bilanz

der Marseille-Kliniken AG (Einzelabschluss)

AKTIVA in €	30.6.2013	30.6.2012
A. ANLAGEVERMÖGEN		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
1. Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	1.593.982,69	0,00
2. Entgeltlich erworbene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	323.861,79	723.524,11
	1.917.844,48	723.524,11
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	23.880.502,00	24.279.327,01
2. Technische Anlagen und Maschinen	176,31	222,31
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	774.906,62	643.942,78
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	148.084,44	0,00
	24.803.669,37	24.923.492,10
III. Finanzanlagen		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	76.095.006,77	74.540.937,05
2. Beteiligungen	66.586,07	65.586,07
3. Wertpapiere des Anlagevermögens	0,00	188.000,00
	76.161.592,84	74.794.523,12
	102.883.106,69	100.441.539,33
B. UMLAUFVERMÖGEN		
I. Vorräte		
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	115.179,97	98.304,15
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.331.316,58	1.717.263,84
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	53.542.087,76	64.254.757,32
3. Sonstige Vermögensgegenstände	2.534.447,68	2.745.095,46
	57.407.852,02	68.717.116,62
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	9.200.246,80	9.547.204,11
	66.723.278,79	78.362.624,88
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	35.297,71	58.581,72
	169.641.683,19	178.862.745,93



Konzernanhang

1. Informationen zum Unternehmen	37	5. Erläuterungen zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung	53
2. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze	37	5.1 Umsatzerlöse	53
2.1 Grundlagen der Abschlusserstellung	37	5.2 Andere aktivierte Eigenleistungen	53
2.1.1 Erklärung zur Übereinstimmung mit IFRS	37	5.3 Sonstige betriebliche Erträge	53
2.1.2 Konsolidierungsgrundsätze	37	5.4 Materialaufwand	53
2.1.3 Konsolidierungskreis	38	5.5 Personalaufwand	53
2.1.4 Währungsumrechnung	39	5.6 Abschreibungen	54
2.2 Änderungen der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	39	5.7 Sonstige betriebliche Aufwendungen	54
2.2.1 Auswirkungen von neuen Rechnungslegungsvorschriften	39	5.8 Sonstige Steuern	54
2.2.2 Neu herausgegebene, nicht vorzeitig angewandte bzw. noch nicht von der EU übernommene Rechnungslegungsvorschriften	40	5.9 Finanzergebnis	54
2.3 Wesentliche Ermessensentscheidungen und Schätzungen	41	5.10 Ertragsteuern	54
2.4 Zusammenfassung wesentlicher Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	42	5.11 Anteile Minderheiten am Konzernergebnis	55
3. Ereignisse nach dem Bilanzstichtag	45	5.12 Konzernergebnis	55
4. Erläuterungen zur Konzernbilanz	46	6. Zusätzliche Angaben zu Finanzinstrumenten	55
4.1 Konzernbilanz – Aktiva	46	7. Segmentberichterstattung	57
4.1.1 Immaterielle Vermögenswerte	46	8. Ergebnis je Aktie	57
4.1.2 Geschäfts- oder Firmenwerte	46	9. Gezahlte und vorgeschlagene Dividende	57
4.1.3 Sachanlagen	47	10. Eigenkapitalveränderungsrechnung	57
4.1.4 Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	47	11. Konzern-Kapitalflussrechnung	57
4.1.5 Sonstige finanzielle Vermögenswerte	47	12. Sonstige Angaben	57
4.1.6 Latente Steueransprüche	47	12.1 Haftungsverhältnisse und Eventualverbindlichkeiten	57
4.1.7 Vorräte	48	12.2 Leasing	58
4.1.8 Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	48	12.3 Eventualforderungen	58
4.1.9 Sonstige Forderungen und Vermögenswerte	48	12.4 Operate-Leasing- und sonstige finanzielle Verpflichtungen	59
4.1.10 Ertragsteuerforderungen	49	12.5 Management von Finanzrisiken	59
4.1.11 Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	49	12.6 Beteiligungen an der Marseille-Kliniken AG, die ihr nach § 21 Abs. 1 oder Abs. 4 WpHG mitgeteilt worden sind	61
4.1.12 Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte	49	12.7 Aufsichtsrat	62
4.2 Konzernbilanz – Passiva	49	12.8 Vorstand	62
4.2.1 Eigenkapital	49	12.9 Beziehungen zu nahestehenden Personen und Unternehmen	63
4.2.2 Abgegrenzte Investitionszuwendungen	50	12.10 Veröffentlichung	63
4.2.3 Lang- und kurzfristige Finanzschulden	50	12.11 Erklärung zum Corporate Governance Codex (§ 161 AktG)	63
4.2.4 Pensionsverpflichtungen	51		
4.2.5 Latente Steuern	51		
4.2.6 Kurzfristige Rückstellungen	52		
4.2.7 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	53		
4.2.8 Laufende Ertragsteuerverbindlichkeiten	53		
4.2.9 Übrige kurzfristige Schulden	53		

1. Informationen zum Unternehmen

Der Konzernabschluss für das Geschäftsjahr vom 1. Juli 2012 bis zum 30. Juni 2013 wird voraussichtlich am 19. September 2013 durch Beschluss des Vorstandes der Marseille-Kliniken AG zur Veröffentlichung freigegeben.

Die Marseille-Kliniken AG ist eine in Deutschland gegründete, in ihrer Haftung beschränkte Gesellschaft mit Sitz in Berlin (Handelsregister des Amtsgerichts Berlin-Charlottenburg unter HRB 86329), deren Aktien zum Börsenhandel ausschließlich im Prime Standard des Regulierten Marktes der Frankfurter Wertpapierbörse notiert waren. Ebenfalls an der Frankfurter Wertpapierbörse zugelassen und notiert sind die am 30. November 2011 emittierten und im Freiverkehr gehandelten Teilschuldverschreibungen.

Die Frankfurter Wertpapierbörse hat am 11. Januar 2013 die Zulassung der Aktien der Marseille-Kliniken AG zum regulierten Markt (General Standard) auf Antrag des Vorstandes der Marseille-Kliniken AG unter Zustimmung der Aufsichtsrates vom 14. Dezember 2012 widerrufen. Der Widerruf wurde mit Ablauf des 11. Juli 2013 wirksam. Mit dem Widerruf der Zulassung zum regulierten Markt erledigt sich auch die Zulassung zum Teilbereich des regulierten Marktes mit weiteren Zulassungspflichten.

Die Verwaltungszentrale befindet sich in Hamburg in gemieteten Räumen.

Die Hauptaktivitäten der Marseille-Kliniken AG sind die Errichtung, der Erwerb und/oder das Betreiben von Pflegeeinrichtungen, Altenwohnheimen, Dienstleistungsgesellschaften im sozialen und karitativen Bereich sowie Beherbergungsunternehmen.

2. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

2.1 Grundlagen der Abschlusserstellung

Das vom Kalenderjahr abweichende Geschäftsjahr beginnt jeweils am 1. Juli und endet im jeweils darauf folgenden Jahr am 30. Juni.

Die Erstellung des Konzernabschlusses erfolgt grundsätzlich unter Anwendung des Anschaffungskostenprinzips. Hiervon ausgenommen sind die als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien (soweit vorhanden), derivative Finanzinstrumente und zur Veräußerung verfügbare Finanzinstrumente, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden. Die Anpassung der Buchwerte der in der Bilanz erfassten Vermögenswerte und Schulden, welche Grundgeschäfte im Rahmen von Absicherungen des beizulegenden Zeitwertes darstellen, erfolgt aufgrund von Änderungen der beizulegenden Zeitwerte, die den abgesicherten Risiken zugerechnet werden.

Der Konzernabschluss wird in Euro aufgestellt. Die Angaben werden teilweise in T€ bzw. in Mio. € gemacht. Es können Rundungsdifferenzen in Höhe von T€ +/-1 auftreten.

Der Jahresabschluss wurde unter der Going-concern-Annahme aufgestellt.

2.1.1 Erklärung zur Übereinstimmung mit IFRS

Der Konzernabschluss der Marseille-Kliniken AG wurde in Übereinstimmung mit den zum Bilanzstichtag geltenden vom International Accounting Standards Board (IASB) herausgegebenen International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie in der EU anzuwenden sind, und unter Berücksichtigung der Auslegungen des International Financial Reporting Interpretation Committee (IFRIC) sowie den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften aufgestellt. Der Konzernabschluss umfasst als Bestandteile

die Bilanz, die Gewinn- und Verlustrechnung, die Konzern-Gesamtergebnisrechnung, die Eigenkapitalveränderungsrechnung, die Kapitalflussrechnung und den Anhang.

2.1.2 Konsolidierungsgrundsätze

Der Konzernabschluss der Marseille-Kliniken AG umfasst den Abschluss der Marseille-Kliniken AG und ihrer Tochterunternehmen zum 30. Juni eines jeden Geschäftsjahres. Es werden sämtliche Jahresabschlüsse der Konzerngesellschaften zum Stichtag der Marseille-Kliniken AG zum 30. Juni 2013 gemäß International Accounting Standard (IAS) 27 nach zu dem Abschluss des Mutterunternehmens einheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätzen aufgestellt. Für die Tochtergesellschaft Marseille-Kliniken AG (Schweiz) wurde ein Zwischenabschluss zum 30. Juni 2013 erstellt.

Zum 30. Juni 2013 werden 81 (Vorjahr: 84) Gesellschaften konsolidiert. Im Geschäftsjahr 2012/2013 sind zwei Gesellschaften liquidiert, eine neue Gesellschaft konsolidiert und zwei Konzerngesellschaften verschmolzen worden.

Der Konzernabschluss umfasst alle Tochtergesellschaften, auf die die Marseille-Kliniken AG einen beherrschenden Einfluss (Control-Prinzip) ausüben kann. Das sind alle Unternehmen, bei denen die Marseille-Kliniken AG die Kontrolle über die Finanz- und Geschäftspolitik innehat, regelmäßig begleitet von einem Stimmrechtsanteil von mehr als 50 %. Bei der Beurteilung, ob Kontrolle vorliegt, werden Existenz und Auswirkung potenzieller Stimmrechte, die aktuell ausübbar oder umwandelbar sind, berücksichtigt.

Tochtergesellschaften werden ab dem Erwerbszeitpunkt, d. h. ab dem Zeitpunkt, an dem der Konzern die Beherrschung erlangt, voll konsolidiert. Die Einbeziehung in den Konzernabschluss endet, sobald die Beherrschung durch das Mutterunternehmen nicht mehr besteht.

Gemäß IFRS 3 sind sämtliche Unternehmenserwerbe nach der Erwerbsmethode abzubilden. Die Kapitalkonsolidierung erfolgt nach IAS 27 durch Verrechnung der Beteiligungsbuchwerte mit dem anteiligen Eigenkapital der Tochterunternehmen. Beim Unternehmenserwerb werden die Vermögenswerte, Schulden und Eventualverbindlichkeiten der erworbenen Tochterunternehmen mit ihren beizulegenden Zeitwerten im Erwerbszeitpunkt bewertet. Übersteigen die Anschaffungskosten des Unternehmenserwerbs die beizulegenden Zeitwerte der erworbenen identifizierbaren Vermögenswerte, Schulden und Eventualverbindlichkeiten, so wird der Unterschiedsbetrag als Geschäfts- oder Firmenwert (Goodwill) ausgewiesen. Jeder negative Unterschiedsbetrag zwischen den Anschaffungskosten des Unternehmenserwerbs und den erworbenen identifizierbaren Vermögenswerten, Schulden und Eventualverbindlichkeiten wird in der Periode des Erwerbs erfolgswirksam erfasst.

Die Anteile von Minderheiten stellen den Anteil des Ergebnisses und des Reinvermögens von Tochterunternehmen dar, der nicht dem Konzern zuzurechnen ist. Minderheitenanteile werden in der Konzern-Gesamtergebnisrechnung und in der Konzernbilanz separat ausgewiesen. Der Ausweis in der Konzernbilanz erfolgt innerhalb des Eigenkapitals, getrennt von dem auf die Anteilseigner des Mutterunternehmens entfallenden Eigenkapital.

Im Konzernabschluss sind die Aufwendungen und Erträge der erstkonsolidierten Unternehmen ab dem Stichtag der Erstkonsolidierung enthalten.

Die Ergebnisse der im Laufe eines Jahres erworbenen oder veräußerten Tochterunternehmen werden vom effektiven Erwerbszeitpunkt an oder bis zum effektiven Abgangszeitpunkt in die Konzern-Gesamtergebnisrechnung einbezogen. Im jeweiligen Geschäftsjahr neu gegründete Gesellschaften werden ab dem Gründungszeitpunkt in den Konzernabschluss einbezogen.



Alle konzerninternen Salden, Erträge, Aufwendungen sowie unrealisierte Gewinne und Verluste aus konzerninternen Transaktionen werden in voller Höhe eliminiert.

2.1.3 Konsolidierungskreis

Der Umfang der Gesellschaften, die dem Konsolidierungskreis der Marseille-Kliniken AG entsprechend IAS 27 zuzurechnen sind, hat sich im Geschäftsjahr 2012/2013 gegenüber dem Konsolidierungskreis zum 30. Juni 2012 verändert.

In den Konzernabschluss werden zum 30. Juni 2013 die Marseille-Kliniken AG und alle ihre nachfolgend aufgeführten 80 (Vorjahr: 84) Tochtergesellschaften einbezogen:

	Anteil in %
Senioren-Wohnpark Langen GmbH, Langen	100,0
Senioren-Wohnpark Lemwerder GmbH, Lemwerder	100,0
Astor Park Wohnanlage Langen GmbH, Langen	100,0
Senioren-Wohnpark Hennigsdorf GmbH, Hennigsdorf	100,0
Senioren-Wohnpark Radensleben GmbH, Radensleben	100,0
Senioren-Wohnpark Neuruppin GmbH, Neuruppin	100,0
„Senioren-Wohnpark Treuenbrietzen GmbH“, Treuenbrietzen	100,0
Senioren-Wohnpark Erkner GmbH, Erkner	100,0
Senioren-Wohnpark Tangerhütte GmbH, Tangerhütte	100,0
Senioren-Wohnpark Kyritz GmbH, Kyritz	100,0
Senioren-Wohnpark Thale GmbH, Thale	100,0
Senioren-Wohnpark Wolmirstedt GmbH, Wolmirstedt	100,0
„Senioren-Wohnpark Aschersleben GmbH“, Aschersleben	100,0
Senioren-Wohnpark Coswig GmbH, Coswig	100,0
Senioren-Wohnpark Stützerbach GmbH, Stützerbach	100,0
Senioren-Wohnpark Schollene GmbH, Schollene	100,0
Senioren-Wohnpark Bad Langensalza GmbH, Bad Langensalza	100,0
Senioren-Wohnpark Ballenstedt GmbH, Ballenstedt	100,0
Senioren-Wohnpark HES GmbH, Hamburg	100,0
PRO F & B Gastronomische Dienstleistungsgesellschaft mbH, Hamburg	100,0
Senioren-Wohnpark Klauska GmbH, Nobitz	100,0
„Senioren-Wohnpark Friedland GmbH“, Friedland	100,0
- SWP - Senioren-Wohnpark Klötze GmbH, Klötze	100,0
Senioren-Wohnpark Leipzig - Am Kirschberg GmbH, Leipzig	100,0
SWP soziale Grundbesitzgesellschaft mbH, Hamburg	100,0
AMARITA Buxtehude GmbH, Buxtehude	100,0
Pro Work Dienstleistungsgesellschaft mbH, Hamburg	100,0
Senioren-Wohnpark Cottbus-SWP-GmbH, Cottbus	100,0
Medina Meerbusch GmbH, Pritzwalk	100,0
Marseille-Klinik-Delta GmbH, Hamburg	100,0
Senioren-Wohnpark soziale Altenbetreuung gemeinnützige GmbH, Langen	100,0
Allgemeine soziale Dienstleistungen gemeinnützige GmbH, Langen	100,0
Medina soziale Behindertenbetreuung gemeinnützige GmbH, Wolmirstedt	100,0
MK „Vorrat Nr. 26“ Vermögensverwaltungs GmbH, Berlin	100,0
„Villa Auenwald“ Seniorenheim GmbH, Böhlitz-Ehrenberg	100,0
PROMINT/Dienstleistungsgruppe Neuruppin GmbH, Neuruppin	100,0
Senioren-Wohnpark Hennigsdorf - SWP - GmbH, Hennigsdorf	100,0
SIV Immobilien-Verwaltungsgesellschaft mbH, Hamburg	100,0
Grundstücksgesellschaft Nikolaus Büren mbH, Hamburg	100,0
DaTess Gesellschaft für Datendienste mbH, Pritzwalk	100,0
Alstersee 124. V V GmbH, Hamburg	99,9 ¹⁾
eqs. Privatinstitut für Evaluation und Qualitätssicherung im Gesundheits- und Sozialwesen mbH, Hamburg	100,0
Marseille-Akademie GmbH, Hamburg	100,0
Betrium Nr. 29 Vermögensverwaltungs-GmbH, Pritzwalk	100,0
Senioren-Wohnpark Leipzig „Stadtpalais“ GmbH, Leipzig	100,0

	Anteil in %
Senioren-Wohnpark Leipzig „Eutritzscher Markt“ GmbH, Leipzig	100,0
Senioren-Wohnpark Lichtenberg GmbH, Berlin	100,0
MVZ Hennigsdorf Medizinisches Versorgungszentrum Am Senioren-Wohnpark Hennigsdorf GmbH, Hennigsdorf	100,0
Senioren-Wohnpark Landshut GmbH, Landshut	100,0
AMARITA Datteln GmbH, Datteln	100,0
AMARITA Hohen Neuendorf GmbH, Hohen Neuendorf	100,0
SGG Soziale Grundbesitzgesellschaft Potsdam mbH, Pritzwalk	100,0
Betrium Nr. 52 Vermögensverwaltungs-GmbH, Pritzwalk	100,0
MobiRent Vermietung GmbH, Pritzwalk	100,0
AMARITA Bremerhaven GmbH, Bremerhaven	100,0
Pflegehaus Kreuzberg gemeinnützige GmbH, Berlin	100,0
Senioren-Wohnpark Meerbusch GmbH, Pritzwalk	100,0
AMARITA Oldenburg GmbH, Oldenburg	100,0
Spezial-Pflegeheim Hennigsdorf GmbH, Hennigsdorf	100,0
TÜRK GÜNDÜZ BAKIM EVI GmbH, Pritzwalk	100,0
SFS Dienstleistungs-GmbH, Pritzwalk	100,0
Senioren-Wohnpark Lessingplatz GmbH, Düsseldorf	100,0
Senioren-Wohnpark Dresden „Am Großen Garten“ GmbH, Dresden	100,0
Senioren-Wohnpark Arnsberg GmbH, Arnsberg	100,0
Senioren-Wohnpark Büren GmbH, Büren	100,0
Senioren-Wohnpark Kreuztal-Krombach GmbH, Kreuztal-Krombach	100,0
Senioren-Wohnpark Lutzerath GmbH, Lutzerath	100,0
AMARITA Hamburg-Mitte PLUS GmbH, Hamburg	100,0
Senioren-Wohnpark Oberhausen GmbH, Pritzwalk	100,0
Senioren-Wohnpark Düsseldorf-Volksgarten GmbH, Düsseldorf	100,0
CareAktiv GmbH, Hamburg	100,0
Logo 7. Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH, Pritzwalk	100,0
„ProTec Dienstleistungsgesellschaft mbH“, Pritzwalk	100,0
Medina Belzig GmbH, Belzig	100,0
Odenwald Klinik GmbH, Heidelberg ²⁾	99,9 ¹⁾
Allgemeine Dienstleistungsgesellschaft mbH ADG-, Pritzwalk	100,0
Marseille-Kliniken AG, Zug, Schweiz	100,0
AAP - Allgemeine Ansgar Pflegedienste GmbH, Zirchow	100,0
Karlsruher-Sanatorium-Aktiengesellschaft, Hamburg	99,9 ¹⁾
Mineralquelle Waldkirch Verwertungsgesellschaft mbH, Hamburg	99,9 ¹⁾

¹⁾ Konzernanteil nach Abzug der direkten und indirekten Minderheitenanteile

²⁾ Bei der Odenwaldklinik GmbH wurde der Sitz am 16.8.2013 nach Hamburg verlegt

Darüber hinaus werden unter den sonstigen finanziellen Vermögenswerten der Marseille-Kliniken AG, Berlin, nachfolgende Beteiligungen ausgewiesen, an denen die Gesellschaft mehr als 20% der Anteile hält:

in T€	Anteil in %	Gezeichnetes Kapital	Eigenkapital		Jahresergebnis	
			30. Juni 2013	2012 2013	2011 2012	
Kurbetriebsgesellschaft Bad Klosterlausnitz mbH, Bad Klosterlausnitz	49,5	52	-96 ¹⁾	- ²⁾	-125	

¹⁾ Geschäftsjahr 2011/2012

²⁾ ein aktueller Jahresabschluss lag zum Erstellungszeitpunkt nicht vor

Darüber hinaus hat der Konzern vier weitere Beteiligungen, die unwesentlich sind. Davon befinden sich zwei in Liquidation.

Die Angaben zum Eigenkapital und zum Jahresergebnis der Tochtergesellschaften sind den nach den handelsrechtlichen Vorschriften aufgestellten Einzelabschlüssen entnommen.



Einzelne Tochtergesellschaften werden im Rechtskleid einer gemeinsamen GmbH geführt. Damit diese Gesellschaften ihren steuerrechtlichen Status nicht verlieren, sind Ausschüttungen nur bedingt möglich. Gewinne sind im Wesentlichen zu thesaurieren und zeitnah zu verwenden.

Mutterunternehmen des größten Konsolidierungskreises ist die Marseille-Kliniken AG, Berlin.

Am Stichtag 30. Juni 2013 bestehen insgesamt 37 (Vorjahr: 43) Ergebnisabführungsverträge zwischen der Marseille-Kliniken AG, Berlin, als Organträgerin und diversen Tochtergesellschaften, sowie 7 (Vorjahr: 9) Ergebnisabführungsverträge zwischen der MK-Delta GmbH und einigen ihrer Tochtergesellschaften. Des Weiteren besteht ein Ergebnisabführungsvertrag zwischen der SWP Wolmirstedt GmbH und der Amarita Hamburg-Mitte GmbH sowie zwischen der Spezial-Pflegeheim Hennigsdorf GmbH und der SWP Dresden „Am Großen Garten“ GmbH.

Eine Gesellschaft, an der die Marseille-Kliniken mit 94 % am Kommanditkapital beteiligt ist, ist aufgrund gesellschaftsrechtlich abweichender Stimm- und Gewinnansprüche nicht zu konsolidieren.

Die Veränderung des Konsolidierungskreises resultiert aus der Verschmelzung der Gesellschaften aus der nachfolgenden Übersicht und aus den Liquidationen der Ausgleichs- und Bürgschaftsgesellschaft im Heim- und Pflegewesen mbH und der Talhaus „Waldkirch“ GmbH & Co. KG. Hierbei sind keine wesentlichen Vermögensgegenstände und Schulden abgegangen. Nach dem Erwerb der Geschäftsanteile im Berichtsjahr wurde die Odenwald Klinik GmbH erstmals konsolidiert.

Beim Kauf der Odenwald Klinik GmbH handelt es sich nicht um einen Unternehmenserwerb im Sinne des IFRS 3 „Unternehmenserwerb“, da die Gesellschaft als nahezu einzigen Vermögenswert eine derzeit nicht genutzte Immobilie besitzt.

Im Geschäftsjahr 2012/2013 wurden die folgenden Verschmelzungen durchgeführt:

Mineralquelle Waldkirch Gesellschaft mit beschränkter Haftung	auf die	Alstersee 124. V.V GmbH
Marseille Projektgesellschaft „Bremerhaven“ mbH	auf die	MK „Vorrat Nr. 26“ Vermögensverwaltung GmbH

2.1.4 Währungsumrechnung

Funktionale Währung und Berichtswährung

Die Berichtswährung des Konzernabschlusses ist Euro, die die funktionale Währung des Mutterunternehmens und gleichzeitig der einbezogenen Tochterunternehmen mit Ausnahme der Tochtergesellschaft Marseille-Kliniken AG, Zug (Schweiz), darstellt.

Der Jahresabschluss des Tochterunternehmens Marseille-Kliniken AG, Zug (Schweiz), das eine von der Konzernberichtswährung abweichende funktionale Währung hat, wird wie folgt in die Berichtswährung Euro umgerechnet:

Die Vermögenswerte und Verbindlichkeiten werden zum Bilanzstichtagskurs, die Erträge und Aufwendungen zum Durchschnittskurs dargestellt. Das im Rahmen eines Erwerbs ausländischer Tochtergesellschaften erstkonsolidierungspflichtige Eigenkapital wird zum jeweiligen Bilanzstichtag mit dem historischen Kurs zum Erwerbzeitpunkt umgerechnet. Die daraus resultierenden Währungsumrechnungsdifferenzen werden direkt im Eigenkapital erfasst.

Der CHF-Euro-Wechselkurs ist in der folgenden Tabelle dargestellt:

Währung in Euro	Stichtagskurs		Durchschnittskurs	
	30.6.2013	30.6.2012	30.6.2013	30.6.2012
1 CHF	1,2346	1,2018	1,2288	1,2032

Transaktionen und Salden

Fremdwährungstransaktionen werden mit den Wechselkursen zum Transaktionszeitpunkt in die funktionale Währung umgerechnet. Gewinne und Verluste, die aus der Erfüllung solcher Transaktionen und aus Umrechnungen von monetären Vermögenswerten und Verbindlichkeiten in Fremdwährung zu abweichenden Stichtagskursen resultieren, werden erfolgswirksam erfasst.

2.2 Änderungen der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

2.2.1 Auswirkungen von neuen Rechnungslegungsvorschriften

Im Geschäftsjahr 2012/2013 wurde frühzeitig der IAS 19 (revised) angewendet, was zu einer Änderung der Bilanzierung von Pensionsverpflichtungen geführt hat. Im Vorjahreskonzernabschluss wurden versicherungsmathematische Gewinne und Verluste aus den leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen sowie Kürzungsbeträge aus der Berücksichtigung der Obergrenze für Planvermögen vollständig ergebniswirksam ausgewiesen. Die freiwillige frühzeitige Anwendung des IAS 19 hat zur Folge, dass eine Umgliederung der versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste von der GuV über das OCI (Other Comprehensive Income) – sonstiges Gesamtergebnis direkt im Eigenkapital erfolgt.

Im Berichtsjahr war die Anpassung der Vorjahreszahlen entsprechend den Vorschriften des IAS 8 für die nachfolgenden Abschlussposten erforderlich.

Die Anpassungsbeträge aus der Änderung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethode für das Vorjahr werden in der folgenden Tabelle dargestellt.

Anpassung der Vorjahreszahlen

in T€	Stand am 30.6.2012		Stand am 30.6.2012	
	vor	nach	vor	nach
	Anpassung	Anpassung	Anpassung	Anpassung
Eigenkapital	37.015	0	37.015	
Gewinnrücklage	1.302	-1.338	-36	
Konzernbilanzgewinnvortrag	2.928	1.338	4.266	
Konzern-Gesamtergebnisrechnung				
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-62.772	1.589	-61.183	
Ertragsteuern	-164	251	88	
Konzernergebnis	6.466	1.840	8.306	
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste vor Steuern	0	-1.589	-1.589	
Latente Steuern auf versicherungsmathematische Gewinne/Verluste	0	251	251	
Gesamtergebnis	6.192	0	6.192	

Auf die Vermögenswerte und Schulden hatte die vorzeitige Anwendung des IAS 19 (revised) keine Auswirkungen.

Bei der Bewertung der Personalrückstellungen wurde im Vergleich zum Vorjahr eine Schätzungsänderung vorgenommen. In Übereinstimmung mit IAS 8.36 sind die Vorjahreswerte nicht anzupassen.



Folgende, von IASB und IFRIC neu verabschiedete bzw. geänderte und durch die EU anerkannte Bilanzierungsstandards und Interpretationen wurden im Geschäftsjahr 2012/2013 erstmalig angewendet:

Standard	Status	Anzuwenden ab
IAS 1 Darstellung des Abschlusses	geändert	1.7.2012
IAS 12 Ertragsteuern: Realisierung zugrundeliegender Vermögenswerte	geändert	1.1.2013
IAS 19 Leistungen an Arbeitnehmer	geändert	1.1.2013

Die Änderung von IAS 1 betrifft die Darstellung einzelner Posten des sonstigen Ergebnisses. Es hat eine Klassifizierung stattzufinden, ob einzelne Posten des sonstigen Ergebnisses zukünftig noch einmal in den Gewinn oder Verlust umgegliedert werden oder nicht. Des Weiteren wurde der in IAS 1 verwendete Begriff „Gesamtergebnisrechnung“ in „Gewinn- und Verlustrechnung und sonstiges Ergebnis“ geändert.

Derzeit hängt die Bewertung latenter Steuern gemäß IAS 12 auf Vermögenswerte davon ab, ob der Buchwert eines Vermögenswerts durch Nutzung oder durch Veräußerung realisiert wird. Dieser Bereich wird durch die Einführung einer widerlegbaren Annahme neu gestaltet. Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass die Realisierung des Buchwertes durch Veräußerung erfolgt, sofern dem Unternehmen keine eindeutigen Hinweise für eine anderweitige Realisierung vorliegen.

In der neuen Fassung von IAS 19 werden die Finanzierungsaufwendungen auf Nettobasis ermittelt. Die Korridormethode ist nicht mehr zulässig. Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste sind statt in der Gewinn- und Verlustrechnung über das sonstige Ergebnis direkt im Eigenkapital zu erfassen.

Die neu angewendeten Standards und Interpretationen hatten bis auf die Änderung des IAS 19 keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss.

2.2.2 Neu herausgegebene, nicht vorzeitig angewandte bzw. noch nicht von der EU übernommene Rechnungslegungsvorschriften

Das IASB hat neue bzw. überarbeitete Standards verabschiedet, die erst ab dem 1. Juli 2013 oder später verpflichtend anzuwenden sind. Die Anwendungen dieser Standards setzt die zum Teil noch ausstehende Anerkennung durch die Europäische Union voraus. Im Einzelnen handelt es sich dabei um folgende IFRS/IAS:

Standard	Status	Anzuwenden ab
AIP		
2009-2011 Änderung diverser Standards	geändert	1.1.2013
IAS 27 Einzelabschlüsse	geändert	1.1.2014
IAS 28 Anteile an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen	geändert	1.1.2014
IAS 32 Saldierung finanzieller Vermögenswerte und finanzieller Verbindlichkeiten	geändert	1.1.2014
IFRS 7 Finanzinstrumente: Angaben – Saldierung finanzieller Vermögenswerte und finanzieller Verbindlichkeiten	geändert	1.1.2015
IFRS 9 Finanzinstrumente	neu	1.1.2015
IFRS 10 Konzernabschlüsse	neu	1.1.2014
IFRS 11 Gemeinschaftliche Vereinbarungen	neu	1.1.2014
IFRS 12 Angaben zu Anteilen an Unternehmen	neu	1.1.2014
IFRS 13 Bewertung zum beizulegenden Zeitwert	neu	1.1.2013

Sämtliche Änderungen durch das jährliche Verbesserungsverfahren 2009-2011 sind erstmals verpflichtend anzuwenden für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2013 beginnen.

Diese Änderungen betreffen im Einzelnen folgende Verlautbarungen:

- IFRS 1 Erstmalige Anwendung der International Financial Reporting Standards
- IAS 1 Darstellung des Abschlusses
- IAS 16 Sachanlagen
- IAS 32 Finanzinstrumente: Darstellung
- IAS 34 Zwischenberichterstattung

IAS 27 beinhaltet alle verbliebenen Vorschriften zu Einzelabschlüssen, nachdem die Vorschriften zur Beherrschung in IFRS 10 übernommen wurden. IAS 28 beinhaltet die Vorschriften zu gemeinschaftlich geführten Unternehmen sowie assoziierten Unternehmen, die nach der Veröffentlichung von IFRS 11 durch die EU at equity bewertet werden.

Die Klarstellung in IAS 32 wurde bereits im Geschäftsjahr 2011/2012 beim Erwerb von Minderheiten berücksichtigt. Aus den weiteren Standards haben sich keine Auswirkungen ergeben.

Die Änderungen in IFRS 7 beinhalten umfangreichere Angaben zu Finanzinstrumenten, die im Zusammenhang mit bestimmten Aufrechnungsvereinbarungen stehen. Die Offenlegung ist unabhängig davon, ob die Aufrechnungsvereinbarung tatsächlich zu einer Aufrechnung der betroffenen finanziellen Vermögenswerte und Schulden geführt hat. Ebenfalls müssen qualitative Beschreibungen und quantitative Angaben der Aufrechnungsansprüche gemacht werden. Die Änderungen sind ebenfalls für das Vergleichsjahr anzuwenden.

Die Änderungen in IFRS 9 umfassen eine Neuklassifizierung und Bewertung von Finanzinstrumenten. Es ist der erste Schritt, um IAS 39 zu ersetzen, und ändert die bisherigen Vorschriften zur Kategorisierung und Bewertung von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten grundlegend. Der Standard umfasst zukünftig nur noch zwei anstatt bisher vier Bewertungskategorien für finanzielle Vermögenswerte. Dies sind die Bewertung zum beizulegenden Zeitwert oder die Bewertung zu fortgeführten Anschaffungskosten. Kriterien für eine Bewertung zu fortgeführten Anschaffungskosten sind das planmäßige Halten des finanziellen Vermögenswertes zur Vereinnahmung der vertraglichen Zahlungsströme sowie Vertragsbedingungen, die Tilgungs- und Zinszahlungen auf ausstehende Rückzahlungsbeträge an bestimmten vereinbarten Zeitpunkten vorsehen. Werden diese beiden Kriterien nicht erfüllt, sind die Finanzinstrumente mit dem beizulegenden Zeitwert zu bewerten.

Aufgrund der Verschiebung des Erstanwenderzeitpunktes auf den 1. Januar 2015 und der noch fehlenden Empfehlung zur Übernahme durch die EU hat die Marseille-Kliniken AG noch keine detaillierte Prüfung der möglichen Auswirkungen des IFRS 9 vorgenommen.

Mit IFRS 10 wird ein einheitliches Konsolidierungsmodell für sämtliche Unternehmen eingeführt, welches auf die Beherrschung des Tochterunternehmens durch das Mutterunternehmen abstellt. IFRS 10 ändert die Definition der Beherrschung dahingehend, dass nun zur Ermittlung eines Beherrschungsverhältnisses auf alle Unternehmen die gleichen Kriterien Anwendung finden. Beherrschung setzt künftig eine Verfügungsgewalt und variable Rückflüsse voraus. Die Verfügungsgewalt ist die Möglichkeit, Aktivitäten des Beteiligungsunternehmens zu lenken, die wesentlichen Einfluss auf die variablen Rückflüsse haben. In IFRS 10 enthaltene Beispiele zeigen, dass eine Beherrschung eines Beteiligungsunternehmens auch vorliegen kann, wenn weniger als 50 % der Anteile gehalten werden.

IFRS 11 definiert eine gemeinschaftliche Vereinbarung als eine über einen Vertrag geregelte gemeinschaftliche Kontrolle von zwei oder mehr

Partnerunternehmen. Gemeinschaftsunternehmen werden zukünftig nach der Equity-Methode in Übereinstimmung mit dem geänderten IAS 28 bilanziert; eine Einbeziehung mittels der Quotenkonsolidierung ist nicht mehr gestattet.

Der neue IFRS 12 wird die überarbeiteten Angabepflichten zu IAS 27/IFRS 10, IAS 31/IFRS 11 und IAS 28 in einem Standard zusammenführen. Unternehmen müssen gemäß IFRS 12 Angaben machen, die es dem Abschlussadressaten ermöglichen, Art, Risiken und finanzielle Auswirkungen zu beurteilen, die mit dem Engagement des Unternehmens bei Tochterunternehmen, assoziierten Unternehmen, gemeinschaftlichen Vereinbarungen sowie Zweckgesellschaften verbunden sind. Dies sind u. a. wesentliche Ermessensentscheidungen und Annahmen, die bei der Klassifizierung eines Unternehmens getroffen wurden, um zu entscheiden, ob es ein anderes Unternehmen beherrscht, gemeinschaftlich beherrscht oder es einen wesentlichen Einfluss auf ein anderes Unternehmen ausübt.

Des Weiteren sind Angaben zu Anteilen an Tochter-, gemeinschaftlichen und assoziierten Unternehmen sowie zu Zweckgesellschaften zu machen.

Im neuen Standard IFRS 13 wird beschrieben, wie der beizulegende Zeitwert zu definieren ist. Dies ist der Preis, den unabhängige Marktteilnehmer unter marktüblichen Bedingungen zum Bewertungsstichtag bei Verkauf eines Vermögenswertes realisieren bzw. bei einer Übertragung einer Verbindlichkeit zahlen würden. Des Weiteren sind zusätzliche Angaben zu machen wie hinsichtlich der Bewertung vorgegangen wird und welche Angaben zu machen sind.

Aufgrund der Verschiebung des Erstanwendungszeitpunktes für IFRS 10, 11, 12 auf den 1. Januar 2014 hat die Marseille-Kliniken AG noch keine detaillierte Prüfung der möglichen Auswirkungen durch IFRS 10, 11, 12 vorgenommen.

Soweit eine Prüfung möglicher Auswirkungen auf den IFRS-Konzernabschluss bereits erfolgen konnte, konnte bis auf umfangreichere Anhangangaben keine wesentlichen Auswirkungen auf den IFRS-Konzernabschluss festgestellt werden. Weitere neue Standards bzw. Interpretationen, wie z. B. der IFRIC 20, werden aufgrund ihrer offensichtlich unwesentlichen Auswirkung auf den IFRS Konzernabschluss der Marseille-Kliniken AG hier nicht näher erläutert.

Von der Möglichkeit, vom IASB bereits verabschiedete Standards vorzeitig anzuwenden, wurde abgesehen von IAS 19 (revised) kein Gebrauch gemacht. Eine frühere Anwendung hätte nach aktueller Einschätzung keine wesentlichen Auswirkungen auf die aktuelle Vermögens-, Finanz- und Ertragslage gehabt. Gleiches gilt für die künftige Anwendung.

2.3 Wesentliche Ermessensentscheidungen und Schätzungen

Die Aufstellung des Konzernabschlusses nach IFRS erfordert, dass in einem bestimmten Umfang Annahmen und Schätzungen getroffen werden, die sich auf den Wertansatz der Vermögenswerte, Schulden und Eventualschulden sowie die bilanzierten Erträge und Aufwendungen auswirken. Diese Annahmen und Schätzungen beziehen sich unter anderem auf die Bilanzierung und Bewertung

- von Geschäfts- oder Firmenwerten,
- von Anlagevermögen, insbesondere die Werthaltigkeit von Stillstandsimmobilen,
- von Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen,
- von aktiven latenten Steuern, insbesondere auf Verlustvorträge.

Danach werden Annahmen und Schätzungen bei der Festlegung der Nutzungsdauer von Vermögenswerten des Anlagevermögens (inkl. Stillstandsimmobilen), bei der Ermittlung abgezinster Cashflows im Rahmen von Werthaltigkeitstests und bei der Bildung von Rückstellungen, beispielsweise für Rechtstreitigkeiten und Steuern, getroffen.

Die Bewertung der Stillstandsimmobilen erfolgte zu fortgeführten Anschaffungskosten, soweit nicht eine Abwertung auf den gesunkenen Zeitwert erforderlich war.

Schätzungen beruhen auf Erfahrungswerten und anderen Annahmen, die unter den gegebenen Umständen als angemessen erachtet werden. Sie werden laufend überprüft, können aber von den tatsächlichen Werten abweichen.

Der Konzern überprüft mindestens einmal jährlich, ob ein Geschäfts- oder Firmenwert wertgemindert ist. Dies erfordert eine Schätzung der Nutzungswerte der Zahlungsmittel generierenden Einheiten, denen der Geschäfts- oder Firmenwert zugeordnet ist. Zur Schätzung der Nutzungswerte muss die Unternehmensleitung die voraussichtlichen künftigen Cashflows der Zahlungsmittel generierenden Einheit schätzen und darüber hinaus einen angemessenen Abzinsungssatz wählen, um den Barwert dieser Cashflows zu ermitteln. Der Buchwert der Geschäfts- oder Firmenwerte beträgt zum 30. Juni 2013 T€ 27.167 (Vorjahr: T€ 27.345). Weitere Einzelheiten sind unter „Geschäfts- oder Firmenwerte“ im Erläuterungsteil zur Bilanz dargestellt.

Die Festlegung der wirtschaftlichen Nutzungsdauer der Vermögenswerte des übrigen Sachanlagevermögens basiert ebenso auf Annahmen wie der Restwert dieser Gegenstände am Ende der Nutzungsdauer. Diesen Einschätzungen lagen im Wesentlichen externe Quellen zugrunde. Ebenso wurden Einschätzungen über den erzielbaren Betrag nach IAS 36 vorgenommen, wobei hinsichtlich der Bewertung von Grundstücken und Gebäuden in einigen Fällen externe Gutachten zugrunde gelegt wurden.

Die Bewertung der Pensionsverpflichtungen wird anhand von versicherungsmathematischen Gutachten ermittelt. Die versicherungsmathematische Bewertung erfolgt auf der Grundlage von Annahmen in Bezug auf Abzinsungssätze, erwartete Erträge aus Planvermögen, künftige Lohn- und Gehaltssteigerungen, Sterblichkeit und künftige Rentensteigerungen. Entsprechend der langfristigen Ausrichtung dieser Pläne unterliegen solche Schätzungen wesentlichen Unsicherheiten.

Weiterhin liegen den Wertberichtigungen auf Forderungen, den aktiven latenten Steuern auf Verlustvorträge sowie der Bewertung der kurzfristigen Rückstellungen Annahmen und Schätzungen des Managements zugrunde, die auf zuletzt verfügbaren Informationen beruhen.

Sämtliche Annahmen basieren auf den Verhältnissen und Einschätzungen zum Bilanzstichtag. Zudem wurde hinsichtlich der erwarteten künftigen Geschäftsentwicklung die zu diesem Zeitpunkt als realistisch unterstellte zukünftige Entwicklung des wirtschaftlichen Umfelds in der Branche und in den Regionen, in denen der Konzern tätig ist, berücksichtigt. Durch von den Annahmen abweichende Entwicklungen dieser Rahmenbedingungen können sich die tatsächlichen Beträge von den Schätzwerten unterscheiden. In solchen Fällen werden die Annahmen und, falls erforderlich, die Buchwerte der betroffenen Vermögenswerte und Schulden gegebenenfalls entsprechend angepasst.

2.4 Zusammenfassung wesentlicher Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Für die Aufstellung des Konzernabschlusses der Marseille-Kliniken AG sind die nachfolgend beschriebenen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden maßgebend:

Die immateriellen Vermögenswerte werden mit den Anschaffungskosten oder Herstellungskosten bewertet. Die immateriellen Vermögenswerte werden mit Ausnahme der Geschäfts- oder Firmenwerte planmäßig über Nutzungsdauern von drei bis dreißig Jahren abgeschrieben. Zinsen für Fremdkapital werden bisher nicht in die Herstellungskosten einbezogen.

Entwicklungskosten werden als selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte erfasst, wenn der Vermögenswert mit hinreichender Wahrscheinlichkeit zu künftigen Finanzmittelzuflüssen führt, die zurechenbaren Aufwendungen zuverlässig ermittelt werden können und die technische und wirtschaftliche Realisierbarkeit nachgewiesen ist. Dies ist in der Regel dann der Fall, wenn ein Entwicklungsprojekt einen bestimmten Meilenstein in einem bestehenden Projektmanagementmodell erreicht hat.

Der Konzern beurteilt an jedem Bilanzstichtag, ob Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass ein immaterieller Vermögenswert wertgemindert sein könnte. Ist eine Wertminderung gegeben, werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen.

Die Geschäfts- oder Firmenwerte werden zu Anschaffungskosten, ggf. unter Berücksichtigung von Wertminderungen, bilanziert. Gemäß IFRS 3 in Verbindung mit IAS 36 erfolgt keine planmäßige Abschreibung dieser Vermögenswerte.

Zur Beurteilung von Wertminderungen werden jährlich jeweils zum 30. Juni Werthaltigkeitstests für die Geschäfts- oder Firmenwerte auf Ebene der Zahlungsmittel generierenden Einheiten durchgeführt, um notwendige außerplanmäßige Wertberichtigungen gemäß IAS 36 zu identifizieren. Die Überprüfung der Werthaltigkeit der Geschäfts- oder Firmenwerte erfolgt darüber hinaus, sofern eingetretene Ereignisse es erfordern. Eine Wertminderung wird auf der Grundlage des erzielbaren Betrags der Zahlungsmittel generierenden Einheit, auf die sich der Geschäfts- oder Firmenwert bezieht, bestimmt. Liegt der erzielbare Betrag der Zahlungsmittel generierenden Einheit unter ihrem Buchwert, wird ein Wertminderungsaufwand erfasst. Dabei stellt der erzielbare Betrag den höheren der beiden Werte aus Nettoveräußerungswert und dem Barwert der geschätzten Mittelzuflüsse (Nutzungswert) dar. Zur Schätzung des Nutzungswerts nach IAS 36 werden die voraussichtlichen zukünftigen Cashflows aus der Zahlungsmittel generierenden Einheit geschätzt und mit einem angemessenen Zinssatz abgezinst, um den Barwert dieser Cashflows zu ermitteln. Bei der Bestimmung des Nutzungswertes einer Zahlungsmittel generierenden Einheit wurde bei einem festen Planungszeitraum von 5 Jahren unterstellt, dass das letzte Planungsjahr auch dem Jahr der ewigen Rente entspricht, da davon ausgegangen wird, dass das Bewertungsobjekt einer längeren Nutzung unterliegt.

Das gesamte Sachanlagevermögen wird nach der Anschaffungskostenmethode zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten abzüglich kumulierter Abschreibungen und kumulierter Wertminderungsaufwendungen angesetzt. In die Herstellungskosten der selbst erstellten Anlagen werden neben den direkt zurechenbaren Kosten auch anteilige Gemeinkosten und Abschreibungen einbezogen. Fremdkapitalkosten

werden gemäß IAS 23 nur dann aktiviert, wenn sie direkt zurechenbar im Zusammenhang mit der Finanzierung der Anschaffung oder Herstellung eines qualifizierten Vermögenswertes anfallen. Ein qualifizierter Vermögenswert liegt vor, wenn seine Herstellung bis zur Versetzung in einen gebrauchsfertigen Zustand einen beträchtlichen Zeitraum erfordert. Alle anderen Fremdkapitalkosten werden als Aufwand in der Periode erfasst, in der sie anfallen. Reparatur- und Instandhaltungskosten werden im Zeitpunkt ihrer Entstehung als Aufwand verbucht. Die Abschreibungen werden linear über die voraussichtliche geschätzte Nutzungsdauer der Vermögenswerte vorgenommen.

Die lineare Abschreibung bei Gebäuden erfolgt im Wesentlichen über eine Nutzungsdauer von 50 Jahren. Technische Anlagen und Maschinen werden im Wesentlichen über eine Nutzungsdauer von 5 bis 20 Jahren, andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung im Wesentlichen über einen Zeitraum von 3 bis 15 Jahren abgeschrieben. Die Abschreibungen werden über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer unter Anwendung der linearen Abschreibungsmethode vorgenommen. Die Gebäude werden entsprechend der Definition von IAS 16.6 auf einen Restwert abgeschrieben, der sich auf 10 % der Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten beläuft. Dem Konzern liegen keine Hinweise vor, die zu einer Änderung des erwarteten Restwertes führen.

Die Buchwerte des Sachanlagevermögens werden bei Vorliegen von Anzeichen auf Wertminderungen geprüft und gegebenenfalls angepasst. Vorgenommene außerplanmäßige Abschreibungen werden bei Wegfall des Grundes der zur außerplanmäßigen Abschreibung geführt hat, durch Zuschreibungen – maximal auf die Höhe der fortgeführten Anschaffungskosten – eliminiert.

Auf der Basis von Leasingverträgen genutzte Sachanlagen werden gemäß IAS 17 aktiviert und abgeschrieben, wenn die Voraussetzungen des Finanzierungsleasings erfüllt sind. Leasingverhältnisse werden nach IAS 17 als **Finanzierungsleasing** klassifiziert, wenn durch die Leasingbedingungen im Wesentlichen alle mit dem Eigentum verbundenen Risiken und Chancen auf den Leasingnehmer übertragen werden. Hiervon wird ausgegangen, wenn der Barwert der Mindestleasingzahlungen im Wesentlichen mindestens dem beizulegenden Zeitwert des Leasinggegenstandes entspricht. Als unterste Grenze werden hierfür 90 % des beizulegenden Zeitwertes angesehen. Im Rahmen von Finanzierungsleasing gehaltene Vermögenswerte haben eine Laufzeit bis zu fünf Jahren und werden mit ihren beizulegenden Zeitwerten oder mit dem Barwert der Mindestleasingzahlungen zu Beginn des Leasingverhältnisses bewertet, falls dieser niedriger ist. Die Abschreibungsmethoden und Nutzungsdauern entsprechen denen vergleichbarer erworbener Vermögensgegenstände. Die entsprechende Verbindlichkeit gegenüber dem Leasinggeber wird in der Bilanz als Verpflichtung aus Finanzierungsleasing erfasst. Die Leasingzahlungen werden so auf Zinsaufwendungen und Tilgung der Leasingverpflichtung aufgeteilt, dass eine konstante Verzinsung der verbleibenden Verbindlichkeit erzielt wird. Zinsaufwendungen werden erfolgswirksam erfasst. Der Tilgungsanteil wird erfolgsneutral gegen die Verbindlichkeit verrechnet.

Die Gebäude in Herrenalb und Ortenau werden langfristig vermietet. Gemäß IAS 17 werden diese Leasingverhältnisse als Finanzierungsleasing qualifiziert.

Alle anderen Leasingverhältnisse werden als **Operating-Leasingverhältnis** klassifiziert. Mietzahlungen aus Operating-Leasingverhältnissen werden grundsätzlich linear über die Laufzeit des entsprechenden Leasingvertrags erfolgswirksam erfasst.

Die **finanziellen Vermögenswerte** setzen sich aus begebenen Krediten und Forderungen, erworbenen Eigenkapital- und Schuldtiteln, Zahlungsmitteln bzw. Zahlungsmitteläquivalenten und Derivaten mit positiven beizulegenden Zeitwerten zusammen.

Die Bilanzierung und Bewertung der finanziellen Vermögenswerte erfolgt nach IAS 39. Demnach werden finanzielle Vermögenswerte in der Konzernbilanz angesetzt, wenn dem Konzern ein vertragliches Recht zusteht, Zahlungsmittel oder andere finanzielle Vermögenswerte von einer anderen Partei zu erhalten. Marktübliche Käufe und Verkäufe von finanziellen Vermögenswerten werden grundsätzlich zum Erfüllungstag bilanziert. Der erstmalige Ansatz eines finanziellen Vermögenswerts erfolgt zum beizulegenden Zeitwert zuzüglich der Transaktionskosten. Transaktionskosten, die beim Erwerb von erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten anfallen, werden unmittelbar aufwandswirksam erfasst. Unverzinsliche oder unterverzinsliche Forderungen werden bei ihrem erstmaligen Ansatz mit dem Barwert der erwarteten zukünftigen Cashflows angesetzt. Die Folgebewertung erfolgt gemäß der Zuordnung der finanziellen Vermögenswerte zu den nachstehenden Kategorien:

Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte umfassen die zu Handelszwecken gehaltenen finanziellen Vermögenswerte. Dieser Bewertungskategorie werden die in den sonstigen Vermögenswerten enthaltenen Forderungen aus Waren-termingeschäften und Forderungen aus sonstigen derivativen Finanzinstrumenten zugeordnet, soweit kein Hedge Accounting angewendet wird. Darüber hinaus sind die unter den langfristigen Vermögenswerten ausgewiesenen Aktivwerte aus Rückdeckungsversicherungen dieser Kategorie zugeordnet. Änderungen des beizulegenden Zeitwerts finanzieller Vermögenswerte dieser Kategorie werden zum Zeitpunkt der Wertsteigerung bzw. Wertminderung erfolgswirksam erfasst.

Kredite und Forderungen sind nicht derivative finanzielle Vermögenswerte, die nicht auf einem aktiven Markt notiert sind. Kredite und Forderungen werden mit den fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Dieser Bewertungskategorie werden die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, die in den sonstigen Vermögenswerten enthaltenen finanziellen Forderungen sowie die unter den langfristigen Vermögenswerten ausgewiesenen Ausleihungen zugeordnet. Der Zinsertrag aus Positionen dieser Kategorie wird unter Anwendung der Effektivzinsmethode ermittelt, soweit es sich nicht um kurzfristige Forderungen handelt und der Effekt aus der Aufzinsung unwesentlich ist.

Bis zur Endfälligkeit zu haltende Finanzinvestitionen sind nicht derivative finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmaren Zahlungen und einer festen Laufzeit, über die sie gehalten werden. Diese werden unter Anwendung der Effektivzinsmethode mit den fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Zum Bilanzstichtag hat der Konzern keine finanziellen Vermögenswerte dieser Kategorie zugeordnet.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte umfassen diejenigen nicht derivativen finanziellen Vermögenswerte, die nicht einer der zuvor genannten Kategorien zugeordnet wurden. Dies sind insbesondere mit dem beizulegenden Zeitwert bewertete Eigenkapitaltitel und nicht bis zur Endfälligkeit zu haltende Schuldtitel, welche in den sonstigen finanziellen Vermögenswerten enthalten sind. Änderungen des beizulegenden Zeitwerts von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten werden erfolgsneutral im Eigenkapital abgegrenzt und erst bei Veräußerung oder Wertminderung erfolgswirksam erfasst. In Fällen, in denen der Marktwert von Eigenkapital-

und Schuldtiteln bestimmt werden kann, wird dieser als beizulegender Zeitwert angesetzt. Existiert kein notierter Marktpreis und kann keine verlässliche Schätzung des beizulegenden Zeitwerts vorgenommen werden, werden diese finanziellen Vermögenswerte zu Anschaffungskosten abzüglich Wertminderungsaufwendungen erfasst.

Liegen bei finanziellen Vermögenswerten der Kategorien Kredite und Forderungen, bis zur Endfälligkeit zu haltende Finanzinvestitionen und zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, objektive und substantielle Anzeichen für eine Wertminderung vor, erfolgt eine Prüfung, ob der Buchwert den Barwert der erwarteten künftigen Zahlungsmittelflüsse, die mit der aktuellen Marktrendite eines vergleichbaren finanziellen Vermögenswerts abgezinst werden, übersteigt. Sollte dies der Fall sein, wird eine Wertberichtigung in Höhe der Differenz vorgenommen. Hinweise auf Wertminderung sind u.a. ein mehrjähriger operativer Verlust einer Gesellschaft, eine Minderung des Marktwerts, eine wesentliche Verschlechterung der Bonität, eine besondere Vertragsverletzung, die hohe Wahrscheinlichkeit einer Insolvenz oder einer anderen Form der finanziellen Restrukturierung des Schuldners oder das Verschwinden eines aktiven Markts. Bei Wegfall der Gründe für zuvor vorgenommene außerplanmäßige Abschreibungen werden entsprechende Zuschreibungen, nicht jedoch über die fortgeführten Anschaffungskosten hinaus, getätigt. Lediglich auf zur Veräußerung verfügbare Eigenkapitaltitel werden keine Zuschreibungen vorgenommen.

Finanzielle Vermögenswerte werden ausgebucht, wenn die vertraglichen Rechte auf Zahlungen aus den finanziellen Vermögenswerten nicht mehr bestehen oder die finanziellen Vermögenswerte mit allen wesentlichen Risiken und Chancen übertragen werden. Der Umgang mit Finanz- und Rohstoffpreissrisiken sowie insbesondere die Bilanzierung von derivativen Finanzinstrumenten und Sicherungsbeziehungen mit derivativen Finanzinstrumenten werden unter den Ausführungen zum „Management von Finanzrisiken“ näher erläutert.

Die Anteile an einem **assoziierten Unternehmen** werden nach der Equity-Methode oder bei Unwesentlichkeit zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Ein assoziiertes Unternehmen ist ein Unternehmen, bei welchem der Konzern über maßgeblichen Einfluss verfügt und die Beteiligungshöhe in der Regel zwischen 20 % und 50 % liegt.

Nach der Equity-Methode werden die Anteile an einem assoziierten Unternehmen in der Bilanz zu Anschaffungskosten zuzüglich der nach dem Erwerb eingetretenen Änderungen des Anteils des Konzerns am Reinvermögen des assoziierten Unternehmens erfasst. Der mit dem assoziierten Unternehmen verbundene Geschäfts- oder Firmenwert ist im Buchwert des Anteils enthalten und wird weder planmäßig abgeschrieben, noch einem gesonderten Wertminderungstest unterzogen.

Nach Anwendung der Equity-Methode ermittelt der Konzern, ob es erforderlich ist, einen zusätzlichen Wertminderungsaufwand für die Anteile des Konzerns an assoziierten Unternehmen zu erfassen. Der Konzern ermittelt an jedem Bilanzstichtag, ob objektive Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass der Wert des Anteils an einem assoziierten Unternehmen erhöht bzw. vermindert sein könnte. Ist dies der Fall, so wird die Differenz zwischen dem erzielbaren Betrag des Anteils am assoziierten Unternehmen und dem Buchwert des Anteils als Ertrag bzw. Wertminderungsaufwand erfolgswirksam erfasst.

Unter den **Vorräten** werden gemäß IAS 2 diejenigen Vermögenswerte ausgewiesen, die zum Verkauf im normalen Geschäftsgang gehalten werden (Waren und in Veräußerungsabsicht erworbene sonstige Vermögenswerte) oder die im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen verbraucht werden (Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe). Die Bewertung der Vorräte erfolgt zum niedrigeren Wert aus auf Basis der Durchschnittsmethode (gewichteter Durchschnitt) ermittelten Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten und ihrem Nettoveräußerungswert, d. h. dem im normalen Geschäftsgang erzielbaren Verkaufserlös abzüglich der geschätzten Fertigstellungs- und Vertriebskosten. Abwertungen werden bei gesunkenem Nettoveräußerungswert am Bilanzstichtag vorgenommen. Die Herstellungskosten umfassen insbesondere Löhne und Gehälter sowie sonstige Kosten des Personals, die unmittelbar für die Leistungserbringung eingesetzt werden (IAS 2.19), alle direkt zurechenbaren Material- und Fertigungseinzelkosten sowie Material- und Fertigungsgemeinkosten. Kosten der allgemeinen Verwaltung und Vertriebskosten sind in den Vorräten nicht enthalten.

Die sonstigen **Forderungen und Vermögenswerte** sind zu Nennbeträgen abzüglich Einzelwertberichtigungen angesetzt. Einzelwertberichtigungen werden insbesondere vorgenommen auf Forderungen, deren Ausfall droht. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände werden ausgebucht, wenn mit einer Zahlung nicht mehr gerechnet wird.

Liquide Mittel (Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente) umfassen den Kassenbestand, Bankguthaben und kurzfristige Einlagen mit ursprünglichen Fälligkeiten von weniger als drei Monaten und werden mit ihren Nennwerten bewertet.

Eigene Anteile werden vom Eigenkapital abgezogen. Ein Kauf oder Verkauf sowie die Ausgabe oder Einziehung von eigenen Anteilen wird ergebnisneutral dargestellt. Alle erhaltenen bzw. hingegebenen Gegenleistungen werden direkt im Eigenkapital erfasst.

Zur Veräußerung bestimmte langfristige Vermögenswerte werden als solche klassifiziert und gesondert in der Bilanz ausgewiesen, wenn der zugehörige Buchwert mit hoher Wahrscheinlichkeit durch ein Veräußerungsgeschäft innerhalb von 12 Monaten und nicht durch fortgesetzte Nutzung realisiert wird. Diese Vermögenswerte werden mit ihrem Buchwert oder mit dem niedrigeren beizulegenden Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten bewertet und nicht mehr planmäßig abgeschrieben. Wertminderungen werden erfolgswirksam vorgenommen, falls der beizulegende Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten unterhalb des Buchwerts liegt. Etwaige Zuschreibungen aufgrund der Erhöhung des beizulegenden Zeitwertes abzüglich Veräußerungskosten sind auf die für die jeweiligen Vermögenswerte zuvor erfassten Wertminderungen begrenzt.

Rückstellungen für Pensionen werden für Leistungszusagen auf Altersversorgung gemäß IAS 19 gebildet und nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren bewertet. Dabei werden nicht nur die am Stichtag bekannten Renten und erworbenen Anwartschaften, sondern auch künftig zu erwartende Steigerungen von Gehältern und Renten berücksichtigt.

Für einige Mitarbeiter wird für die Zeit nach der Pensionierung durch den Konzern direkt oder durch Zahlungen unseres Versorgungswerks Vorsorge getroffen. Die Verpflichtungen umfassen sowohl solche als bereits laufenden Pensionen als auch aus Anwartschaften auf künftig zu zahlende Pensionen. Die betriebliche Altersversorgung erfolgt im Konzern überwiegend beitragsorientiert. Bei den beitragsorientierten Altersversorgungssystemen zahlt das Unternehmen aufgrund gesetzlicher oder vertraglicher Bestimmungen bzw. auf freiwilliger Basis Beiträge an staatliche oder private Rentenversicherungsträger. Mit Zahlung der Beiträge bestehen für das Unternehmen keine weiteren Leistungsverpflichtungen. Die laufenden Beitragszahlungen sind als Aufwand des jeweiligen Jahres ausgewiesen. Alle übrigen Altersversorgungssysteme sind leistungsorientiert. Im Rahmen der Bilanzierung der leistungsorientierten Pensionspläne im Konzernabschluss wird die Zinskomponente in den übrigen finanziellen Aufwendungen und Erträgen im Finanzergebnis ausgewiesen. Alle übrigen Aufwendungen und Erträge aus den Pensionsverpflichtungen werden per Saldo im operativen Ergebnis erfasst. Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste aus leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen sowie Kürzungsbeträge aus der Berücksichtigung der Obergrenze für Vermögenswerte werden vollständig außerhalb der Gewinn- und Verlustrechnung über das sonstige Ergebnis direkt im Eigenkapital ausgewiesen.

Die unter dynamischen Gesichtspunkten nach Eintritt des Versorgungsfalles zu erwartenden Versorgungsleistungen werden über die gesamte Beschäftigungszeit der Mitarbeiter verteilt, wobei auch zukünftige Einkommensänderungen berücksichtigt wurden. Für alle Verpflichtungen werden jährlich umfassende versicherungsmathematische Berechnungen zum Bilanzstichtag erstellt.

Die erwarteten zukünftigen Mittelabflüsse werden abgezinst, um die Pensions- und ähnlichen Verpflichtungen mit ihrem Barwert zum Bilanzstichtag anzusetzen. Der Abzinsungssatz, der zur Diskontierung der Pensions- und ähnlichen Verpflichtungen herangezogen wird, orientiert sich an Stichtagsrenditen.

Die tatsächlich zukünftig entstehenden Aufwendungen und Verpflichtungen können aufgrund veränderter Markt- und Wirtschaftsbedingungen wesentlich von den Schätzungen abweichen, die auf der Basis versicherungsmathematischer Annahmen getroffen worden sind.

Rückstellungen werden gebildet, soweit eine aus einem vergangenen Ereignis resultierende gesetzliche oder faktische Verpflichtung gegenüber einem Dritten besteht, die künftig wahrscheinlich zu einem Vermögensabfluss führt, und sich diese Vermögensbelastung zuverlässig schätzen lässt. Die Rückstellungen werden für alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten in Höhe ihres wahrscheinlichen Eintritts berücksichtigt und nicht mit Rückgriffsansprüchen verrechnet. Der Aufwand zur Bildung von Rückstellungen wird in der Gewinn- und Verlustrechnung nach Abzug von Erstattungen ausgewiesen.

Die **finanziellen Verbindlichkeiten** setzen sich aus originären Verbindlichkeiten und den negativen beizulegenden Zeitwerten derivativer Finanzinstrumente zusammen. Originäre Verbindlichkeiten werden in der Konzernbilanz angesetzt, wenn der Konzern eine vertragliche Pflicht hat, Zahlungsmittel oder andere finanzielle Vermögenswerte auf eine andere Partei zu übertragen. Der erstmalige Ansatz einer originären Verbindlichkeit erfolgt zum beizulegenden Zeitwert der erhaltenen Gegenleistung bzw. zum Wert der erhaltenen Zahlungsmittel abzüglich ggf. angefallener Transaktionskosten. Die Folgebewertung erfolgt bei den Verbindlichkeiten zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Anwendung der Effektivzinsmethode. Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing wurden mit dem Barwert der Mindest-Leasingzahlungen ausgewiesen.



Derivative Finanzinstrumente werden erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet, soweit kein Hedge Accounting angewendet wird. Die Änderung des Marktwertes (Fair Value) von derivativen Finanzinstrumenten, die der Absicherung zukünftiger Zahlungsströme dienen (Cashflow Hedges), wird erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst und nur bei der Realisierung des Zahlungsstromes erfolgswirksam berücksichtigt. Die negativen beizulegenden Zeitwerte von derivativen Finanzinstrumenten sind Teil der Finanzverbindlichkeiten. Die Bilanzierung von derivativen Finanzinstrumenten und Sicherungsbeziehungen mit derivativen Finanzinstrumenten werden unter den Ausführungen zum ‚Management von Finanzrisiken‘ näher erläutert. Finanzielle Verbindlichkeiten werden ausgebucht, wenn die vertraglichen Verpflichtungen beglichen, aufgehoben oder ausgelaufen sind. Bei der Ermittlung des Zeitwertes wird soweit möglich Bezug genommen auf öffentlich notierte Marktpreise auf einem aktiven Markt.

Bei der erstmaligen Erfassung von **verzinslichen Darlehen** werden diese mit dem beizulegenden Zeitwert der erhaltenen Gegenleistung abzüglich ggf. angefallener Transaktionskosten angesetzt. Anschließend werden die verzinslichen Darlehen unter Anwendung der Effektivzinsmethode zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Fremdkapitalkosten werden direkt in der Periode als Aufwand erfasst, in der sie angefallen sind. Gewinne und Verluste werden gemäß IAS 39.56 erfolgswirksam erfasst, wenn die Schulden ausgebucht werden sowie im Rahmen von Amortisationen.

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und sonstige lang- und kurzfristige Verbindlichkeiten werden mit ihren Rückzahlungsbeträgen bewertet.

Zuwendungen der öffentlichen Hand (IAS 20) werden erfasst, wenn eine hinreichende Sicherheit dafür besteht, dass die Zuwendungen gewährt werden und das Unternehmen die damit verbundenen Bedingungen erfüllt. Aufwandsbezogene Zuwendungen werden planmäßig als Ertrag über den Zeitraum erfasst, der erforderlich ist, um sie mit den entsprechenden Aufwendungen, die sie kompensieren sollen, zu verrechnen. Zuwendungen für einen Vermögenswert werden in der Konzernbilanz als passiver Abgrenzungsposten („Abgegrenzte Investitionszuwendungen“) dargestellt. Dieser passive Abgrenzungsposten wird über die erwartete Nutzungsdauer des betreffenden Vermögenswertes in gleichen jährlichen Raten erfolgswirksam aufgelöst.

Die von Kunden **erhaltenen Anzahlungen** sowie **passive Rechnungsabgrenzungsposten** werden unter den übrigen kurzfristigen Schulden ausgewiesen. Die passiven Rechnungsabgrenzungsposten dienen der periodengerechten Ertragszuordnung von Umsatzerlösen.

Auf temporäre Differenzen zwischen den Buchwerten von Vermögenswerten und Schulden in den nach den jeweiligen Vorschriften aufgestellten Steuerbilanzen werden gemäß IAS 12 aktive bzw. passive **latente Steuern** gebildet. Steuerliche Verlustvorträge bei den einbezogenen Unternehmen führen in dem Umfang zum Ansatz von aktiven latenten Steuern, in dem den jeweiligen Unternehmen innerhalb der nächsten 5 Geschäftsjahre unter aller Voraussicht ein wirtschaftlicher Nutzen im Rahmen der erwarteten steuerlichen Verlustabzüge zufließen wird.

Der Steuersatz für latente Steuern beträgt wie im Vorjahr 15,825 %. In der Konzernbilanz erfolgt eine Verrechnung aktiver und passiver latenter Steuern aufgrund bilanzieller Latenzen je Konzerngesellschaft, soweit die Voraussetzungen hierfür vorliegen.

Die **Gewinn- und Verlustrechnung** wird nach dem Gesamtkostenverfahren gegliedert.

In der Gewinn- und Verlustrechnung werden **Umsatzerlöse bzw. sonstige betriebliche Erträge** aus der Erbringung von Dienstleistungen sowie in geringem Umfang aus dem Verkauf von Waren erfasst, wenn die maßgeblichen Risiken und Chancen an den Kunden übertragen wurden, dem Unternehmen weder ein weiter bestehendes Verfügungsrecht, wie es gewöhnlich mit dem Eigentum verbunden ist, noch eine wirksame Verfügungsmacht über die verkauften Waren verbleibt, die Höhe der Erträge und der angefallenen bzw. noch anfallenden Kosten verlässlich bestimmt werden kann und es hinreichend wahrscheinlich ist, dass dem Unternehmen der wirtschaftliche Nutzen aus dem Geschäft zufließen wird.

Umsatzerlöse werden nach Abzug von Umsatzsteuer sowie nach Abzug von Erlösminderungen ausgewiesen. So werden zum Zeitpunkt der Umsatzrealisierung auch geschätzte Beträge für Rabatte, Kundenkonti und Kundenboni umsatzmindernd erfasst. Schätzungen bezüglich der Erlösminderungen basieren vor allem auf Erfahrungen aus der Vergangenheit, spezifischen Vertragsbedingungen und Erwartungen hinsichtlich der künftigen Umsatzentwicklung. Es ist unwahrscheinlich, dass andere als die angeführten Schätzungsparameter der Erlösminderungen für die Geschäftstätigkeit des Konzerns wesentliche Auswirkungen haben. Die Schwankungsbreite der bilanziellen Vorsorge für Erlösminderungen ist in Bezug auf das ausgewiesene operative Ergebnis unwesentlich.

Betriebliche Aufwendungen werden im Zeitpunkt der Inanspruchnahme der den Aufwendungen zugrunde liegenden Leistung erfasst. Fremdkapitalkosten auf nicht qualifizierte Vermögenswerte werden in der Periode als Aufwand erfasst, in der sie angefallen sind. Ertragsteuern werden gemäß den steuerrechtlichen Bestimmungen der Länder, in denen der Konzern tätig ist, ermittelt.

3. Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Für 42 Gesellschaften wurden mit Wirkung zum Ablauf des 30. Juni 2013 die bestehenden Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge aufgehoben, um diese im Geschäftsjahr 2013/2014 an die geänderte Rechtslage des § 302 AktG (dynamischer Verweis) anzupassen.

Die Aktien der Marseille-Kliniken AG sind seit dem 12. Juli 2013 nicht mehr im regulierten Markt (General Standard) gelistet.

Die im Immobilienkaufvertrag Neuruppin vereinbarten aufschiebenden Bedingungen sind mittlerweile erfüllt, so dass die Immobilie nach dem Stichtag für einen Kaufpreis von € 1,8 Mio. erworben wurde.

Hinsichtlich unserer Einrichtungen Senioren-Wohnpark Meerbusch und Medina Meerbusch ist uns am 12. September 2013 durch den Landrat des Rhein-Kreis Neuss eine Betriebsuntersagungsverfügung mit einer Abwicklungsfrist bis zum 30. November 2013 zugegangen. Die Marseille-Kliniken AG ist gegen die drohende Schließung juristisch umgehend vorgegangen und steht im engen Kontakt mit den Bewohnern, deren Angehörigen und Betreuern sowie der zuständigen Heimaufsicht, um die Situation in den beiden Einrichtungen schnellstmöglich zu verbessern und den exzellenten Ruf, den die Marseille-Kliniken AG im Gesundheitsbereich genießt, wieder herzustellen.



4. Erläuterungen zur Konzernbilanz

4.1 Konzernbilanz – AKTIVA

4.1.1 Immaterielle Vermögenswerte

Die Entwicklung der immateriellen Vermögenswerte im Geschäftsjahr 2012/2013 und im Vorjahr zeigen nachfolgende Tabellen:

Geschäftsjahr 2012/2013

in T€	Anschaffungs- und Herstellungskosten			Buchwerte		
	1.7.2012	Zugänge	Abgänge	30.6.2013	30.6.2013	30.6.2012
Konzessionen	4.866	0	0	4.867	35	118
Software	11.865	34	2	11.897	303	669
Nutzungsrecht (Gestattungsvertrag)	3.572	0	0	3.572	3.215	3.334
Kundenstamm	644	0	0	644	92	276
Geschäfts- oder Firmenwerte	29.188	0	0	29.188	27.167	27.345
In der Entwicklung befindliche Software-Projekte	0	1.594	0	1.594	1.594	0
Summe	50.135	1.628	2	51.762	32.406	31.742

Vorjahr

in T€	Anschaffungs- und Herstellungskosten			Buchwerte		
	1.7.2011	Zugänge	Abgänge	30.6.2012	30.6.2012	30.6.2011
Konzessionen	4.866	0	0	4.866	118	201
Software	11.710	155	0	11.865	669	1.140
Nutzungsrecht (Gestattungsvertrag)	3.572	0	0	3.572	3.334	3.453
Kundenstamm	644	0	0	644	276	460
Geschäfts- oder Firmenwerte	29.188	0	0	29.188	27.345	27.345
Summe	49.980	155	0	50.135	31.742	32.599

Im Geschäftsjahr 2012/2013 wurde der Konzernumbau von einer zentralen Steuerung auf eine dezentrale Organisation weiter vorangetrieben. Hierzu wird ein Steuerungstool für alle Führungsebenen entwickelt, um eine schnellere Steuerung zu ermöglichen sowie um über den aktuellen Stand in wesentlichen Fragen und über wichtige Kennzahlen zu informieren.

Das Gesamtbudget für dieses stichtagsübergreifende Projekt umfasst brutto ca. T€ 2.500. Die bisher entstandenen Aufwendungen von T€ 1.594 werden unter dem Posten „in der Entwicklung befindliche Software – Projekte“ ausgewiesen. Hierin enthalten sind aktivierte Eigenleistungen von T€ 150. Vom kalkulierten Restbudget wurden bereits für T€ 692 Subunternehmer beauftragt.

Sämtliche Abschreibungen werden erfolgswirksam erfasst.

Weitere Aufgliederungen zu den immateriellen Vermögenswerten im Konzernabschluss sind aus dem in der Anlage zum Anhang beigefügten Anlagenpiegel ersichtlich.

4.1.2 Geschäfts- oder Firmenwerte

Die Geschäfts- oder Firmenwerte wurden Werthaltigkeitsprüfungen auf Grundlage des Nutzungswertes unterzogen. Basis für die Werthaltigkeitsprüfungen waren die jeweiligen Planungsrechnungen der Gesellschaften sowie die daraus abgeleiteten Barwerte der geplanten Cashflows unter Berücksichtigung einer „ewigen Rente“. Bei zwei Firmenwerten wurde über eine endliche Laufzeit diskontiert. Den Planungen liegen Annahmen zu Umsätzen und Ergebnissen zugrunde, die sich aus den Einschätzungen des Managements und aus den

Strategien für die jeweiligen regionalen Märkte ergeben. Kostensteigerungen für Personalaufwendungen und sonstige betriebliche Aufwendungen wurden berücksichtigt. Zur Diskontierung wurde ein Diskontierungszinssatz (Weighted Average Cost of Capital) im Planungszeitraum von regelmäßig 6,58 % (Vorjahr: 7,34 %) zugrunde gelegt. Ein Wachstumsabschlag wird nicht berücksichtigt.

Im Geschäftsjahr 2012/2013 wurden außerplanmäßige Abschreibungen aufgrund geänderter Markteinschätzungen auf die Firmenwerte in Höhe von T€ 179 vorgenommen, während im Vorjahr keine Abschreibungen erforderlich waren.

Die Geschäfts- oder Firmenwerte setzen sich wie folgt zusammen:

in T€	30.6.2012	Wert- änderungen	30.6.2013
ADG GmbH	10.171	0	10.171
SWP Aschersleben	3.318	0	3.318
SWP Neuruppin	3.177	0	3.177
AAP Betreutes Wohnen Gera	2.985	0	2.985
SWP Bad Langensalza	1.163	0	1.163
SWP Thale	1.015	0	1.015
SWP Klausau	800	0	800
SWP Schollene	796	0	796
Astor Park	596	0	596
SWP Erkner	512	0	512
SWP Coswig	381	0	381
Sonstige Firmenwerte	2.431	-179	2.253
	27.345	-179	27.167



4.1.3 Sachanlagen

Die Sachanlagen gliedern sich wie folgt:

Geschäftsjahr 2012/2013

in T€	Anschaffungs- und Herstellungskosten				Buchwerte		
	1.7.2012	Zugänge	Umgliederungen	Abgänge	30.6.2013	30.6.2013	30.6.2012
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken	167.864	327	2.139	10	170.320	101.769	102.649
Technische Anlagen und Maschinen	648	34	4	45	641	117	100
Anderer Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	36.047	1.935	427	1.790	36.619	9.762	9.122
Finanzierungsleasing Betriebs- und Geschäftsausstattung	6.792	308	0	1.239	5.861	877	1.557
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	2.666	471	-2.570	45	522	522	2.666
Summe	214.018	3.075	0	3.129	213.964	113.048	116.094

Vorjahr

in T€	Anschaffungs- und Herstellungskosten				Buchwerte		
	1.7.2011	Zugänge	Umgliederungen	Abgänge	30.6.2012	30.6.2012	30.6.2011
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken	164.775	231	2.867	10	167.864	102.649	102.314
Technische Anlagen und Maschinen	644	4	0	0	648	100	117
Anderer Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	35.843	1.204	0	999	36.047	9.122	9.546
Finanzierungsleasing Betriebs- und Geschäftsausstattung	8.609	15	0	1.833	6.792	1.557	2.929
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	5.030	503	-2.867	0	2.666	2.666	5.030
Summe	214.901	1.957	0	2.842	214.018	116.094	119.936

Die Zugänge im Sachanlagevermögen in Höhe von T€ 3.075 entfallen im Wesentlichen auf Betriebs- und Geschäftsausstattungen wie Einrichtungsgegenstände, Firmenfahrzeuge sowie diverse Modernisierungsmaßnahmen. Darunter fallen ebenfalls neue Investitionen in Brandschutzmeldeanlagen für T€ 344, die aber im Wesentlichen (T€ 242) noch nicht abgeschlossen sind und daher als Anlagen im Bau ausgewiesen werden.

4.1.4 Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

Wie im Vorjahr sind keine als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien vorhanden.

4.1.5 Sonstige finanzielle Vermögenswerte

Die sonstigen finanziellen Vermögenswerte stellen sich wie folgt dar:

in T€	30.6.2013	30.6.2012
Forderungen aus Finanzierungsleasing	5.830	6.311
Sonstige Ausleihungen	2.329	2.142
Rückdeckungen für Pensionen	809	949
Beteiligungen	77	76
Sonstige Wertpapiere	0	188
Summe	9.045	9.666

Unter den Forderungen aus Finanzierungsleasing werden gemäß IAS 17 die Objekte in Ortenau und in Herrenalb sowie Forderungen im Zusammenhang mit einem im Geschäftsjahr 2010/2011 abgeschlossener Leasingvertrag über Betriebs- und Geschäftsausstattung ausgewiesen, bei denen der Marseille-Kliniken Konzern Leasinggeber ist.

Bei den Ansprüchen aus Rückdeckungsversicherungen handelt es sich aufgrund fehlender Insolvenzversicherung nicht um Planvermögen im Sinne des IAS 19 (revised), so dass eine Saldierung mit den korrespondierenden Pensionsverpflichtungen nicht möglich ist.

Die sonstigen Ausleihungen betreffen Ansparraten für ein langfristiges Mieterdarlehen in Höhe von T€ 1.959 (Vorjahr: T€ 1.722), geleistete Mietkautionen in Höhe von T€ 207 (Vorjahr: T€ 194) und den langfristigen Anteil von Mietsonderzahlungen in Höhe von T€ 163 (Vorjahr: T€ 171).

4.1.6 Latente Steueransprüche

Soweit auf die gleiche steuerliche Einheit entfallend, werden passive latente Steuern mit aktiven latenten Steuern saldiert.

Insgesamt bestehen zum 30. Juni 2013 körperschaftsteuerliche Verlustvorträge von € 40,3 Mio. (Vorjahr: € 41,9 Mio.), welche im Grundsatz zeitlich unbegrenzt nutzbar sind.

Aktive latente Steuern auf steuerliche Verlustvorträge in einem Umfang von T€ 26.983 wurden unter der Voraussetzung angesetzt, dass konzerninterne steuerrechtlich mögliche und vom Konzern angestrebte Strukturierungsmaßnahmen abgeschlossen werden. Sollten diese Maßnahmen nicht oder nicht im vollem Umfang umgesetzt werden, so ist die Werthaltigkeit dieser Ansprüche beeinträchtigt.

Auf steuerliche Verlustvorträge und andere temporäre Differenzen wurden bei den einbezogenen Unternehmen in dem Umfang aktive latente Steuern angesetzt, in dem den jeweiligen Unternehmen innerhalb der nächsten 5 Geschäftsjahre unter aller Voraussicht ein wirtschaftlicher Vorteil im Rahmen der erwarteten Nutzung steuerlicher Verlustvorträge entstehen wird, jedoch mindestens in dem Umfang, in dem passive latente Steuern zur Verrechnung vorliegen. Vor dem Hintergrund der Planungen sowie diverser eingeleiteter Maßnahmen ist davon auszugehen, dass die Verluste in entsprechendem Umfang genutzt werden können und eine Minderung der laufenden steuerlichen Belastung in entsprechender Höhe zu erwarten ist.



Soweit erwartete künftige steuerliche Gewinne einer Gesellschaft die Realisierung einer Steuerentlastung aufgrund bestehender Verlustvorträge nicht wahrscheinlich erscheinen lassen, unterbleibt grundsätzlich ein Ansatz von aktiven latenten Steuern auf Verlustvorträge bzw. es werden angemessene Wertberichtigungen auf aktive latente Steuern vorgenommen.

Für 10 Konzerngesellschaften wurden latente Steuern auf steuerliche Verlustvorträge aktiviert, denen keine oder nur geringfügige passive latente Steuern entgegenstehen. Für eine Konzerngesellschaft sind die passiven latenten Steuern höher als die aktiven latenten Steuern auf die steuerlichen Verlustvorträge, so dass diese vollständig saldiert worden sind.

Nachfolgender Übersicht sind die steuerlichen Verlustvorträge sowie die sonstigen Bewertungsdifferenzen zu entnehmen, auf die aktive latente Steuern gebildet wurden, sowie der Umfang der Saldierung mit passiven latenten Steuern:

in T€	temporäre Differenzen		darauf entfallende Steuer	
	30.6.2013	30.6.2012	30.6.2013	30.6.2012
Verlustvorträge	26.983	27.730	4.270	4.388
Pensions-/Jubiläumsvorsorge	4.763	3.485	754	553
Transaktionskosten	54	165	9	27
Derivate				
Finanzinstrumente	502	760	79	120
Summe der aktiven latenten Steuern	32.302	32.140	5.112	5.088
Saldierung mit passiven latenten Steuern	7.131	7.112	1.128	1.125
Bilanzausweis aktive latente Steuern	-	-	3.984	3.963

4.1.7 Vorräte

Im Geschäftsjahr 2012/13 ist die Immobilie der Odenwald Klinik im Rahmen der Erstkonsolidierung zu Anschaffungskosten von € 3,2 Mio. zugegangen. Die Immobilie ist zur Weiterveräußerung vorgesehen.

Die übrigen Vorräte sind konstant bei € 1,4 Mio. geblieben.

Die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe betragen zum Stichtag € 1,3 Mio. (Vorjahr: € 1,3 Mio.). Diese beinhalten im Wesentlichen Energieressourcen sowie Lebensmittel und Getränke.

4.1.8 Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind von insgesamt T€ 10.135 am 30. Juni 2012 um T€ 1.621 auf T€ 8.514 zurückgegangen.

in T€	30.6.2013	30.6.2012
Forderungen vor Wertberichtigungen	12.210	13.110
abzgl. Wertberichtigungen	-3.696	-2.976
Forderungen nach Wertberichtigungen	8.514	10.135

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen gegen nahe stehende Personen und mit diesen verbundene Unternehmen, die älter als ein Jahr sind, wurden mit 7,75 % (Vorjahr: 8,12 %) verzinst.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen enthalten Wertberichtigungen für ermittelte Ausfallrisiken von T€ 3.696

(Vorjahr: T€ 2.976). Die Wertberichtigungen entwickelten sich wie folgt:

in T€	2012 2013	2011 2012
Stand 1.7.	2.976	2.615
Zuführungen	948	520
Umgliederung	0	145
Auflösung	228	304
Summe	3.696	2.976

Forderungen, die älter als 360 Tage sind, werden zu 20 %, Forderungen, die älter als 720 Tage sind, zu 40 % wertberichtigt. Forderungen, deren Beitreibung durch Rechtsanwälte erfolgt, werden zu 60 % wertberichtigt.

Die Fälligkeiten der nicht wertberichtigten Forderungen werden zusammengefasst in Abschnitt 12.5 in den Erläuterungen zum Kreditrisiko dargestellt.

4.1.9 Sonstige Forderungen und Vermögenswerte

Die sonstigen Forderungen und Vermögenswerte haben sich von T€ 2.627 um T€ 650 auf T€ 3.277 erhöht und setzen sich wie folgt zusammen:

in T€	30.6.2013	30.6.2012
Forderungen gegenüber Insolvenzverwalter	700	0
Kurzfristiger Anteil aus Finanzierungsleasing Verträgen	481	456
Boni/Rückvergütungen	311	367
Darlehen St. Nikolaus Hospital, Büren	218	256
Forderungen gegen Mitarbeiter	165	165
Darlehen Herr Marseille	157	146
Auszahlung Aktivwerte	154	0
Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	111	151
Darlehen SCS AG	0	126
Übrige Forderungen	980	960
Summe	3.277	2.627

Mit dem Erwerb der Anteile an der Odenwald Klinik GmbH wurden bestehende Ansprüche gegen den Insolvenzverwalter der insolventen Fachklinik IA GmbH erworben. Diese Forderungen sind an ein finanzierendes Kreditinstitut als Sicherheit abgetreten worden und dienen auch der Bedienung dieses Darlehens.

Über das Vermögen des St. Nikolaus Hospital Büren wurde im Geschäftsjahr 2010/2011 das Insolvenzverfahren eröffnet. Die ursprüngliche Forderung wurde bis auf die zu erwartende Insolvenzquote wertberichtigt.

Auf die sonstigen Forderungen und Vermögenswerte wurden Wertberichtigungen in Höhe von T€ 3.033 (Vorjahr: T€ 2.752) vorgenommen:

in T€	30.6.2013	30.6.2012
Sonstige Forderungen und Vermögenswerte vor Wertberichtigungen	6.310	5.379
abzgl. Wertberichtigungen	-3.033	-2.752
Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände nach Wertberichtigungen	3.277	2.627

in T€	2012 2013	2011 2012
Stand 1.7.	2.752	2.551
Zuführungen	108	223
Zugang aus Erstkonsolidierung	333	0
Umgliederungen	-160	0
Auflösung	0	22
Stand 30.6.	3.033	2.752



4.1.10 Ertragsteuerforderungen

Die kurzfristigen Ertragsteuerforderungen von € 1,2 Mio. (Vorjahr: € 1,3 Mio.) betreffen Körperschaftsteuer einschließlich des Solidaritätszuschlags von insgesamt rund € 0,4 Mio. (Vorjahr: € 0,4 Mio.), Gewerbesteuer in Höhe von € 0,7 Mio. (Vorjahr: € 0,7 Mio.) und dem kurzfristigen Teil des Körperschaftsteueranrechnungsguthabens nach § 37 KStG in Höhe von insgesamt € 0,9 Mio. (Vorjahr: € 1,1 Mio.). Der langfristige Teil des Körperschaftsteuerguthabens von € 0,8 Mio. (Vorjahr: € 0,9 Mio.) wird unter den langfristigen Vermögensgegenständen ausgewiesen werden (Auszahlung Jahre 2014 – 2017).

4.1.11 Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente

Die Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente in Höhe von insgesamt T€ 10.304 (Vorjahr: T€ 11.696) enthalten zum 30. Juni 2013 die Kassenbestände in Höhe von T€ 163 (Vorjahr: T€ 181) und die kurzfristig verfügbaren Guthaben bei Kreditinstituten in Höhe von T€ 10.141 (Vorjahr: T€ 11.516).

Von den liquiden Mitteln sind insgesamt € 0,6 Mio. (Vorjahr: € 0,4 Mio.) nicht frei verfügbar. Im Einzelnen handelt es sich um Festgeldguthaben, die bis zu einem Betrag von T€ 569 (Vorjahr: T€ 414) zum Stichtag verpfändet sind. Die Festgeldguthaben haben im Wesentlichen eine Laufzeit von weniger als 3 Monaten.

4.1.12 Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte

Zum 30. Juni 2013 lagen die Voraussetzungen für einen Ausweis als zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte gemäß IFRS 5 nicht vor.

4.2 Konzernbilanz – PASSIVA

4.2.1 Eigenkapital

Das Konzerneigenkapital betrug zum 30. Juni 2013 T€ 41.538 (Vorjahr: T€ 37.015). Die Veränderungen werden in der Eigenkapitalveränderungsrechnung dargestellt.

Kapitalsteuerung

Eine nachhaltige Steigerung des Unternehmenswerts und die Sicherung der Liquidität sowie der Kreditwürdigkeit des Konzerns sind die wichtigsten Ziele des Finanzmanagements. Die Reduzierung der Kapitalkosten und die Verbesserung des Cashflows aus der Finanzierungstätigkeit tragen hierzu ebenso bei wie die Optimierung der Kapitalstruktur und ein effektives Risikomanagement.

Im Rahmen der eingegangenen Finanzierungs- und Leasingvereinbarungen hat der Konzern Verträge unter Berücksichtigung von Financial Covenants abgeschlossen. Die Financial Covenants beziehen sich u. a. auf einen Netto-Verschuldungsgrad. Teilweise enthalten die Sale-and-Lease-Back-Verträge unterschiedliche Eskalationsstufen bei Nichteinhaltung der Financial Covenants, wie zum Beispiel die Hinterlegung zusätzlicher Sicherheiten oder die Möglichkeit der außerordentlichen Kündigung des Kreditvertrags. Die mögliche Hinterlegung von zusätzlichen Sicherheiten kann durch das Vorhalten entsprechender Barreserven erfolgen. Die Einhaltung der Covenants wird regelmäßig vom Konzerncontrolling überprüft und im Rahmen des internen Risikomanagements gesteuert. Insofern bezieht sich die Kapitalsteuerung auch auf die Einhaltung dieser Anforderungen. Die Financial Covenants wurden im Geschäftsjahr 2012/2013 vollumfänglich eingehalten.

In Bezug auf die Kreditwürdigkeit zielt die Finanzstrategie des Konzerns auf eine Verbesserung der Ratingkategorie ab. Das Rating des Konzerns basiert auf den von Ratingagenturen veröffentlichten Verschuldungskennziffern, die (mit unterschiedlicher Ausgestaltung) den Cashflow einer Periode in Relation zur Verschuldung setzen. Zur Umsetzung der Strategie wurden in den vergangenen Jahren

Desinvestitionen und operative Cashflows größtenteils zur Reduzierung der Nettoverschuldung verwendet. Die Aufrechterhaltung einer angemessenen Eigenkapitalausstattung (Eigenkapitalquote) dient ebenfalls der Verbesserung des Ratings.

Die Gesellschaft geht davon aus, auch künftig die Financial Covenants einzuhalten.

Gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital (Grundkapital) der Muttergesellschaft Marseille-Kliniken AG beträgt € 37.320.000,00 und ist in 14.580.000 auf den Namen lautende Stückaktien mit einem rechnerischen Nennwert je Aktie von € 2,56 (gerundet) eingeteilt. Das gezeichnete Kapital ist voll einbezahlt. Unter Berücksichtigung der direkt im Eigenkapital erfassten Transaktionskosten aufgrund der am 24. Mai 2011 durchgeführten Kapitalerhöhung ergibt sich ein gezeichnetes Eigenkapital von T€ 37.153.

Auf der Hauptversammlung vom 27. Januar 2012 wurde der Vorstand ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrates das Grundkapital bis zum 27. Januar 2017 durch ein- oder mehrmalige Ausgabe von insgesamt bis zu 7.290.000 neuen, auf den Inhaber lautenden Stammaktien gegen Bar- oder Sacheinlagen um insgesamt bis zu € 18.660.000,00 zu erhöhen (genehmigtes Kapital).

Der Vorstand ist ermächtigt, Aktien der Gesellschaft mit Zustimmung des Aufsichtsrates unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre in anderer Weise als über die Börse oder durch Angebot an alle Aktionäre wieder zu veräußern. Der Vorstand ist unter bestimmten Voraussetzungen ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrates das Bezugsrecht der Aktionäre auszuschließen.

Kapitalrücklage

Die Kapitalrücklage betrifft das Agio aus Bareinlagen im Rahmen von Kapitalerhöhungen in Höhe von € 800,00.

Gewinnrücklagen

Die Gewinnrücklagen von T€ -696 (Vorjahr: T€ -36) beinhalten neben der gesetzlichen Rücklage in Höhe von T€ 1.036 (Vorjahr: T€ 882) auch die anderen Gewinnrücklagen in Höhe von T€ 420 (Vorjahr: T€ 420) und die versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste aus der Bewertung der Pensionsrückstellungen von T€ -2.555 (Vorjahr: T€ -1.589) abzüglich gegenläufiger latenter Steuern von T€ 403 (Vorjahr: T€ 251).

Ausgleichsposten aus sukzessivem Erwerb

Der Ausgleichsposten aus sukzessivem Anteilerwerb resultiert aus dem Erwerb weiterer Gesellschaftsanteile von bereits in Vorjahren vollkonsolidierten Gesellschaften. Entsprechend den Regelungen des IAS 27 wurden diese Transaktionen als Zahlungen zwischen Eigenkapitalgebern berücksichtigt. Folgerichtig wurde der den passivierten Minderheitenanteil übersteigende Kaufpreis unter Abzug angefallener Transaktionskosten in einen Posten eigener Art eingestellt.

Im Geschäftsjahr 2012/2013 wurden weitere Minderheitenanteile an der Karlsruher-Sanatorium AG erworben.

Eigene Anteile

Im Geschäftsjahr 2012/2013 fanden keine Transaktionen mit eigenen Aktien statt. Darüber hinaus wird auf Abschnitt 8 verwiesen.

Zeitbewertungsrücklage

In der Zeitbewertungsrücklage sind die erfolgsneutral abgegrenzten Zinssicherungsgeschäfte ausgewiesen. Bei diesen handelt es sich um zwei Zins-Swaps, die zur Absicherung von variabel verzinslichen Darlehen erworben wurden. Dadurch werden die zukünftigen variablen Zinszahlungen in fixe Zinszahlungen transformiert. Zum 30. Juni 2013

werden in der Zeitbewertungsrücklage die negativen Marktwerte der Zins-Swap Geschäfte in Höhe von T€ 502 (Vorjahr: T€ -760) abzüglich latenter Steuern in Höhe von T€ 79 (Vorjahr: T€ 120) ausgewiesen. Die Ermittlung des Marktwertes erfolgte anhand der mark-to-market-Methode.

Währungsdifferenzen

Der Ausgleichsposten aus der Währungsumrechnung in Höhe von T€ 143 (Vorjahr: T€ 91) betrifft die Währungsumrechnung des Abschlusses der ausländischen Tochtergesellschaft in der Schweiz.

Minderheitenanteile

Im Geschäftsjahr 2012/2013 wurden weitere Anteile an bereits in Vorjahren vollkonsolidierten Unternehmen erworben.

Die zum 30. Juni 2013 verbliebenen Minderheitsanteile sind aus der Anteilsbesitzliste im Abschnitt 2.1.3 Konsolidierungskreis ersichtlich.

4.2.2 Abgegrenzte Investitionszuwendungen

Nachfolgender Übersicht ist die Entwicklung der Zuwendungen der öffentlichen Hand zu entnehmen:

in T€	2012 2013	2011 2012
Beginn Geschäftsjahr	39.980	41.569
erfolgswirksam aufgelöst	1.349	1.589
Ende Geschäftsjahr	38.631	39.980
davon langfristig	38.631	39.980

Der Posten betrifft wie in den Vorjahren im Wesentlichen Förderbescheide für vom Konzern betriebene Pflegeeinrichtungen. Die Investitionszuwendungen werden ratierlich aufgelöst, die Auflösungen werden in den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen.

4.2.3 Lang- und kurzfristige Finanzschulden

Unter den Finanzschulden werden die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, Versicherungen, Finanzinstituten, die Anleiheverbindlichkeiten, die Finanzierungsleasingverbindlichkeiten, Darlehen sowie derivative Finanzinstrumente (Swappgeschäfte) erfasst.

Die langfristigen Finanzschulden betragen insgesamt T€ 46.542 (Vorjahr: T€ 52.867) und setzen sich aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Versicherungen (T€ 43.278; Vorjahr: T€ 39.445), Leasinggesellschaften (T€ 1.969; Vorjahr: T€ 0), den Anleiheverbindlichkeiten (T€ 0; Vorjahr: T€ 11.861), derivativen Finanzinstrumenten (T€ 502; Vorjahr: T€ 760), Finanzierungsleasingverbindlichkeiten (T€ 343; Vorjahr: T€ 801) sowie einer Kaufpreisverbindlichkeit (T€ 450; Vorjahr: T€ 0) zusammen.

Die kurzfristigen Finanzschulden von insgesamt T€ 14.499 (Vorjahr: T€ 4.665) beinhalten im Wesentlichen kurzfristige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Versicherungen in Höhe von T€ 5.590 (Vorjahr: T€ 3.509), Leasinggesellschaften in Höhe von T€ 845 (Vorjahr: T€ 0), Verbindlichkeiten aus der Emission einer Anleihe in Höhe von T€ 2.944 (Vorjahr: T€ 0), sonstige verzinsliche Darlehen in Höhe von T€ 3.000 (Vorjahr: T€ 0), Finanzierungsleasingverbindlichkeiten in Höhe von T€ 695 (Vorjahr: T€ 1.023), eine als Darlehen ausgestaltete Kaufpreisverbindlichkeit aus dem Erwerb der Odenwald Klinik GmbH in Höhe von T€ 900 (Vorjahr: T€ 0) sowie Zinsverbindlichkeiten in Höhe von T€ 508 (Vorjahr: T€ 132).

Im Geschäftsjahr 2012/2013 wurde die Anleiheverbindlichkeit unter den kurzfristigen Schulden gesondert ausgewiesen, da diese im Dezember 2013 zur Rückzahlung fällig wird.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Leasinggesellschaften betreffen abgeschlossene Mietkaufverträge und vergleichbare Finanzierungsmaßnahmen.

Der Gesamtbestand an lang- und kurzfristigen Finanzschulden betrug zum Bilanzstichtag T€ 61.041 (Vorjahr: T€ 57.532). Die Fristigkeit und Verzinsung der Finanzschulden zum 30. Juni 2013 und zum Vorjahresstichtag sind nachfolgender Übersicht zu entnehmen.

in T€	Valuta 30.6.2013	davon < 1 Jahr	davon > 1 Jahr
Finanzschulden	61.041	14.499	46.542
davon:			
festverzinsliche Finanzschulden	61.041	14.499	46.542
variabel verzinsliche Finanzschulden	0	0	0

in T€	Valuta 30.6.2012	davon < 1 Jahr	davon > 1 Jahr
Finanzschulden	57.532	4.665	52.867
davon:			
festverzinsliche Finanzschulden	57.532	4.665	52.867
variabel verzinsliche Finanzschulden	0	0	0

Der Marseille-Kliniken AG steht insgesamt eine Kreditlinie von T€ 400 zur Verfügung. Davon wurden T€ 51 bisher in Anspruch genommen.

Die Finanzschulden sind in Höhe von € 48,1 Mio. (Vorjahr: € 43,0 Mio.) durch Grundpfandrechte sowie Sicherungsübereignungen und Sicherheiten Dritter (u. a. durch Bürgschaften der Gemeinden) besichert.

Die nachfolgende Aufstellung enthält die Zinsbindungsfristen der Finanzschulden sowie deren Ursprungsbeträge und Buchwerte zum Geschäftsjahresende (ohne Leasing und Zinssicherung):

Ende der Zinsbindung	30.6.2013 Ursprungsbetrag	30.6.2013 Buchwert
in T€		
30.6.2014	21.177	12.596
30.6.2015	405	57
30.6.2016	21.343	8.370
30.6.2017	3.895	3.513
30.6.2018	6.415	5.999
ab 1.7.2018	21.835	20.593
	75.070	51.129

Ende der Zinsbindung	30.6.2012 Ursprungsbetrag	30.6.2012 Buchwert
in T€		
30.6.2013	15.352	11.405
30.6.2014	29.807	22.874
30.6.2015	405	107
30.6.2016	21.843	10.016
30.6.2017	5.709	4.002
ab 1.7.2017	5.061	6.542
	78.177	54.946

Zu den langfristigen Finanzschulden gehören auch derivative Finanzinstrumente, die dem Zweck der Sicherung der künftigen Zahlungsströme (Cash-Flow Hedging) dienen. Bei diesen handelt es sich um zwei Zins-Swaps, die zur Absicherung von variabel verzinslichen Darlehen erworben wurden. Etwaige Risiken für das Unternehmen aus dem Halten von Zins-Swaps resultieren aus der Veränderung des Marktzinssatzes und daraus möglicherweise verbundenen Schwankungen des Marktwertes. Es existieren jedoch keine wesentlichen Bonitätsrisiken, da das Sicherungsgeschäft mit der finanzierenden Bank abgeschlossen wurde.



Die Bedingungen der Zins-Swaps stimmen mit denjenigen der Darlehensverträge vollständig überein, sodass keine Ineffektivitäten der Zins-Swaps entstehen.

Die Zins-Swaps erfüllen die Voraussetzungen des IAS 39. Wir verweisen im Übrigen auf unsere Erläuterungen unter „Management von Finanzrisiken“.

Hinsichtlich der erläuternden Angaben zu den Finanzierungsleasingverbindlichkeiten verweisen wir auf die Ausführungen zum Leasing.

4.2.4 Pensionsverpflichtungen

Für die Zeit nach der Pensionierung wurde einem Teil der Mitarbeiter im Rahmen der betrieblichen Altersversorgung laufende Versorgungsleistungen zugesagt. Es handelt sich fast ausschließlich um leistungsorientierte Zusagen im Sinne der Anwartschaft auf betriebliche Altersversorgung nach § 1 des Gesetzes zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung (BetrAVG). Die Versorgungsberechtigten erhalten bei Invaliddität, spätestens bei Vollendung des 65. (Männer) bzw. 60. (Frauen) Lebensjahres eine Rente.

Die Höhe der Rente ergibt sich nach Gruppeneinstufungen in Höhe von 5 %, 10 % oder 15 % des versorgungsberechtigten Gehaltes. Bei den männlichen Versorgungsberechtigten besteht für deren Angehörige eine Hinterbliebenenrentenanwartschaft von 61 % der fälligen Alters- bzw. Invalidenrente bzw. der Anwartschaft hierauf.

Die Pensionsverpflichtungen sind voll dotiert und umfassen sowohl bereits laufende Pensionen als auch Anwartschaften auf künftig zu zahlende Pensionen. Für die Bemessung der Pensionen sind in der Regel die Dauer der Zugehörigkeit zum Unternehmen und die versorgungsrelevanten Bezüge maßgeblich.

Die Entwicklung der Pensionsrückstellungen im Verlauf des Geschäftsjahres 2012/2013 zeigt nachfolgende Übersicht:

in T€	30.6.2013	30.6.2012 ¹⁾
Barwert der Gesamtverpflichtung zu Beginn Geschäftsjahr	14.095	12.930
Dienstzeitaufwand (service cost)	1	2
Zinsaufwand (interest cost)	535	646
Versorgungszahlungen	-1.072	-1.072
Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste	966	1.589
Bilanzausweis Pensionsverpflichtungen	14.525	14.095

¹⁾ Die Vorjahreszahlen sind aufgrund der erstmaligen Anwendung von IAS 19 (revised) angepasst worden

Zu den Bilanzstichtagen der letzten fünf Geschäftsjahre bestanden folgende Barwerte der Pensionsverpflichtungen:

in T€	30.6.2013	30.6.2012	30.6.2011	30.6.2010	30.6.2009
Bilanzierte Rückstellung	14.525	14.095	12.930	14.268	16.364

In die Berechnung gingen ein Rechnungszins von 3,00 % (Vorjahr: 3,95 %), ein Gehaltstrend von bis zu 1,00 % (Vorjahr: 1,00 % p.a.) sowie eine Rentendynamik in Höhe von unverändert 1,10 % ein. Eine durchschnittliche Fluktuationswahrscheinlichkeit wurde, wie im Vorjahr, nicht berücksichtigt.

Die Ansprüche aus Rückdeckungsversicherungen erfüllen nicht die Kriterien des IAS 19 für ein Planvermögen und werden insofern nicht vom Rückstellungswert abgezogen, sondern unter den sonstigen langfristigen Vermögenswerten aktivisch ausgewiesen.

Der Dienstzeitaufwand wird im Personalaufwand, der Zinsaufwand im Finanzergebnis und die versicherungsmathematischen Gewinne/Verluste werden im sonstigen Ergebnis (OCI) und damit erfolgsneutral im Eigenkapital ausgewiesen.

Die Höhe der Pensionsrückstellung hängt maßgeblich von dem zugrunde gelegten Rechnungszins ab. Durch eine Veränderung des Rechnungszinses um 1 % reduziert sich bzw. steigt die Pensionsrückstellung um rund € 1,1 Mio. Damit vermindert bzw. erhöht sich das OCI und das Eigenkapital unter Berücksichtigung von Steuereffekten um € 0,9 Mio.

Die Aufwendungen für beitragsorientierte Pläne zur unternehmens-eigenen Pensionskasse für die Arbeitnehmer belaufen sich insgesamt im Geschäftsjahr 2012/2013 auf T€ 941 (Vorjahr: T€ 744). Die voraussichtlichen Aufwendungen für das folgende Geschäftsjahr sind in ähnlicher Größenordnung zu erwarten.

Im Geschäftsjahr 2012/2013 wurden T€ 7.863 (Vorjahr: T€ 7.771) an Arbeitgeberbeiträgen zur gesetzlichen Rentenversicherung gezahlt.

4.2.5 Latente Steuern

Die passiven latenten Steuern von T€ 5.305 (Vorjahr: T€ 4.945) resultieren aus dem negativen Saldo von aktiven latenten Steuern und passiven latenten Steuern, soweit es ein Aufrechnungsrecht gibt und die latenten Steuerforderungen und -verbindlichkeiten gegenüber der gleichen Steuerbehörde bestehen. Wenn sich aus der Aufrechnung ein positiver Betrag ergibt, erfolgt der Bilanzausweis innerhalb der langfristigen Vermögenswerte.

Bei der Ermittlung der passiven latenten Steuern werden die auf die bestehenden Verlustvorträge einiger Gesellschaften entfallenden aktiven latenten Steuern durch Verrechnung berücksichtigt.

Zugrunde gelegt wurde wie im Vorjahr ein Steuersatz von 15,825 % (Vorjahr: 15,825 %).

Die passiven latenten Steuern lassen sich wie folgt zuordnen:

	temporäre Differenzen		darauf entfallende Steuer	
in T€	30.6.2013	30.6.2012	30.6.2013	30.6.2012
Verlustvorträge	26.983	27.730	4.270	4.388
Pensions-/Jubiläumsrückstellungen	4.763	3.485	754	553
Derivate Finanzinstrumente	502	760	79	120
Transaktionskosten				
Anleihe	54	165	9	27
Summe der aktiven latenten Steuern	32.302	32.140	5.112	5.088
Saldierung			1.128	1.125
Bilanzausweis passive latente Steuern			3.984	3.963
Immaterielle Vermögenswerte	5.276	3.963	835	627
Sachanlagen	30.827	29.645	4.878	4.691
Rücklagen § 6b EStG	4.400	4.500	696	712
Rückstellungen Instandhaltung	150	0	24	11
Summe der passiven latenten Steuern	40.653	38.180	6.433	6.042
Saldierung			1.128	1.097
Bilanzausweis passive latente Steuern			5.305	4.945

Die Abweichungen bei den Sachanlagen basieren im Wesentlichen aus unterschiedlichen steuerlichen Abschreibungsätzen bei den Immobilien der Gesellschaften.



4.2.6 Kurzfristige Rückstellungen

Die Entwicklung der kurzfristigen sonstigen Rückstellungen ist der nachfolgenden Übersicht zu entnehmen:

Geschäftsjahr 2012/2013

in T€	1.7.2012	Verbrauch	Auflösung	Zuführung	30.6.2013
Ausstehende Rechnungen	2.618	2.103	421	3.006	3.100
Rechts- und Beratungskosten	385	322	63	427	427
Archivierungsrückstellungen	325	33	147	134	279
Aufsichtsratsvergütungen	271	249	22	208	208
Prozessrisiken	120	120	0	93	93
Personalarückstellungen					
Urlaubsgeld	2.310	2.307	3	2.219	2.219
Überstundenvergütung	1.732	485	239	471	1.479
Weihnachtsgeld	1.420	1.389	31	1.359	1.359
Berufsgenossenschaft	325	248	77	327	327
Mitarbeiterprämien	261	249	12	307	307
Zeitzuschläge	149	147	2	187	187
Personalabfindungen	311	105	68	40	178
Tantiemen	261	122	70	59	128
Schwerbehindertenabgabe	109	88	21	96	96
Übrige	200	190	10	0	0
Übrige	2.807	2.083	724	159	159
	13.604	10.240	1.910	9.093	10.546

Vorjahr

in T€	1.7.2011	Verbrauch	Auflösung	Zuführung	30.6.2012
Prozessrisiken	2.249	2.042	181	94	120
Ausstehende Rechnungen	5.580	4.827	753	2.618	2.618
Rechts- und Beratungskosten	587	585	2	385	385
Archivierungsrückstellungen	325	33	0	33	325
Aufsichtsratsvergütungen	154	152	2	271	271
Personalarückstellungen					
Urlaubsgeld	2.664	2.445	219	2.310	2.310
Weihnachtsgeld	707	566	40	1.319	1.420
Berufsgenossenschaft	394	380	14	325	325
Schwerbehindertenabgabe	119	103	16	109	109
Überstundenvergütungen	1.925	319	157	283	1.732
Personalabfindungen	191	127	11	258	311
Tantiemen	451	256	195	261	261
Zeitzuschläge	207	205	2	149	149
Mitarbeiterprämien	197	158	38	260	261
Übrige	1.600	0	1.600	200	200
Übrige	2.712	198	252	545	2.807
	20.062	12.396	3.482	9.420	13.604

Zur Verbesserung der Aussagefähigkeit der Darstellung erfolgte eine Umgliederung der Rückstellungen für Energiekosten aus den übrigen Rückstellungen in die Rückstellungen für ausstehende Rechnungen sowie der separate Ausweis der Rückstellungen für Aufsichtsratsvergütungen.

Die sonstigen Rückstellungen haben überwiegend Laufzeiten bis zu einem Jahr und werden nicht verzinst.

Die Rückstellungen für Berufsgenossenschaft beinhalten die voraussichtlich für das Geschäftsjahr 2012/2013 zu leistenden Berufsgenossenschaftsbeiträge. Die Höhe der Rückstellung hängt von variablen Bemessungsgrößen ab, die jährlich neu von den Berufsgenossenschaften

festgelegt werden. Bei der Dotierung der Rückstellung wurde von gegenüber dem Vorjahr unveränderten Rechenparametern ausgegangen. Die Beiträge zur Berufsgenossenschaft sind im Mai des jeweils folgenden Jahres zur Zahlung fällig.

Eine Schwerbehindertenabgabe muss gezahlt werden, wenn die vom Gesetzgeber geforderte Beschäftigungsquote an schwer behinderten Mitarbeitern nicht erreicht wird. Da dies in einigen Konzerngesellschaften der Fall ist, wurde hierfür eine Rückstellung gebildet.

Bei der Rückstellung für Tantiemen und Gratifikationen handelt es sich um vom Ergebnis des Geschäftsjahres 2012/2013 und von der Erreichung persönlicher Ziele abhängige Zahlungen an das Management



und Mitarbeiter von Konzerngesellschaften. Die Genehmigung und Auszahlung dieser Beträge erfolgt im Allgemeinen im zweiten Quartal des folgenden Geschäftsjahres.

4.2.7 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen betragen zum Stichtag T€ 7.596 (Vorjahr: T€ 8.460) und sind damit um T€ 864 zurückgegangen.

4.2.8 Laufende Ertragsteuerverbindlichkeiten

Die laufenden Steuerverbindlichkeiten setzen sich wie folgt zusammen:

in T€	30.6.2013	30.6.2012
Körperschaftsteuer	2.670	3.203
Gewerbesteuer	4	19
Summe	2.674	3.222

Die laufenden Steuerverbindlichkeiten haben eine Restlaufzeit bis zu einem Jahr und sind mit dem erwarteten Zahlungsbetrag bilanziert.

4.2.9 Übrige kurzfristige Schulden

Nachfolgend wird die Zusammensetzung der übrigen kurzfristigen Schulden dargestellt:

in T€	30.6.2013	30.6.2012
Rechnungsabgrenzungsposten	1.917	5.986
Kreditorische Debitoren	1.564	1.681
Verbindlichkeiten gegenüber Finanzämtern	1.370	1.673
Verbindlichkeiten aus Sozialabgaben	66	30
Erhaltene Mietkautionen und Sicherheiten	41	48
Übrige	399	1.218
	5.357	10.636

Der Rechnungsabgrenzungsposten enthält im Wesentlichen vorausgezählte Erlöse des Folgemonats. Der Rückgang ist auf eine Änderung von Zahlungsmodalitäten zurückzuführen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Finanzämtern betreffen im Wesentlichen anstehende Zahlungen für Lohnsteuer und sonstige Steuern.

5. Erläuterungen zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

5.1 Umsatzerlöse

Im Berichtsjahr sind die Umsatzerlöse von € 195,1 Mio. auf € 200,1 Mio. um 2,6 % gestiegen. Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus der Verbesserung der Belegung sowie aus der Erweiterung der Dienstleistungsangebote.

5.2 Andere aktivierte Eigenleistungen

Im Geschäftsjahr 2012/2013 wurden erstmals im Zusammenhang mit der Entwicklung einer Steuerungssoftware interne Entwicklungskosten in Höhe von T€ 150 aktiviert.

5.3 Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge betragen im Berichtsjahr € 8,7 Mio. (Vorjahr: € 11,4 Mio.) und setzen sich wie folgt zusammen:

in T€	2012 2013	2011 2012
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	1.910	3.482
Zuschüsse für Personal	1.815	2.122
Erträge aus der Auflösung von Investitionszuschüssen	1.349	1.589
Miet- und Pachterlöse	604	538
Periodenfremde Erträge	433	92
Neutrale Erträge	432	771
Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen	229	327
Erlöse aus Anlagenabgängen	287	43
Sachbezüge Kfz	136	103
Erstattungen aus der Ausbildungsumlage	128	0
Sonstige Erstattungen	27	33
Erträge aus dem Aufbau Aktivwerte		
Rückdeckungsversicherung	22	17
Gewinne aus Anlagenverkäufen	0	46
Übrige	1.338	2.278
	8.709	11.439

Die Veränderung der Rückstellungen ist unter Punkt 4.2.6 erläutert. Die neutralen Erträge umfassen im Wesentlichen Versicherungserstattungen für Schadensfälle. Die periodenfremden Erträge betreffen mit T€ 192 Gewinne aus der Veräußerung von Wertpapieren.

5.4 Materialaufwand

Der Materialaufwand beinhaltet Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, bezogene Waren sowie Aufwendungen für bezogene Leistungen. Betriebliche Aufwendungen werden mit Inanspruchnahme der Leistung bzw. zum Zeitpunkt ihrer Verursachung ergebniswirksam. Da im Wesentlichen kein Vorsteuerabzug besteht, beinhalten die Aufwendungen auch die gesetzliche Umsatzsteuer.

5.5 Personalaufwand

Der Personalaufwand gliedert sich wie folgt:

in T€	2012 2013	2011 2012
Löhne und Gehälter	86.787	83.748
Tantiemen und Gratifikationen	1.009	693
Berufsgenossenschaft	997	760
Sozialaufwendungen	16.452	15.926
Altersvorsorge	976	821
	106.221	101.948

Die durchschnittliche Zahl der während des Geschäftsjahres 2012/2013 beschäftigten Mitarbeiter (nach Köpfen), getrennt nach Gruppen, ist der folgenden Übersicht zu entnehmen:

in Köpfen	2012 2013	2011 2012
Ärztlicher Dienst	8	8
Pflegedienst	3.210	3.108
Medizinischer Dienst	3.218	3.116
Wirtschafts- und Versorgungsdienst	1.098	1.085
Technischer Dienst	119	104
Verwaltung	415	413
	1.632	1.602
Gesamt	4.850	4.718



5.6 Abschreibungen

Die Abschreibungen betragen im Berichtsjahr € 6,9 Mio. (Vorjahr: € 6,7 Mio.).

Auf immaterielle Vermögenswerte wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von € 0,2 Mio. vorgenommen. Im Vorjahr waren keine außerplanmäßigen Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände vorzunehmen. Im Geschäftsjahr 2012/2013 wurden außerplanmäßige Abschreibungen auf Sachanlagevermögen von € 0,9 Mio. (Vorjahr: € 0,3) erfasst. Die Abschreibungen auf aktivierte Finanzierungsleasingverhältnisse beliefen sich auf € 1,0 Mio. (Vorjahr: € 1,4 Mio.).

5.7 Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind mit € 61,0 Mio. (Vorjahr: € 61,2 Mio.) gegenüber dem Vorjahresbetrag leicht gesunken.

Die Zusammensetzung der sonstigen betrieblichen Aufwendungen ist der nachfolgenden Übersicht zu entnehmen:

in T€	2012	2013	2011	2012
Miete, Pachten, Leasing	37.243		37.189	
Verwaltungsbedarf	4.844		4.143	
Instandhaltung und Wartungskosten	4.541		4.021	
Rechts-, Beratungs- und Prozesskosten	3.962		4.942	
Wirtschaftsbedarf	2.088		1.856	
Wertberichtigungen, Forderungsverluste	1.601		1.617	
Werbe- und Repräsentationsaufwand, Hauptversammlung	1.267		1.533	
Kfz- u. Flugzeugkosten	888		859	
Versicherungen	858		663	
Sonstiger Sozialaufwand	449		451	
Schadensfälle	434		329	
Gebühren, Abgaben	381		473	
Aus- und Fortbildung	410		436	
Reisekosten	229		185	
Verluste aus Anlagenabgängen	52		90	
Übrige Aufwendungen	1.756		2.396	
	61.003		61.183	

Die Vorjahreszahlen sind aufgrund der erstmaligen Anwendung von IAS 19 revised angepasst worden

Beim Aufwand für Verwaltungsbedarf handelt es sich im Wesentlichen um Aufwendungen für EDV-Service in Höhe von € 1,5 Mio. (Vorjahr: € 1,2 Mio.) sowie für Telefon und Telefax in Höhe von € 0,6 Mio. (Vorjahr: € 0,7 Mio.) und Aufwendungen für Fremdpersonal in Höhe von € 1,0 Mio. (Vorjahr: € 0,5 Mio.).

Hinsichtlich der Wertberichtigungen und Forderungsverluste wird auf Tz. 4.1.8 sowie 4.1.9 verwiesen.

In den Rechts- und Beratungskosten sind nachstehende Honorare für den Abschlussprüfer (inklusive Auslagen und der nicht abziehbaren Umsatzsteuer) des Konzernabschlusses zum 30. Juni 2013 enthalten:

in T€	2012	2013	2011	2012
Abschlussprüfung 2012/2013	331		0	
Abschlussprüfung 2011/2012	55		339	
Abschlussprüfung 2010/2011	0		190	
Sonstige Leistungen	84		24	
	470		553	

5.8 Sonstige Steuern

Die sonstigen Steuern sind um T€ 607 auf T€ 329 gesunken und beinhalten insbesondere Grundsteuer (T€ 272). Von den sonstigen Steuern sind T€ 104 periodenfremd und betreffen im Wesentlichen Grundsteuernachzahlungen.

5.9 Finanzergebnis

Das Finanzergebnis setzt sich wie folgt zusammen:

in T€	2012	2013	2011	2012
Zinserträge aus Finanzierungsleasing	353		375	
Zinsen aus Darlehen und Festgeldern	251		448	
Zinsen aus Guthaben Finanzamt	45		495	
sonstige Zinsen	51		16	
Finanzerträge	700		1.334	
Darlehens- und Anleihezinsen	3.333		3.821	
Zinsaufwand Pensionsrückstellungen	535		646	
Zinsen aus Finanzierungsleasing	183		308	
Verzinsung von Rückstellungen	0		346	
Zinsen aus Betriebsprüfung	0		780	
Sonstige Zinsen	200		34	
Finanzaufwendungen	4.251		5.935	
Finanzergebnis	-3.551		-4.601	

Insbesondere die einmaligen Zinseffekte aus der im Vorjahr abgeschlossenen Betriebsprüfung haben das Finanzergebnis des Vorjahres belastet. Die darüber hinausgehende Verbesserung resultiert aus der Optimierung der Kapitalstruktur sowie aus dem Verbrauch von verzinsten Rückstellungen.

5.10 Ertragsteuern

Im Ertragsteuerergebnis sind laufende und latente Steuern enthalten. Nachfolgende Tabelle zeigt die Überleitungsrechnung vom erwarteten zum tatsächlich ausgewiesenen Steueraufwand. Zur Ermittlung des erwarteten Steueraufwands wird das Ergebnis vor Ertragsteuern mit dem gegenüber dem Vorjahr unveränderten Körperschaftsteuersatz (inkl. SolZ) von 15,825 % multipliziert.

in T€	2012	2013	2011	2012
Ergebnis vor Ertragsteuern	7.500		7.891	
Konzernsteuersatz	15,825 %		15,825 %	
Erwartete Ertragsteuern	1.187		1.249	
Effekt aufgrund abweichender inländischer Steuersätze	6		35	
Steuererhöhung aufgrund nicht abzugsfähiger Aufwendungen	55		103	
Steuererhöhung aufgrund außerbilanzieller Hinzurechnungen	67		0	
Steuerminderung aufgrund steuerfreier Einnahmen	0		-8	
Steuerminderung aufgrund Nutzung Verluste, Vorjahr nicht werthaltig	-41		-48	
Aktivierung Verlustvorträge, Vorjahr nicht werthaltig	-639		-1.361	
Steuererhöhung aufgrund Verluste lfd. Jahr, nicht werthaltig	185		234	
Steuererhöhung wegen Abwertung latenter Steuern auf Verlustvorträge	140		386	
Periodenfremde Steuern	-223		-566	
Effekt durch Verluste gemeinnütziger Gesellschaften	30		64	
Tatsächliche Ertragsteuern	767		88	
Tatsächliche Steuerquote	10,2 %		1,1 %	

Die periodenfremden Steueraufwendungen resultieren insbesondere aus Anpassungen für Vorjahre.



Die Effekte aus der Aktivierung der steuerlichen Verlustvorträge resultieren aus der weiteren Aktivierung von latenten Steuern auf Verlustvorträge von im Vorjahr noch nicht bewerteten Verlustvorträgen. Dies betrifft insbesondere die weitere Aktivierung von Verlustvorträgen der Mineralquelle Waldkirch Verwertungsgesellschaft mbH und der Amara Hamburg-Mitte Plus GmbH.

Die Ertragsteuern setzen sich wie folgt zusammen:

in T€	2012 2013	2011 2012
Latenter Steuerertrag	455	-2.167
Laufender Steueraufwand	312	2.255
Ertragsteuern	767	88

Steuerliche Verlustvorträge von T€ 13.285 (Vorjahr: T€ 14.183) wurden nicht angesetzt.

5.11 Anteile Minderheiten am Konzernergebnis

Der auf die Minderheitenanteile entfallende Anteil am Konzernergebnis beträgt T€ -4 (Vorjahr: T€ -2).

5.12 Konzernergebnis

Das Konzernergebnis für das Geschäftsjahr 2012/2013 beträgt T€ 6.733 (Vorjahr: T€ 7.803). Davon entfallen auf die Anteilseigner des Mutterunternehmens T€ 6.729 (Vorjahr: T€ 7.801) und auf die Minderheiten T€ -4 (Vorjahr: T€ -2).

6. Zusätzliche Angaben zu Finanzinstrumenten

Nachfolgende Tabelle enthält für jede Klasse von finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Schulden den beizulegenden Zeitwert (Fair Value) und den korrespondierenden Buchwert. Die sich ggf. hieraus ergebende Differenz stellt den Betrag der stillen Reserven bzw. Lasten in den Finanzinstrumenten dar:

in T€	Bewertungs- kategorie nach IAS 39	Buchwert 30.6.2013	beizulegen- der Zeitwert 30.6.2013	Buchwert 30.6.2012	beizulegen- der Zeitwert 30.6.2012
AKTIVA					
Langfristige finanzielle Vermögenswerte					
Ausleihungen	LaR	2.329	2.329	2.142	2.142
Aktivwerte Pensionsrückdeckungen	Fvtpl	809	809	949	949
Beteiligungen	AfS	77	77	76	76
sonstige Wertpapiere	AfS	0	0	188	188
Forderungen aus Finanzierungsleasing	IAS 17	5.830	5.830	6.311	6.311
Kurzfristige finanzielle Vermögenswerte					
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	LaR	8.514	8.514	10.135	10.135
Finanzierungsleasing	IAS 17	481	481	456	456
Sonstige Forderungen	LaR	2.685	2.685	2.021	2.021
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	n.a.	10.304	10.304	11.696	11.696
PASSIVA					
Langfristige finanzielle Verbindlichkeiten					
Finanzschulden	FLAC	46.199	46.199	51.306	51.306
Finanzierungsleasing	IAS 17	343	343	801	801
Derivative Finanzinstrumente	Hedging	502	502	760	760
Kurzfristige finanzielle Verbindlichkeiten					
Finanzschulden	FLAC	13.804	13.804	4.665	4.665
Finanzierungsleasing	IAS 17	695	695	1.023	1.023
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	FLAC	7.596	7.596	8.460	8.460
Übrige kurzfristige finanzielle Verbindlichkeiten	FLAC	2.069	2.069	2.977	2.977



Aggregiert nach Bewertungskategorien stellen sich die Vermögenswerte und Schulden wie folgt dar:

in T€	Vermögenswerte		Schulden		Vermögenswerte		Schulden	
	Buchwert 30.6.2013	beizulegender Zeitwert 30.6.2013	Buchwert 30.6.2013	beizulegender Zeitwert 30.6.2013	Buchwert 30.6.2012	beizulegender Zeitwert 30.6.2012	Buchwert 30.6.2012	beizulegender Zeitwert 30.6.2012
Forderungen und Kredite (Loans and Receivables, LaR)	13.528	13.528			14.298	14.298	-	-
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente (Fair value through profit and loss, Fvtpl)	809	809			949	949	-	-
Zur Veräußerung verfügbare Vermögenswerte (Available for sale, AfS)	77	77			264	264	-	-
Mit dem Barwert bewertete Finanzierungs- leasingforderungen (IAS 17)	6.311	6.311			6.767	6.767	-	-
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Verbindlichkeiten (Financial liabilities at cost, FLAC)	-	-	69.668	69.668	-	-	67.408	67.408
Mit dem Barwert bewertete Finanzierungs- leasingverbindlichkeiten (IAS 17)	-	-	1.038	1.038	-	-	1.824	1.824
Derivate in wirksamer Sicherungsbeziehung	-	-	502	502	-	-	760	760

Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie sonstige Forderungen haben überwiegend kurze Restlaufzeiten. Daher entsprechen deren Buchwerte zum Abschlussstichtag dem beizulegenden Zeitwert. Die Aktivwerte von Rückdeckungsversicherungen werden zu aktuellen Zeitwerten gemäß versicherungsmathematischer Gutachten bilanziert. Die Ausleihungen sind unverzinslich, da der Zinsanteil im Mietzins berücksichtigt wurde, so dass der Fair Value unserer Einschätzung nach dem Buchwert entspricht. Die Beteiligungen sind zu Anschaffungskosten bewertet, die ebenfalls geschätzten Zeitwerten entsprechen, zudem sind diese im Konzern von untergeordneter Bedeutung.

Für die gegenüber Kreditinstituten bestehenden Finanzschulden sind weitgehend Zinskonditionen vereinbart, die dem aktuellen Marktniveau Rechnung tragen. Wir gehen daher davon aus, dass der bilanzierte Buchwert den Zeitwert widerspiegelt.

Der für die bilanzierten Leasingverbindlichkeiten zugrunde gelegte Zinssatz entspricht im Wesentlichen der marktüblichen Effektivverzinsung der Leasinggeber von ausgewählten Leasinggütern.

Derivative Finanzinstrumente bestehen in Form von Swap-Geschäften, die nach der mark-to-market-Methode mit ihrem aktuellen Zeitwert angesetzt werden.

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, die kurzfristigen Finanzschulden sowie die sonstigen Verbindlichkeiten haben regelmäßig kurze Restlaufzeiten. Die bilanzierten Werte stellen insofern die beizulegenden Zeitwerte dar.

Alle vorgenannten Vermögens- und Schuldposten werden bis zur jeweiligen Endfälligkeit gehalten.

Die Netto-Gewinne und -Verluste sowie Zinserträge und -aufwendungen der finanziellen Vermögenswerte und Schulden stellen sich wie folgt dar:

in T€	Zinsertrag/ Zins- aufwand		Netto- ergebnis		Zinsertrag/ Zins- aufwand		Netto- ergebnis	
	2012 2013	2012 2013	2011 2012	2011 2012				
Forderungen und Kredite (Loans and receivables, LaR)	302	-1.386	464	-1.290				
Mit dem Barwert bewertete Finanzierungsleasingforderungen (IAS 17)	353		375					
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente (Fair value through profit and loss, Fvtpl)		22		17				
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Verbindlichkeiten (Financial liabilities at cost, FLAC)	-3.160		-3.821					
Mit dem Barwert bewertete Finanzierungsleasingverbindlichkeiten (IAS 17)	-183		-308					
Derivate in wirksamer Sicherungsbeziehung		-340		-271				
Summe	-2.666	-1.704	-3.290	-1.544				



7. Segmentberichterstattung

Die Unternehmensstrategie sieht eine Fokussierung der Geschäftstätigkeit auf die zwei Kernbereiche – stationäre und ambulante Pflege – vor.

Die geplanten Umsätze im Bereich der ambulanten Pflege werden aus heutiger Sicht in den nächsten Jahren die quantitativen Schwellenwerte gemäß IFRS 8.13 nicht überschreiten. Aus diesem Grunde ist eine

Aufteilung nach Geschäftssegmenten nicht Bestandteil des internen Berichtswesens (Management Approach).

Auch eine Darstellung nach geographischen Segmenten wird nicht vorgenommen, da der Konzern nahezu ausschließlich im Inland tätig ist.

8. Ergebnis je Aktie

Bei der Berechnung des unverwässerten Ergebnisses je Aktie wird das den Inhabern von Stammaktien des Mutterunternehmens zuzurechnende Ergebnis durch die gewichtete durchschnittliche Anzahl von Stammaktien, die sich während des Geschäftsjahres im Umlauf befinden (d. h. ohne die eigenen Anteile), geteilt.

Die Gesamtzahl aller 14.580.000 Stück (Vorjahr: 14.580.000 Stück) Aktien setzt sich zum Stichtag zusammen aus der Anzahl der eigenen Aktien mit 115.675 Stück (Vorjahr: 115.675 Stück) Aktien sowie den im Umlauf befindlichen Aktien mit 14.464.325 Stück (Vorjahr: 14.464.325 Stück) Aktien. Die nachstehend dargestellte Entwicklung des Bestands an eigenen Anteilen ist aus nachfolgender Tabelle zu entnehmen:

Datum	Zugang in Stück	Verkauf in Stück	Kurs in €	Bestand in Stück	Gegenwert in €	Anteil am Grundkapital in %	Betrag am Grundkapital in €
Bestand 1.7.2012	0	0	8,032	115.675	929.079,62	0,79	246.741,60
Bestand 30.6.2013	0	0	8,032	115.675	929.079,62	0,79	246.741,60

Im Zeitraum zwischen dem Bilanzstichtag und der Aufstellung des Konzernabschlusses hat die Marseille-Kliniken AG keine Transaktionen mit Stammaktien oder potenziellen Stammaktien durchgeführt.

9. Gezahlte und vorgeschlagene Dividende

Auf der ordentlichen Hauptversammlung am 3. Dezember 2012 wurde beschlossen, eine Dividende in Höhe von € 1.603.800,00 (€ 0,11 pro dividendenberechtigte Aktie) auszuzahlen. Unter Abzug der eigenen Aktien wurde am 7. Dezember 2012 eine Bruttodividende in Höhe von € 1.591.075,75 ausgeschüttet.

Der Vorstand schlägt vor, den Bilanzgewinn der Marseille-Kliniken AG (Einzelabschluss) auf neue Rechnung vorzutragen.

10. Eigenkapitalveränderungsrechnung

Die Entwicklung des Eigenkapitals ist in der Eigenkapitalveränderungsrechnung dargestellt.

11. Konzern-Kapitalflussrechnung

Die Kapitalflussrechnung wurde nach der betrieblichen Tätigkeit, der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit unterteilt. Die Darstellung der Cashflows aus der betrieblichen Tätigkeit erfolgt nach der indirekten Methode.

Der Finanzmittelfonds zum 30. Juni 2013 beinhaltet die liquiden Mittel von T€ 10.304 (Vorjahr: T€ 11.696), die sich aus Kassenbeständen in Höhe von T€ 163 (Vorjahr: T€ 181) und Guthaben bei Kreditinstituten in Höhe von T€ 10.141 (Vorjahr: T€ 11.516) zusammensetzen. Von den liquiden Mitteln sind insgesamt T€ 569 (Vorjahr: T€ 414) nicht frei verfügbar; für weitere Erläuterungen verweisen wir auf Abschnitt Tz. 4.1.11.

12. Sonstige Angaben

12.1 Haftungsverhältnisse und Eventualverbindlichkeiten

Unbeschränkte Patronatserklärungen wurden durch die Marseille-Kliniken AG in der Weise abgegeben, dass sie für Ansprüche aus mit einzelnen Tochtergesellschaften geschlossenen Mietverträgen eintritt. Dies betrifft die geschlossenen Mietverträge zwischen der Logo 7. Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH, der Senioren-Wohnpark Landshut GmbH und der AMARITA Oldenburg GmbH mit den konzernfremden Vermietungsgesellschaften. Für die SWP – Senioren-Wohnpark Klötze GmbH wurde eine unbeschränkte Liquiditätszusage abgegeben, damit diese den Verpflichtungen aus abgeschlossenen Immobilien-leasingverträgen nachkommen kann.

Einzelne Mietverträge räumen dem Vermieter bei Zahlungsverzug das Recht zu einer Rückabwicklung der Sale-and-Lease-Back-Verträge ein.

Im Zusammenhang mit der Veräußerung der Reha-Gesellschaften im Geschäftsjahr 2009/2010 bestehen vertragliche Steuerfreistellungsklauseln für zurückliegende Geschäftsjahre.



Darüber hinaus besteht das grundsätzliche Risiko einer Rückabwicklung von Sale-and-Lease-Back-Verträgen, sofern die vertraglich festgelegten Financial Covenants nicht erreicht werden.

Die Marseille-Kliniken AG hat sich in einem Immobilienkaufvertrag verpflichtet, die Immobilie vertragskonform zu nutzen. Sollte die Immobilie in nicht vertragskonformer Weise genutzt werden, ist eine zusätzliche Zahlung von T€ 200 zu leisten.

Die Marseille-Kliniken AG führt diverse Passivprozesse, bei denen die Gesellschaft nicht mit einer überwiegenden Wahrscheinlichkeit mit einer Inanspruchnahme rechnet. Im Wesentlichen werden von dritter Seite Ansprüche in Höhe von € 6,8 Mio. geltend gemacht.

Weitere Haftungsverhältnisse bestehen am Bilanzstichtag nicht.

12.2 Leasing

Leasingnehmer – Finance-Lease-Verhältnisse

Zu den als Finance-Lease klassifizierten Vermögenswerten gehören der Betriebs- und Geschäftsausstattung zugeordnete Anlagegüter. Bei der Klassifizierung der Mobilienleasingverträge wurde zur Barwertermittlung ein interner Zinssatz von 11,1 % (Vorjahr: 11,1 %) zugrunde gelegt. Die Herleitung dieses Zinssatzes beruht auf der Auswertung von Verträgen für ausgewählte Leasinggüter.

Die wesentlichen während der Laufzeit der Leasingverhältnisse eingegangenen Verpflichtungen betreffen außer den Mietzahlungen selbst die Tragung der Instandhaltungskosten sowie der Versicherungsbeiträge. Die Laufzeiten der Leasingverhältnisse umfassen in der Regel 3 bis 5 Jahre. Außerdem bestehen Verlängerungsoptionen zu unterschiedlichen Konditionen.

Nachstehende Aufstellung enthält die Vermögenswerte, die im Rahmen von Finanzierungsleasingverhältnissen genutzt werden:

in T€	30.6.2013	30.6.2012
Anschaffungskosten	5.861	6.792
abzüglich:		
kumulierte Abschreibungen	-4.984	-5.235
Nettobuchwert	877	1.557

in T€	30.6.2012	30.6.2011
Anschaffungskosten	6.792	8.609
abzüglich:		
kumulierte Abschreibungen	-5.235	-5.680
Nettobuchwert	1.557	2.929

Die zukünftigen Mindestleasingzahlungen für die oben beschriebenen Finance-Lease-Verhältnisse betragen:

30. Juni 2013	Barwert	Zins	Mindestleasingraten
in T€			
Während des ersten Jahres	695	82	777
1. bis 5. Jahr	343	32	375
Nach 5 Jahren	0	0	0
Summe	1.038	114	1.152

Die Vorjahreswerte zum 30. Juni 2012 betragen:

30. Juni 2012	Barwert	Zins	Mindestleasingraten
in T€			
Während des ersten Jahres	1.023	164	1.187
1. bis 5. Jahr	801	72	873
Nach 5 Jahren	0	0	0
Summe	1.824	236	2.060

Leasinggeber – Finance-Lease-Verhältnisse

Die als Forderungen aus Finanzierungsleasing klassifizierten sonstigen finanziellen Vermögenswerte resultieren im Wesentlichen aus der Vermietung der Gebäude in Herrenalb und Ortenau seit dem Geschäftsjahr 2009/2010. Bei der Klassifizierung der Immobilienleasingverträge wurde zur Barwertermittlung ein gewichteter interner Zinssatz von 5,43 % zugrunde gelegt.

Die Restlaufzeiten der Leasingverhältnisse betragen jeweils 19,5 Jahre. Ein Restwert wurde nicht angesetzt.

Die Forderungen aus Finanzierungsleasing ermitteln sich wie folgt:

in T€	30.6.2013	30.6.2012
ausstehende Mindestleasingzahlungen	9.687	10.495
+ nicht garantierte Restwerte	0	0
= Bruttoinvestitionen	9.687	10.495
- nicht realisierte Finanzerträge	3.349	3.728
= Nettoinvestitionen	6.338	6.767
- Barwerte der nicht garantierten Restwerte		0
= Barwert der Mindestleasingzahlungen	6.338	6.767

Die Fristigkeiten der aus den Finanzierungsleasingverträgen erwarteten Bruttzahlungszuflüsse bzw. deren Barwerte stellen sich wie folgt dar:

30. Juni 2013	Bruttogestamtinvestitionen	Barwert der Mindestleasingzahlungen
in T€		
Während des ersten Jahres	808	481
1. bis 5. Jahr	2.295	1.161
Nach 5 Jahren	6.584	4.696
Summe	9.687	6.338

Die Vorjahreswerte zum 30. Juni 2012 betragen:

30. Juni 2012	Bruttogestamtinvestitionen	Barwert der Mindestleasingzahlungen
in T€		
Während des ersten Jahres	808	456
1. bis 5. Jahr	2.576	2.193
Nach 5 Jahren	7.111	4.118
Summe	10.495	6.767

12.3 Eventualforderungen

In einem Rechtsstreit zwischen der Marseille-Kliniken AG, Zug (Schweiz), und der Regierung Äquatorial Guineas werden vertragliche Ansprüche geltend gemacht. Wegen bestehender Realisierungsunsicherheiten wurde auf eine Bilanzierung der Ansprüche verzichtet.



12.4 Operate-Leasing- und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die Gesamtverpflichtungen des Konzerns aus Operate-Leasing- und sonstigen finanziellen Verpflichtungen belaufen sich zum Bilanzstichtag 30. Juni 2013 auf € 529,8 Mio. (Vorjahr: € 549,5 Mio.). Die aus den Operate-Leasing-Verträgen resultierenden jährlichen Leasingzahlungen sind im Berichtsjahr in Höhe von € 37,2 Mio. (Vorjahr: € 37,2 Mio.) aufwandswirksam erfasst worden.

Von den Operate-Leasing-Verträgen entfallen € 518,4 Mio. (Vorjahr: € 539,7 Mio.) auf langfristig angemietete Immobilien. Diese mit langfristigen Verträgen geleaste bzw. gemieteten 42 (Vorjahr: 42) Immobilien sind aufgrund der vertraglichen Grundlagen nach IAS 17 als Operate-Lease-Verhältnisse zu klassifizieren und werden beim Leasinggeber bilanziert. Die zugrunde liegenden Mietverträge haben i. d. R. eine Laufzeit von 20 bis 25 Jahren. In den Verträgen ist eine anteilige Mieterhöhung anhand der bis dahin erfolgten Steigerung des Verbraucherpreisindex festgelegt.

Die Restlaufzeiten der Operate – Leasing-Verpflichtungen stellen sich wie folgt dar:

Geschäftsjahr 2012/2013

in T€	2012 2013	Restlaufzeiten		
		bis 1 Jahr	1-5 Jahre	> 5 Jahre
Miet- und Pachtverträge, (Immobilien und Mobilien)	518.368	34.583	139.655	344.130
Erbbaurechtsverpflichtungen	6.852	203	814	5.835
Leasingverträge (BGA inkl. Kfz)	2.548	1.228	1.302	18
Dienstleistungsverträge	2.053	1.132	918	3
Gesamt	529.821	37.146	142.689	349.986

Vorjahr

in T€	2011 2012	Restlaufzeiten		
		bis 1 Jahr	1-5 Jahre	> 5 Jahre
Miet- und Pachtverträge, (Immobilien und Mobilien)	539.713	34.588	139.660	365.464
Erbbaurechtsverpflichtungen	7.055	203	814	6.038
Leasingverträge (BGA inkl. Kfz)	2.644	1.265	1.339	40
Dienstleistungsverträge	105	21	73	11
Gesamt	549.517	36.077	141.886	371.553

Für die Ermittlung der sonstigen finanziellen Verpflichtungen wurden vertragliche Preissteigerungen (Indexierung) sowie Laufzeitänderungen berücksichtigt.

Aus Stromlieferverträgen bestehen Verpflichtungen in Höhe von € 5,1 Mio. über einen Zeitraum von 1,5 Jahren.

Weitere Eventualverbindlichkeiten und wesentliche sonstige finanzielle Verpflichtungen bestehen am Bilanzstichtag nicht.

12.5 Management von Finanzrisiken

Der Marseille-Kliniken Konzern unterliegt hinsichtlich seiner Vermögenswerte, Verbindlichkeiten und geplanten Transaktionen insbesondere Risiken aus der Veränderung der Zinssätze. Ziel des finanziellen Risikomanagements ist es, diese Marktrisiken durch die laufenden operativen und finanzorientierten Aktivitäten zu begrenzen. Hierzu werden je nach Einschätzung des Risikos ausgewählte derivative und nicht derivative Sicherungsinstrumente eingesetzt. Grundsätzlich werden jedoch nur die Risiken besichert, die Auswirkungen auf den Cashflow des Konzerns haben.

Derivative Finanzinstrumente werden ausschließlich als Sicherungsinstrumente genutzt, d.h. für Handels- oder andere spekulative Zwecke kommen sie nicht zum Einsatz. Zur Minderung des Ausfallrisikos werden die Sicherungsgeschäfte grundsätzlich nur mit führenden Finanzinstituten abgeschlossen.

Die Grundzüge der Finanzpolitik werden jährlich vom Vorstand festgelegt und vom Aufsichtsrat überwacht. Die Umsetzung der Finanzpolitik sowie das laufende Risikomanagement obliegen den im Konzern verantwortlichen Personen (Ressort Finanzen). Transaktionen bedürfen der vorherigen Genehmigung durch den Vorstand, der darüber hinaus regelmäßig über den Umfang und den Betrag des aktuellen Risiko-Exposures informiert wird.

Das effektive Management des Marktrisikos ist dabei eine der Hauptaufgaben. Um die Auswirkungen unterschiedlicher Gegebenheiten am Markt einschätzen zu können, werden bei Bedarf Simulationsrechnungen unter Verwendung verschiedener Worst-Case- und Markt-Szenarien vorgenommen.

Zu weiteren Erläuterungen siehe das Kapitel Risikobericht im Lagebericht.

Zinsrisiko/Marktpreisrisiko

Derivative Finanzinstrumente lagen im Geschäftsjahr 2012/2013 in Form zweier Zins-Swaps vor.

Im Geschäftsjahr 2008/2009 hatte die Marseille-Kliniken AG zwei Kreditverträge mit der HSH Nordbank AG abgeschlossen, die zur Finanzierung der Bauvorhaben in Herne dienten. Zur Absicherung dieser variabel verzinslichen Darlehen wurden zwei Festzins-Swaps abgeschlossen. Dadurch werden die zukünftigen variablen Zinszahlungen in fixe Zinszahlungen transformiert.

Die Bedingungen der Zins-Swaps stimmen mit den Konditionen der Darlehensverträge überein, so dass keine Ineffektivitäten der Zins-Swaps entstehen. Die Zins-Swaps werden bis zur Endfälligkeit gehalten und erfüllen die Voraussetzungen des IAS 39. Sie wurden im Geschäftsjahr 2012/2013 weiterhin als Hedging-Geschäfte designiert.

Zum 30. Juni 2013 sind negative Marktwerte in Höhe von T€ 502 (Vorjahr: T€ 760) in der Zeitbewertungsrücklage ergebnisneutral im Eigenkapital unter Berücksichtigung latenter Steuern abgegrenzt. Die Ermittlung des Marktwerts erfolgte anhand der mark-to-market-Methode.

Im Geschäftsjahr 2012/2013 wurden auf Basis der Zinssicherungsverträge Ausgleichszahlungen in Höhe von T€ 340 (Vorjahr: T€ 271) fällig, die somit ergebniswirksam aus der Zeitbewertungsrücklage ausgebucht und im Zinsergebnis erfasst wurden.



Die derivativen Finanzinstrumente setzen sich wie folgt zusammen:

in T€	Nominal- volumen	Marktwert ¹⁾ per 30.6.2013
SWAP 1	5.670	-16
SWAP 2	2.886	-486
Summe	8.556	-502

in T€	Nominal- volumen	Marktwert ¹⁾ per 30.6.2012
SWAP 1	6.553	-222
SWAP 2	2.968	-538
Summe	9.521	-760

¹⁾ = Clean Prices

Die Nettozahlungen aus den Swaps verteilen sich im Zeitablauf wie folgt:

30.6.2013

in T€	
0 bis 1 Jahr	313
1 bis 2 Jahre	91
2 bis 3 Jahre	96
3 bis 4 Jahre	101
4 bis 5 Jahre	107
5 bis 12 Jahre	357
Summe	1.065

Vorjahr:

30.6.2012

in T€	
0 bis 1 Jahr	964
1 bis 2 Jahre	313
2 bis 3 Jahre	91
3 bis 4 Jahre	96
4 bis 5 Jahre	101
5 bis 12 Jahre	464
Summe	2.029

Zur Abschätzung, welche Auswirkungen hypothetische Änderungen von relevanten Risikovariablen auf Ergebnis und Eigenkapital haben, schreibt IFRS 7 die Durchführung von Sensitivitätsanalysen vor. Zum Bilanzstichtag 30. Juni 2013 unterliegt der Marseille-Kliniken Konzern im Wesentlichen Zinsänderungsrisiken. Die Auswirkungen werden bestimmt, indem die hypothetischen Änderungen der Risikovariablen auf den Bestand der Finanzinstrumente zum Abschlussstichtag bezogen werden. Dabei wird unterstellt, dass der Bestand zum Abschlussstichtag repräsentativ für das Gesamtjahr ist.

Den Zinssensitivitätsanalysen liegen die folgenden Annahmen zu Grunde:

Marktzinssatzänderungen von originären Finanzinstrumenten mit fester Verzinsung wirken sich nur dann auf das Ergebnis aus, wenn diese zum beizulegenden Zeitwert bewertet sind. Demnach unterliegen alle zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten Finanzinstrumente mit fester Verzinsung keinen Zinsänderungsrisiken im Sinne von IFRS 7.

Marktzinssatzänderungen von Finanzinstrumenten, die als Sicherungsinstrumente im Rahmen eines Cashflow-Hedges zur Absicherung zinsbedingter Zahlungsschwankungen designed wurden, haben Auswirkungen auf die Sicherungsrücklage im Eigenkapital und werden daher bei den eigenkapitalbezogenen Sensitivitätsberechnungen berücksichtigt.

Marktzinssatzänderungen wirken sich auf das Zinsergebnis von originären variabel verzinslichen Finanzinstrumenten aus, deren Zinszahlungen nicht durch Sicherungsgeschäfte im Rahmen von Cashflow-Hedges gegen Zinsänderungsrisiken abgesichert sind und gehen demzufolge in die Berechnung der ergebnisbezogenen Sensitivitäten mit ein.

Marktzinssatzänderungen von Zinsderivaten (Zins-Swaps, Zins-/Währungsswaps), die nicht in eine Sicherungsbeziehung nach IAS 39 eingebunden sind, haben Auswirkungen auf das sonstige Finanzergebnis (Bewertungsergebnis aus der Anpassung der finanziellen Vermögenswerte an den beizulegenden Zeitwert) und werden daher bei den ergebnisbezogenen Sensitivitätsberechnungen berücksichtigt.

Wenn das Marktzinsniveau zum 30. Juni 2013 um 100 Basispunkte höher (niedriger) gewesen wäre, wäre das Ergebnis vor Steuern um rund € 0,2 Mio. (Vorjahr: € 0,3 Mio.) höher bzw. um rund € 0,2 Mio. geringer (Vorjahr: € 0,4 Mio.) gewesen.

Hinsichtlich der Cashflow-Hedges würden sich bei Veränderung des Zinsniveaus um +/- 100 Basispunkte folgende Effekte auf das Eigenkapital ergeben:

Geschäftsjahr 2012/2013

Erhöhung/Verminderung in Basispunkten	Auswirkungen auf das Eigenkapital in Mio. €
+100	+0,2
-100	-0,2

Vorjahr

Erhöhung/Verminderung in Basispunkten	Auswirkungen auf das Eigenkapital in Mio. €
+100	+0,3
-100	-0,4

Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko besteht darin, dass der Marseille-Kliniken Konzern seinen gegenwärtigen und zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht zeitgerecht bzw. nicht in voller Höhe nachkommen kann.

Ein Refinanzierungsrisiko entsteht als spezielle Ausprägung des Liquiditätsrisikos, wenn bei Bedarf die erforderliche Liquidität nicht zu den erwarteten Konditionen beschafft werden kann.

Daneben kann ein Liquiditätsrisiko aus der möglichen Veränderung des Marktzinsniveaus entstehen. Diesem Risiko wird durch sachgerechte Laufzeiten und einem ausgewogenen Verhältnis von fest- und variabel verzinslichen Netto-Finanzverbindlichkeiten begegnet.

Zum 30. Juni 2013 weisen die finanziellen Verbindlichkeiten des Konzerns nachfolgend dargestellte Fälligkeiten auf. Die Angaben erfolgen auf Basis der vertraglichen, undiskontierten Zahlungen unter Berücksichtigung des erwarteten Zinsdienstes.



Für 2013:

in T€	Fälligkeiten			Summe
	kleiner 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	größer 5 Jahre	
Verzinsliche Darlehen ¹⁾ und Zinssicherung	16.431	24.926	33.488	74.845
Finanzierungsleasing	777	375	0	1.152
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	7.596	0	0	7.596
Übrige finanzielle Verbindlichkeiten	3.440	0	0	3.440
Summe	28.244	25.301	33.488	87.033

¹⁾ Zins- und Tilgungsleistung inkl. Kontokorrente

Für 2012:

in T€	Fälligkeiten			Summe
	kleiner 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	größer 5 Jahre	
Verzinsliche Darlehen ¹⁾ und Zinssicherung	6.900	33.632	34.195	74.727
Finanzierungsleasing	1.023	801	0	1.824
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	8.460	0	0	8.460
Übrige finanzielle Verbindlichkeiten	4.648	0	0	4.648
Summe	21.031	34.433	34.195	89.659

¹⁾ Zins- und Tilgungsleistung inkl. Kontokorrente

Darüber hinaus wird das Liquiditätsrisiko durch ein vorsichtiges Liquiditätsmanagement mit einem Halten ausreichender Reserven an liquiden Mitteln vorgebeugt. Eine weitere Sicherungsmaßnahme ist die konzernweite Liquiditätsversorgung durch ein zentrales Cashpool-Management.

Financial Covenants

Mit den Vermietern von Immobilien wurden verbindlich einzuhaltende Finanzkennzahlen vereinbart. Diese werden derzeit von der Marseille-Kliniken AG in vollem Umfang erfüllt.

Kreditrisiko

Durch seine Geschäftstätigkeit ist der Konzern einem Kreditrisiko ausgesetzt. Unter Kreditrisiko versteht man das Risiko der Zahlungsunfähigkeit oder der Verschlechterung der Bonität eines Vertragspartners.

Das maximale Ausfallrisiko aus finanziellen Vermögenswerten (zum Beispiel liquide Mittel, Wertpapiere, Ausleihungen, Forderungen, Derivate) entspricht ihrem in der Bilanz angesetzten Buchwert.

Im operativen Geschäft werden die Außenstände bereichsbezogen, also dezentral, fortlaufend überwacht. Im Rahmen des Risikomanagements ist der Marseille-Kliniken Konzern bestrebt, ein Ausfallrisiko von Kundenforderungen möglichst zu vermeiden. Da der Marseille-Kliniken Konzern zum Großteil Umsätze mit Rentenversicherungsträgern sowie gesetzlichen und privaten Krankenversicherungen erzielt, ist das Kreditrisiko tendenziell als gering einzustufen. Alle anderen wesentlichen Kontrahenten werden einer Bonitätsprüfung unterzogen. Darüber hinaus bestehenden Ausfallrisiken wird mittels Einzelwertberichtigungen und auf Basis der Altersstruktur durch pauschalierte Einzelwertberichtigungen Rechnung getragen.

Im Konzernabschluss bestehen fällige, aber nicht wertberichtigte Forderungen mit nachfolgender Fälligkeit. Einbezogen in die Darstellung sind Ausleihungen, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie sonstige Forderungen analog der Zuordnung zur Bewertungskategorie „Kredite und Forderungen“.

in T€	30.6.2013	30.6.2012
Weder fällige noch wertberichtigte Forderungen	11.325	10.886
Fällige, aber nicht wertberichtigte Forderungen		
Kleiner 30 Tage	4.686	5.265
Zwischen 31 und 90 Tagen	972	1.282
Zwischen 91 und 180 Tagen	1.780	1.118
Zwischen 181 und 360 Tagen	527	593
Größer 360 Tage	0	0
Summe	19.290	19.144
Restbuchwert wertberechtigter Forderungen	549	2.149
Nettobuchwert	19.839	21.293

Währungsrisiko

Transaktionen in fremder Währung lagen nur in geringem Umfang vor, so dass keine Sicherungsmaßnahmen zur Absicherung von Währungsrisiken notwendig waren.

12.6 Beteiligungen an der Marseille-Kliniken AG, die ihr nach § 21 Abs. 1 oder Abs. 4 WpHG mitgeteilt worden sind

1. Herr Dr. h.c. Carsten Maschmeyer, Deutschland, hat uns am 20. Dezember 2011 gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass sein Stimmrechtsanteil an der Marseille-Kliniken AG am 16. Dezember 2011 die Schwellen von 3 % und 5 % überschritten hat und an diesem Tag 5,33 % betrug. Dies entspricht 776.478 Stimmrechten der insgesamt 14.580.000 Stimmrechte an der Marseille-Kliniken AG.

4,49 % (654.478 Stimmrechte) werden Herr Dr. h.c. Carsten Maschmeyer gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zugerechnet.

Zugerechnete Stimmrechte werden dabei über folgende von ihm kontrollierte Unternehmen, deren Stimmrechtsanteil an der Marseille-Kliniken AG jeweils 3 % oder mehr beträgt, gehalten:

- Paladin Asset Management GmbH
- MM Vermögensverwaltungs- GmbH & Co. KG
- MM Geschäftsführungs GmbH

2. Die MM Geschäftsführungs GmbH, Hannover, Deutschland, hat uns am 20. Dezember 2011 gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Marseille-Kliniken AG am 16. Dezember 2011 die Schwellen von 3 % überschritten hat und an diesem Tag 4,49 % betrug. Dies entspricht 654.478 Stimmrechten der insgesamt 14.580.000 Stimmrechte an der Marseille-Kliniken AG.

Diese 4,49 % (654.478 Stimmrechte) werden der MM Geschäftsführungs GmbH gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zugerechnet.

Zugerechnete Stimmrechte werden dabei über folgende von ihr kontrollierte Unternehmen, deren Stimmrechtsanteil an der Marseille-Kliniken AG jeweils 3 % oder mehr beträgt, gehalten:

- Paladin Asset Management GmbH
- MM Vermögensverwaltungs- GmbH & Co. KG



3. Die MM Vermögensverwaltungs- GmbH & Co. KG, Hannover Deutschland, hat uns am 20. Dezember 2011 gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Marseille-Kliniken AG am 16. Dezember 2011 die Schwellen von 3 % überschritten hat und an diesem Tag 4,49 % betrug. Dies entspricht 654.478 direkt oder indirekt gehaltenen Stimmrechten der insgesamt 14.580.000 Stimmrechte an der Marseille-Kliniken AG.

Diese 4,49 % (654.478 Stimmrechte) werden der MM Vermögensverwaltungs- GmbH & Co. KG gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zugerechnet.

Zugerechnete Stimmrechte werden dabei über folgende von ihr kontrollierte Unternehmen, deren Stimmrechtsanteil an der Marseille-Kliniken AG jeweils 3 % oder mehr beträgt, gehalten:

- Paladin Asset Management GmbH

4. Die Paladin Asset Management GmbH, Hannover, Deutschland, hat uns am 20. Dezember 2011 gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Marseille-Kliniken AG am 16. Dezember 2011 die Schwellen von 3 % überschritten hat und an diesem Tag 4,49 % betrug. Dies entspricht 654.478 direkt gehaltenen Stimmrechten der insgesamt 14.580.000 Stimmrechte an der Marseille-Kliniken AG.

12.7 Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht bzw. bestand aus folgenden Mitgliedern:

Herr Dr. Dr. hc. Thomas Middelhoff, Kaufmann, Chairman and Founding Partner Pulse Capital Partners LLC, New York, Bielefeld (Vorsitzender)

Vorstandsmitglied:
• BT Capital, Hongkong

Aufsichtsratsmitglied:
• Senator Entertainment AG, Berlin (Mitglied)
• New York Times Company, New York, USA
• 3W Power S.A./AEG Power Solutions, Luxemburg/Zwanenburg, Niederlande
• ePals, Inc., Herndon (USA) (Chairman ePals Europe)
• NeuPals Dalian Educational Information Technologies Co., Ltd., China (Vice Chairman of the Board)

Beiratsmitglied:
• Oxford University Center for Corporate Reputation, Oxford, UK – Member of the Global Advisory Board

Herr Hans-Hermann Tiedje, Medienunternehmer, Berlin (Stellvertretender Vorsitzender)

Vorstandsmitglied:
• WMP EuroCom AG, Berlin (Vorsitzender)

Aufsichtsratsmitglied:
• Columbia Hospital AG, Berlin

Frau Estella-Maria Marseille, Rechtsanwältin, Hamburg

Aufsichtsratsmitglied:
• Columbia Hospital AG, Berlin

Herr Prof. Dr. sc. med. Dietmar Enderlein, OMR Professor, Vorstandsvorsitzender der MEDIGREIF Unternehmensgruppe, Greifswald

Herr Uwe Bergheim, Kommunikations-Betriebswirt, Düsseldorf (bis 3. Dezember 2012)

Geschäftsführung:
• Falke KGaA, Schmallingenberg (Vorsitzender)

Beiratsmitglied:
• DMK Deutsches Milchkontor GmbH, Everswinkel

Herr Prof. Dr. med. Matthias Schönermark, Universitätsprofessor, Geschäftsführender Gesellschafter, SKC Beratungsgesellschaft mbH, Hannover (bis 3. Dezember 2012)

Die Mitglieder des Aufsichtsrats haben im Geschäftsjahr 2012/2013 Bezüge von insgesamt T€ 356 (Vorjahr: T€ 301) erhalten.

12.8 Vorstand

Vorstandsmitglieder sind bzw. waren im Geschäftsjahr 2012/2013 die folgenden Herren:

Herr Heinz-Dieter Wopen, Schöneberg (ab 15. November 2012)

Vorstandsmitglied:
• Unternehmerverbände Berlin, Berlin (Vorsitzender)

Herr Michael Thanheiser, Neustadt (bis 12. Juni 2013)

Die Vertretung der Gesellschaft erfolgt durch zwei Vorstandsmitglieder oder durch ein Vorstandsmitglied in Gemeinschaft mit einem Prokuristen. Ist nur ein Vorstand bestellt, so vertritt dieser die Gesellschaft allein. Befreiung von den Beschränkungen des § 181 BGB kann durch den Aufsichtsrat erteilt werden.

Für 2012/2013 fielen folgende Gesamtbezüge für Organmitglieder an:

Vorstand in T€	2012 2013	2012 2013	2012 2013
	fix	variabel	gesamt
Herr Heinz-Dieter Wopen	173	0	173
Herr Michael Thanheiser	226	12	238
Summe	399	12	411

Vorstand in T€	2011 2012	2011 2012	2011 2012
	fix	variabel	gesamt
Herr Michael Thanheiser	156	84	240
Herr Ulrich Marseille	33	0	33
Herr Stefan W. Herzberg	88	39	127
Herr Dr. Thomas Klau	88	133	221
Summe	365	256	621

An einen ehemaligen Vorstand wurden im Geschäftsjahr 2012/2013 Vergütungen in Höhe von T€ 274 gezahlt.

Die Bezüge für den Vorstand wurden ausschließlich über die Marseille-Kliniken AG ausgezahlt. Darlehen zwischen der Gesellschaft und Mitgliedern des Vorstandes bestanden im Berichtsjahr nicht.

Die Pensionszahlungen für frühere Mitglieder des Vorstandes und ihre Hinterbliebenen betragen T€ 75 (Vorjahr: T€ 75). Für die künftigen Verpflichtungen sind Rückstellungen in Höhe von T€ 611 (Vorjahr: T€ 592) gebildet worden.

12.9 Beziehungen zu nahestehenden Personen und Unternehmen

Geschäftsbeziehungen zwischen allen in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen werden im Konzernabschluss vollständig eliminiert. Die nachfolgende Übersicht enthält die zwischen der Marseille-Kliniken Gruppe und nahe stehenden Unternehmen und Personen erbrachten und empfangenen Leistungen sowie bestehende Forderungen und Verbindlichkeiten.

in T€	Erbrachte Leistungen		Empfangene Leistungen	
	2012 2013	2011 2012	2012 2013	2011 2012
Familie Marseille	11	188	512	450
nahestehende Unternehmen	141	421	3.964	3.181
Aufsichtsräte und mit ihnen verbundene Unternehmen	62	1	376	409
	214	610	4.852	4.040

in T€	Vermögenswerte		Schulden	
	2012 2013	2011 2012	2012 2013	2011 2012
Familie Marseille	157	146	93	38
nahestehende Unternehmen	802	809	368	628
Aufsichtsräte und mit ihnen verbundene Unternehmen	4	0	3.176	3.143
	963	955	3.637	3.809

Die für nahestehende Unternehmen erbrachten Leistungen betreffen vor allem die Untervermietung von Räumlichkeiten.

Die empfangenen Leistungen von Familie Marseille betreffen im Wesentlichen Beratungsleistungen der Rechtsanwaltskanzlei Marseille und den Beratervertrag mit Herrn Ulrich Marseille. Bei den nahestehenden Unternehmen betreffen die empfangenen Leistungen insbesondere diverse Bauleistungen der Held Bau Consulting GmbH sowie IT-Dienstleistungen der SCS Standard Computersysteme AG.

Die Schulden gegenüber den Aufsichtsräten und mit ihnen verbundenen Unternehmen resultieren aus einem kurzfristigen Darlehen, welches ursprünglich aus einer Teilschuldverschreibung stammt und in gleicher Höhe im Berichtsjahr umfinanziert wurde.

Einem Aufsichtsratsmitglied wurden im Geschäftsjahr 2012/2013 unterjährig von der Marseille-Kliniken AG Darlehen in Höhe von insgesamt € 1,35 Mio. gewährt, welche zum Stichtag vollständig getilgt waren. Zum 30. Juni 2013 valutieren die aufgelaufenen Zinsen mit T€ 4. Die aus der Verzinsung mit 9,5 % p.a. resultierenden Erträge betragen insgesamt T€ 59.

Die erbrachten und empfangenen Leistungen aus Transaktionen der Konzerngesellschaften mit nahestehenden Personen und Unternehmen sind ausnahmslos den gewöhnlichen Geschäftstätigkeiten der jeweils beteiligten Gesellschaft zuzurechnen und wurden zu marktüblichen Bedingungen abgeschlossen.

12.10 Veröffentlichung

Der Konzernabschluss des Geschäftsjahres 2012/2013 wird im amtlichen Unternehmensregister bekannt gemacht und im Bundesanzeiger veröffentlicht.

Die folgenden Konzerngesellschaften sind in den Konzernabschluss der Marseille-Kliniken AG einbezogen und machen von den Befreiungen gemäß § 264 Abs. 3 HGB Gebrauch:

- Senioren-Wohnpark Neuruppin GmbH,
- Senioren-Wohnpark Treuenbrietzen GmbH,
- Senioren-Wohnpark Erkner GmbH,
- Senioren-Wohnpark Tangerhütte GmbH,
- Senioren-Wohnpark Kyritz GmbH,
- Senioren-Wohnpark Aschersleben GmbH,
- Senioren-Wohnpark Coswig GmbH,
- Senioren-Wohnpark Stützerbach GmbH,
- Senioren-Wohnpark Schollene GmbH,
- Senioren-Wohnpark Bad Langensalza GmbH,
- Senioren-Wohnpark Ballenstedt GmbH,
- Senioren-Wohnpark HES GmbH
- Pro F & B gastronomische Dienstleistungsgesellschaft mbH,
- Senioren-Wohnpark Klausäcker GmbH,
- Senioren-Wohnpark Friedland GmbH,
- Senioren-Wohnpark Klötze GmbH,
- Senioren-Wohnpark Leipzig- Am Kirschberg GmbH,
- Senioren-Wohnpark soziale Grundbesitzgesellschaft mbH,
- PRO WORK Dienstleistungsgesellschaft mbH,
- Senioren-Wohnpark Cottbus-SWP-GmbH,
- Marseille-Klinik Delta GmbH,
- Senioren-Wohnpark Hennigsdorf -SWP-GmbH,
- SIV Immobilien-Verwaltungsgesellschaft mbH,
- DaTess Gesellschaft für Datendienste mbH,
- Marseille-Akademie GmbH,
- Senioren-Wohnpark Leipzig „Stadtpalais“ GmbH,
- Senioren-Wohnpark Leipzig „Eutritzscher Markt“ GmbH,
- Senioren-Wohnpark Lichtenberg GmbH,
- AMARITA Datteln GmbH,
- AMARITA Hohen Neuendorf GmbH,
- MobiRent Vermietung GmbH,
- AMARITA Oldenburg GmbH,
- Senioren-Wohnpark Arnsberg GmbH,
- Senioren-Wohnpark Büren GmbH,
- Senioren-Wohnpark Kreuztal-Krombach GmbH,
- Senioren-Wohnpark Lutzerath GmbH,
- ProTec Dienstleistungsgesellschaft mbH,
- Allgemeine Dienstleistungsgesellschaft mbH- ADG-,
- Logo 7. Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH.
- Senioren-Wohnpark Langen GmbH
- Senioren-Wohnpark Lemwerder GmbH
- Senioren-Wohnpark Radsleben GmbH
- Astor Park Wohnanlage Langen GmbH
- Senioren-Wohnpark Henningsdorf GmbH
- Betrium Nr. 55 Vermögensverwaltungs-GmbH

12.11 Erklärung zum Corporate Governance Codex (§ 161 AktG)

Die Entsprechungserklärung nach § 161 AktG der Marseille-Kliniken Aktiengesellschaft wurde bis zum Jahr 2012 immer in der aktuellen Fassung auf den Internetseiten der Gesellschaft (unter www.marseille-kliniken.de) dauerhaft zugänglich gemacht. Aufgrund des Wechsels der Marseille-Kliniken Aktiengesellschaft vom regulierten Markt in den Entry Standard (Freiverkehr) am 12. Juli 2013 werden zukünftig keine Entsprechungserklärungen nach § 161 AktG mehr abgegeben.

Berlin, den 17. September 2013
Marseille-Kliniken Aktiengesellschaft

Heinz-Dieter Wopen
Vorstand



Versicherung des gesetzlichen Vertreters (Bilanzeid)

„Ich versichere nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss zum 30.06.2013 ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im zusammengefassten Lage- und Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.“

Berlin, den 17. September 2013

Heinz-Dieter Wopen
Vorstand



Bestätigungsvermerke des Abschlussprüfers

Bestätigungsvermerk des Konzernabschlussprüfers	66
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	67



Bestätigungsvermerk des Konzernabschlussprüfers

Zu dem Konzernabschluss zum 30. Juni 2013 sowie zu dem mit dem Lagebericht zusammengefassten Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2012/2013 haben wir folgenden Bestätigungsvermerk erteilt:

Wir haben den von der **Marseille-Kliniken Aktiengesellschaft, Berlin**, aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Gesamtergebnisrechnung, Eigenkapitalveränderungsrechnung, Kapitalflussrechnung, und Anhang – sowie den mit dem Lagebericht zusammengefassten Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Juli 2012 bis zum 30. Juni 2013 geprüft. Die Aufstellung des Konzernabschlusses und des mit dem Lagebericht zusammengefassten Konzernlageberichts nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den mit dem Lagebericht zusammengefassten Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den mit dem Lagebericht zusammengefassten Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und in dem mit dem Lagebericht zusammengefassten Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des mit dem Lagebericht zusammengefassten Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der mit dem Lagebericht zusammengefasste Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Hamburg, 18. September 2013

Ebner Stolz Mönning Bachem GmbH & Co. KG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft

Thomas Götze Andreas Fettke
Wirtschaftsprüfer Wirtschaftsprüfer



Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Zu dem vollständigen Jahresabschluss zum 30. Juni 2013 sowie zu dem mit dem Konzernlagebericht zusammengefassten Lagebericht für das Geschäftsjahr 2012/2013 haben wir folgenden Bestätigungsvermerk erteilt:

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den mit dem Konzernlagebericht zusammengefassten Lagebericht der **Marseille-Kliniken Aktiengesellschaft, Berlin**, für das Geschäftsjahr vom 1. Juli 2012 bis zum 30. Juni 2013 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung des Jahresabschlusses und des mit dem Konzernlagebericht zusammengefassten Lageberichts nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den mit dem Konzernlagebericht zusammengefassten Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den mit dem Konzernlagebericht zusammengefassten Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und in dem mit dem Konzernlagebericht zusammengefassten Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des mit dem Konzernlagebericht zusammengefassten Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der mit dem Konzernlagebericht zusammengefasste Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Hamburg, 18. September 2013

Ebner Stolz Mönning Bachem GmbH & Co. KG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft

Thomas Götz	Andreas Fettke
Wirtschaftsprüfer	Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrates

13. Bericht des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat hat im Berichtsjahr die ihm nach Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung obliegenden Aufgaben wahrgenommen. Im Geschäftsjahr 2012/2013 hat sich der Aufsichtsrat in insgesamt 13 Sitzungen (2. August 2012, 31. August 2012, 13. September 2012, 26. September 2012, 1. Oktober 2012, 19. Oktober 2012, 2. Dezember 2012, 3. Dezember 2012, 14. Dezember 2012, 30. Januar 2013, 26. Februar 2013, 24. April 2013 und 25. Juni 2013 vom Vorstand eingehend über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns sowie dessen strategische Ausrichtung unterrichten lassen und die Arbeit des Vorstandes überwacht und begleitet sowie in außerordentlichen Sitzungen ohne Teilnahme von Vorstandsmitgliedern Personalentscheidungen bezüglich des Vorstands erörtert und getroffen.

In allen Aufsichtsratssitzungen hat der Vorstand in seinen mündlichen und schriftlichen Berichten an den Aufsichtsrat insbesondere auch über die Unternehmens- und Konzernplanung, die Rentabilität und Liquidität, den Gang der Geschäfte und die Lage der Gesellschaft und des Konzerns, das Risikomanagement und die Einhaltung von Gesetzen und Richtlinien im Unternehmen sowie über jene Geschäfte informiert, die für die Rentabilität oder Liquidität von erheblicher Bedeutung sind. Darüber hinaus hat der Vorstand den Vorsitzenden des Aufsichtsrates auch außerhalb der Sitzungen über wesentliche Geschäftsvorfälle unterrichtet, insbesondere auch über solche, die der Zustimmung des Aufsichtsrates bedürfen. Über diese Geschäfte, auch über entsprechende Personalentscheidungen, hat der Aufsichtsrat in seinen Sitzungen beschlossen. Aufgrund der Berichterstattung des Vorstandes an den Vorsitzenden und weitere Mitglieder des Aufsichtsrates war der Aufsichtsrat daher über Maßnahmen und Geschäftsvorfälle von wesentlicher Bedeutung informiert und in die Entscheidungen eingebunden.

Der Aufsichtsrat der Marseille-Kliniken AG wurde im Geschäftsjahr 2012/2013 durch nachfolgende Mitglieder repräsentiert:

Herrn Dr. Dr. hc Thomas Middelhoff (Vorsitzender)
Herrn Hans-Hermann Tiedje (stv. Vorsitzender)
Herrn Prof. Dr. med. Dietmar Enderlein
Frau Estella-Maria Marseille
Herrn Uwe Bergheim (bis zum 3. Dezember 2012)
Herrn Prof. Dr. Matthias P. Schönermark (bis zum 3. Dezember 2012)

Alle jeweils berufenen Mitglieder des Aufsichtsrates haben in ihren oben genannten Funktionen an den nachfolgend aufgeführten Sitzungen des Aufsichtsrates im Geschäftsjahr 2012/2013 teilgenommen, soweit nicht abweichend erläutert. Innerhalb des Aufsichtsrates sind im abgelaufenen Geschäftsjahr keine Interessenkonflikte bei Mitgliedern des Aufsichtsrates aufgetreten. Damit hat sich der Aufsichtsrat ausführlich befasst. Der Präsidialausschuss hat im vergangenen Geschäftsjahr 2012/2013 zwei Mal getagt. Der Finanz- und Prüfungsausschuss tagte ebenfalls im Geschäftsjahr 2012/2013 zwei Mal.

Die Sitzung des Aufsichtsrates vom 2. August 2012 thematisierte den Stand der Jahresabschlussarbeiten und diskutierte die Unternehmensplanung des Konzerns für das Geschäftsjahr 2012/2013. Der Aufsichtsrat hat sich in diesem Zusammenhang ausführlich vom Vorstand über Finanz- und Cash-Flow-Planung berichten lassen. Darüber hinaus

wurde über verschiedene Instrumentarien der Mitarbeitermotivation beraten und Möglichkeiten diskutiert, in einem angespannten Arbeitsmarkt zusätzliche Pflegefachkräfte zu akquirieren.

Die Aufsichtsratssitzung vom 31. August 2012 fand im Rahmen einer Telefonkonferenz statt. Der Aufsichtsrat erörterte in dieser Sitzung verschiedene Sachverhalte zur Vorbereitung der außerordentlichen Hauptversammlung am 19. Oktober 2012.

In der Sitzung vom 13. September 2012 wurden die Herren Uwe Bergheim und Professor Dr. Dietmar Enderlein durch Stimmrechtsvollmacht von Frau Estella-Maria Marseille und Herr Professor Matthias P. Schönermark durch Stimmrechtsvollmacht von Herrn Hans-Hermann Tiedje vertreten. Die ebenfalls anwesenden Abschlussprüfer präsentierten in der Sitzung den aktuellen Stand der Jahresabschlussprüfung.

In der Aufsichtsratssitzung vom 26. September 2012 informierte der Vorstand den Aufsichtsrat über den Stand des Konzernjahresabschlusses für das Wirtschaftsjahr 2011/2012 und über das erwartete Ergebnis des ersten Quartals des aktuellen Wirtschaftsjahres. Darüber hinaus befasste sich der Aufsichtsrat mit Personalien und Vorstandsangelegenheiten.

Am 1. Oktober 2012 beschloss der Aufsichtsrat der Marseille-Kliniken AG in einer außerordentlichen Sitzung einstimmig die Billigung und Feststellung des Jahresabschlusses der Marseille-Kliniken AG und den Konzern. Des Weiteren beschloss der Aufsichtsrat Personalien im Vorstandsbereich.

Die Aufsichtsratssitzung vom 19. Oktober 2012 befasste sich mit der außerordentlichen Hauptversammlung vom selben Tag, dem Finanzbericht des Vorstandes zum ersten Quartal des Geschäftsjahres 2012/2013 und der Berufung eines weiteren Prokuristen.

Die am 2. Dezember 2012 abgehaltene Aufsichtsratssitzung befasste sich im Rahmen der Vorbereitung der anstehenden 113. Hauptversammlung u. a. mit aktuellen Entwicklungen in Personalangelegenheiten, namentlich der Abweisung einer Klage ehemaliger Vorstände vor dem Landgericht Hamburg. Weitere Themen waren die Finanzberichterstattung für den Halbjahresabschluss zum 31. Dezember 2012 und die Prognose für das Konzernergebnis des aktuellen Geschäftsjahres. Ein weiterer wesentlicher Punkt war der Dezentralisierungsprozess im Konzern.

Auf der im Anschluss an die 113. Ordentliche Hauptversammlung vom 3. Dezember 2012 stattfindenden Aufsichtsratssitzung wurden wegen des Ausscheidens der Aufsichtsratsmitglieder Uwe Bergheim und Prof. Dr. Schönermark die Ausschüsse neu gebildet.

Die Aufsichtsratssitzung vom 14. Dezember 2012 befasste sich im Zusammenhang mit dem Dezentralisierungsprozess mit der Anpassung des Qualitätsmanagements. Damit einhergehend beschäftigte sich der Aufsichtsrat auch mit dem Stand der Entwicklung einer vom Konzern selbst erstellten betriebswirtschaftlichen Software zur zukünftigen Unternehmenssteuerung. Im weiteren Verlauf wurde die Entwicklung des operativen Geschäfts sowie der Finanz- und Liquiditätslage des Konzerns thematisiert.

In seiner Sitzung vom 30. Januar 2013 beschäftigte sich der Aufsichtsrat umfassend mit der betriebswirtschaftlichen Software „Beauty Contest“ und mit der Dezentralisierung und einhergehenden Umstrukturierungen. Neben der Entwicklung des operativen Geschäftsbetriebs waren die Einführung von Namensaktien ein weiteres Thema dieser Aufsichtsratssitzung.

Am 26. Februar 2013 tagte der Aufsichtsrat erneut zu Personalthemen. Herr Thanheiser wurde zum CFO ernannt. Weiterhin wurden die Finanz- und Ertragslage des Konzerns, ein Konzept über mögliche Verschmelzungen von Konzerngesellschaften sowie der Stand der Fachkräfteakquise thematisiert.

Die Aufsichtsratssitzung vom 24. April 2013 thematisierte ausführlich die operative Konzernentwicklung. Weiterhin beschließt der Aufsichtsrat den Geschäftsverteilungsplan des Vorstandes.

Die Sitzung des Aufsichtsrates vom 25. Juni 2013 befasste sich mit der operativen Konzernentwicklung und dem Stand der Jahresabschlussarbeiten.

Auf der Grundlage der mündlichen und schriftlichen Berichte des Vorstandes hat der Aufsichtsrat entsprechend den ihm nach dem Gesetz und der Satzung übertragenen Aufgaben die Geschäftsführung des Vorstandes beraten und überwacht. Die Geschäftsführung des Vorstandes wurde im Hinblick auf deren Rechtmäßigkeit, Ordnungsmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit überprüft. Dies bezog sich sowohl auf bereits laufende Geschäftstätigkeiten als auch auf zukunftsgerichtete Entscheidungen und Planungen des Vorstandes. Außerhalb der Sitzungen erfolgte im Auftrag des Aufsichtsrates eine Prüfung und Beratung des Vorstandes zu einzelnen Geschäftsvorfällen mittels Einsicht in Unterlagen, Bücher und Belege der Gesellschaft durch die Mitglieder des Aufsichtsrates und seiner Ausschüsse.

Die dabei durch den Präsidialausschuss des Aufsichtsrates und des Finanz- und Prüfungsausschusses gewonnenen Erkenntnisse flossen in die Prüfungen des Aufsichtsrates mit ein. Insgesamt ergaben sich im abgelaufenen Geschäftsjahr keine Hinweise, die ein darüber hinausgehendes Eingreifen des Aufsichtsrates erforderlich gemacht hätten.

Der vom Vorstand aufgestellte Jahresabschluss und Lagebericht sowie der Konzernabschluss und Konzernlagebericht der Marseille-Kliniken AG für das Geschäftsjahr 2012/2013 sind im Auftrag des Aufsichtsrates unter Einbeziehung der Buchführung durch den von der Hauptversammlung am 03. Dezember 2012 gewählten Abschlussprüfer, die Ebner Stolz Mönning Bachem GmbH & Co. KG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Steuerberatungsgesellschaft, Zweigniederlassung Hamburg, geprüft worden. Es wurde ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt. Der Aufsichtsrat befasste sich in seinen Sitzungen am 08. August 2013, 21. August 2013 und am 13. September 2013 mit den Jahresabschlüssen 2012/2013 und deren Prüfung. Die Abschlussprüfer haben an den Sitzungen des Aufsichtsrates über die Prüfung der Vorlagen des Vorstandes in den Aufsichtsratssitzungen am 08. August 2013, 21. August 2013 und am 13. September 2013 teilgenommen und über die Ergebnisse ihrer Prüfung berichtet.

Der Vorstand stellte die wesentlichen Bilanzpositionen dar, ging auf den Lagebericht ein und erläuterte Chancen, Risiken und Haftungsfragen sowie die Erwartungen für das laufende Geschäftsjahr. Fragen des Aufsichtsrates zu den Vorlagen wurden durch den Vorstand beantwortet. Der Aufsichtsrat hat das Ergebnis der Prüfung durch die Wirtschaftsprüfer zustimmend zur Kenntnis genommen. Der Aufsichtsrat teilt die vom Vorstand vorgenommene Bewertung und Einschätzung im Lagebericht. Insgesamt ergaben sich für den Aufsichtsrat aufgrund der erfolgten eigenen Prüfung und auch unter Einbeziehung der Prüfungsberichte der Abschlussprüfer sowie der Ergebnisse der im Geschäftsjahr 2012/2013 im Rahmen der Aufsichtsratssitzungen erfolgten Prüfungen keine Hinweise darauf, dass die Vorlagen des Vorstandes unvollständig, unrichtig oder aus anderem Grund zu beanstanden sein könnten. Nach dem abschließenden Ergebnis der vom Aufsichtsrat vorgenommenen Prüfung des Jahresabschlusses und des zusammengefassten Lage- und Konzernberichtes sowie des Konzernabschlusses und Konzernlageberichtes der Marseille-Kliniken AG für das Geschäftsjahr 2012/2013 waren daher seitens des Aufsichtsrates keine Einwendungen zu erheben. Der Aufsichtsrat stimmte dem Ergebnis der Abschlussprüfung durch die Prüfer zu. Der Aufsichtsrat billigte den vom Vorstand aufgestellten Jahres- und den Konzernabschluss zum 30. Juni 2013 und schloss sich dem Vorschlag des Vorstandes zur Gewinnverwendung für das Geschäftsjahr 2012/2013 an.

Bestandteil der Prüfungen der Vorstandsvorlagen war auch der vom Vorstand gemäß § 312 AktG aufgestellte Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen. Zusätzlich haben die Abschlussprüfer den Bericht des Vorstandes geprüft und den Aufsichtsrat über das Ergebnis unterrichtet. Durch die Abschlussprüfer wurde zu dem Bericht folgender Bestätigungsvermerk erteilt:

„Nach unserer pflichtgemäßen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des Berichtes richtig sind,
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war.“

Nach dem Ergebnis seiner Prüfung schließt sich der Aufsichtsrat dem Ergebnis der Prüfung durch die Abschlussprüfer an und stellt fest, dass keine Einwendungen gegen die Erklärung des Vorstandes am Schluss des Berichtes über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen zu erheben sind. Der Aufsichtsrat hat den vom Vorstand aufgestellten Konzernabschluss gebilligt und den Jahresabschluss festgestellt.

Der Aufsichtsrat spricht den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gesellschaft seinen Dank für ihren Einsatz und die im Geschäftsjahr 2012/2013 geleistete Arbeit aus.

Berlin, im September 2013

Marseille-Kliniken Aktiengesellschaft
Der Vorsitzende des Aufsichtsrates

Dr. Dr. h.c. Thomas Middelhoff



Impressum und Kontakt

Herausgeber

Marseille-Kliniken AG

Ansprechpartner

Unternehmenskommunikation

Geschäftsleitung

Adresse bis 30.09.2013:

Alte Jakobstraße 79/80

10179 Berlin

Adresse ab dem 01.10.2013:

Katharina-Heinroth-Ufer 1

10787 Berlin

Tel. 0 30/2 46 32-400

Fax 0 30/2 46 32-401

Hauptverwaltung

Sportallee 1

22335 Hamburg

Tel. 0 40/5 14 59-0

Fax 0 40/5 14 59-709

www.marseille-kliniken.de

IR@marseille-kliniken.com

Haben Sie Fragen zum Unternehmen oder wünschen Sie weiteres Info-Material, dann rufen Sie uns gebührenfrei unter der Telefonnummer 0800/47 47 200 an.

Der Geschäftsbericht liegt auch in englischer Sprache vor und kann bei der Marseille-Kliniken AG, Unternehmenskommunikation, angefordert werden.



MARSEILLE-KLINIKEN AG®

Geschäftsleitung

Adresse bis 30.09.2013:

Alte Jakobstraße 79/80 • 10179 Berlin

Adresse ab dem 01.10.2013:

Katharina-Heinroth-Ufer 1 • 10787 Berlin
Tel. 0 30/2 46 32-400 • Fax 0 30/2 46 32-401

Hauptverwaltung

Sportallee 1 • 22335 Hamburg
Tel. 0 40/5 14 59-0 • Fax 0 40/5 14 59-709
www.marseille-kliniken.de
IR@marseille-kliniken.com

Haben Sie Fragen zum Unternehmen
oder wünschen Sie weiteres Info-Material,
dann rufen Sie uns gebührenfrei unter der
Telefonnummer 0800 / 47 47 200 an.